

60. Sitzung

Freitag, den 15. März 2002

Erfurt, Plenarsaal

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur "Halbzeitbilanz" 5043

Die Regierungserklärung wird durch Ministerpräsident Dr. Vogel abgegeben. Die Aussprache zu der Regierungserklärung wird durchgeführt.

Familienpolitische Maßnahmen - Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie 5090

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2253 -

Nach Begründung und Aussprache wird Nummer 1 des Antrags in namentlicher Abstimmung bei 73 abgegebenen Stimmen mit 29 Jastimmen, 43 Neinstimmen und einer Enthaltung abgelehnt (Anlage 1). Nummer 2 des Antrags wird mit Mehrheit abgelehnt.

Wahl von Mitgliedern für den Stiftungsrat der Thüringer Ehrenamtsstiftung 5104

dazu: Unterrichtungen durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/2235/2248 -

Als Mitglieder für den Stiftungsrat der Thüringer Ehrenamtsstiftung werden in geheimer Wahl ohne Aussprache die Abgeordneten Evelin Groß (CDU), Michael Panse (CDU) und Tamara Thierbach (PDS) gewählt.

Zukunft der Fernwasserversorgung 5105

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2255 -

Nach Begründung und Aussprache wird der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/2255 - in namentlicher Abstimmung bei 70 abgegebenen Stimmen mit 28 Jastimmen und 42 Neinstimmen abgelehnt (Anlage 2).

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Dr. Birkmann, Gnauck, Köckert, Dr. Krapp,
Dr. Pietzsch, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Vizepräsidentin Ellenberger	5043, 5055, 5090, 5091, 5092, 5093, 5095, 5100, 5103, 5104
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	5065, 5075, 5104, 5105, 5106, 5108, 5109, 5111
Althaus (CDU)	5075
Arenhövel (CDU)	5091, 5092
Bechthum (SPD)	5090, 5091, 5095
Becker (SPD)	5105, 5108
Carius (CDU)	5104
Gentzel (SPD)	5065, 5066
Krauße (CDU)	5109
Kummer (PDS)	5106
Nitzpon (PDS)	5093, 5103, 5104
Dr. Pidde (SPD)	5103
Pohl (SPD)	5104
Ramelow (PDS)	5055
Stauch (CDU)	5111
Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit	5100
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	5105
Dr. Vogel, Ministerpräsident	5043

Die Sitzung wird um 9.02 Uhr von Vizepräsidentin Ellenberger eröffnet.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie zur 60. Plenarsitzung des Thüringer Landtags heute am 15. März. Ich begrüße die Mitglieder der Landesregierung und ich begrüße die Besucher auf der Tribüne und wünsche Ihnen allen einen guten Morgen.

Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen die Abgeordnete Frau Bechthum und der Abgeordnete Herr Heym. Frau Bechthum wird die Rednerliste führen.

Entschuldigt haben sich zur heutigen Sitzung Frau Landtagspräsidentin Lieberknecht - darf ich Sie bitten, doch ein bisschen ruhiger zu sein -, Frau Abgeordnete Fischer, Herr Abgeordneter Scheringer, Frau Abgeordnete Sedlacik, Frau Abgeordnete Stangner, Herr Abgeordneter Bonitz und Frau Abgeordnete Zitzmann.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur "Halbzeitbilanz"

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zweieinhalb Jahre nach der letzten und zweieinhalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl haben die Thüringerinnen und Thüringer ein Anrecht darauf, dass wir Zwischenbilanz ziehen. Sie haben ein Anrecht zu erfahren, was wir uns für die zweite Halbzeit vorgenommen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger haben 1999 eine klare Entscheidung getroffen, die mit einem klaren Regierungsauftrag verbunden war. Wir haben die Zeit genutzt; mehr als drei Viertel der Zusagen, die wir im Wahlprogramm der CDU und in der ersten Regierungserklärung gegeben haben, haben wir bis heute, bis zur Mitte der Legislaturperiode, erfüllt.

(Beifall bei der CDU)

Die neue Regierung hat neue Akzente gesetzt, Akzente, die wir in der großen Koalition nicht setzen konnten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben angekündigt, bei der Arbeitsmarktpolitik umzusteuern. Wir haben die Arbeitsmarktpolitik dorthin verlagert, wo sie hingehört, in das Wirtschaftsministerium. Wir haben den zweiten Arbeitsmarkt auf den ersten Arbeits-

markt mit Erfolg ausgerichtet; wir haben weniger ABM-Stellen und mehr Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine Kurskorrektur in der Haushaltspolitik angekündigt und wir haben Wort gehalten. Diese Landesregierung macht weniger Schulden als die große Koalition. Die Haushaltskonsolidierung kommt voran, trotz Nachtragshaushalt.

Wir haben zugesagt Handwerk und Mittelstand, die Säulen des Arbeitsmarkts, verstärkt zu unterstützen. Die Landesregierung hat mit den Handwerkskammern eine bundesweit einmalige Vereinbarung unterschrieben und nahezu alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen haben in den letzten Jahren und auch in diesem Jahr Ausbildungsplätze erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Thüringen hat mit 78 Prozent betrieblicher Plätze mit Abstand den höchsten Anteil in den neuen Ländern. Der Durchschnitt der neuen Länder liegt bei 68 Prozent.

Wir haben angekündigt, unsere bundesstaatliche Verantwortung aktiv wahrzunehmen. Thüringen hat seine Handlungsfähigkeit im Bundesrat wiedererlangt, fast 40 Bundesratsinitiativen belegen das. Unsere erfolgreiche Initiative für die Renten der SED-Opfer ist dafür nur eines der Beispiele.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben angekündigt, die Polizei zu stärken und technisch besser auszustatten. Die Thüringer Polizei verfügt heute über fast 100 Planstellen mehr, sie verfügt über eine moderne Informationstechnik und die Polizeiorganisation wird von überflüssigen Aufgaben entlastet.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben angekündigt, die Kommunen zu stärken; die Novelle der Kommunalordnung hat der Landtag vor kurzem in erster Lesung behandelt.

Wir haben einen Bürgerbeauftragten angekündigt, im Dezember 2000 hat der Landtag ihn gewählt und allein von März bis Dezember letzten Jahres haben sich über 600 Thüringer an ihn gewandt.

Wir haben angekündigt, die Krankenhausversorgung weiter zu verbessern, von 1999 bis 2001 haben wir über 600 Mio. € in den Neubau und in die Modernisierung von Krankenhäusern investiert.

Wir haben angekündigt, die Sanierung der Alten- und Pflegeheime zügig abzuschließen; seit 1999 haben wir

3.300 Pflegeplätze in 53 Heimen saniert oder neu geschaffen.

Wir haben angekündigt, an den Grundschulen Fremdsprachenunterricht ab der 3. Klasse einzuführen, Hauptschülern eine freiwillige 10. Klasse anzubieten und den rechtskundlichen Unterricht auszuweiten; dies ist umgesetzt.

Wir haben angekündigt, die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken; in diesem Schuljahr wird ab Klasse 5 der Kurs "Medienkunde" eingeführt. Thüringen integriert damit als eines der ersten Länder Medienbildung frühzeitig in den Unterricht. Bei der Ausstattung der Schulen mit moderner Informationstechnik liegen wir inzwischen bundesweit mit an der Spitze.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde Herrn Kollegen Krapp bitten, Herrn Späth einmal in die Schulen einzuladen, damit er sich davon überzeugt, bevor er sich wieder zu dieser Frage äußert.

Wir haben den Aufbau der Berufsakademien angekündigt; seit 1999 hat sich die Zahl der Studenten an den Berufsakademien verfünffacht.

Wir haben angekündigt, die Stiftung "Ettersberg" zur Erforschung der Diktaturen Europas im 20. Jahrhundert zu gründen. Stiftungsvorstand und Beirat sind bestellt. Der Vorstand hat seine Arbeit aufgenommen. Und lassen Sie mich aus gegebenem Anlass hinzufügen: Es ist bestimmt nicht an der Zeit, 12 Jahre nach Ende der zweiten Diktatur im 20. Jahrhundert einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

So weit einige Beispiele, die zeigen, wir haben den Wählerauftrag angenommen, wir bringen Thüringen weiter voran. Auf Herausforderungen, die bei den letzten Landtagswahlen nicht vorhersehbar waren - und solche treten bedauerlicherweise immer ein - auf solche Herausforderungen haben wir zügig reagiert. Nach dem 11. September haben wir das Programm für mehr Sicherheit in Thüringen aufgelegt. Der Landtag hat uns dafür die notwendigen Mittel bewilligt.

Ergänzend zu den Aktivitäten des Bundes haben wir diesem Haus ein Gesetz zum besseren Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Terrorismus vorgelegt. Der Bundesrat hat unserem "Trittbrettfahrgesetz", also der Bekämpfung von vorgetäuschten Straftaten im Zusammenhang mit den Milzbrandattacken, zugestimmt und den Entwurf dem Bundestag zugeleitet. Dort hat die erste Lesung vor wenigen Tagen stattgefunden.

Wir haben auf den verabscheuungswürdigen Anschlag auf die Erfurter Synagoge im April 2000 reagiert. Die

Zahl der rechtsradikalen Straftaten ist erfreulich stark zurückgegangen und wir geben jährlich einen Bericht zu Radikalismus und Extremismus ab. Die Koordinierungsstelle "Gewaltprävention" trägt dazu bei, Gewalt dort zu bekämpfen, wo sie entsteht. Und schließlich haben wir in Karlsruhe Klagen gegen die NPD erhoben und bei dieser Klage bleibt es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben durch rasches und konsequentes Handeln die Probleme bewältigt, die BSE und Maul- und Klauenseuche verursacht haben. Wir haben den Verbraucherschutz gestärkt, indem wir die Zuständigkeiten im Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz zusammengeführt haben. Das sind drei Beispiele für Dinge, die nicht vorhersehbar gewesen sind.

Und jetzt, meine Damen und Herren: Wie ist die Lage, wo steht Thüringen heute unter den jungen Ländern? Wir haben gehandelt - keine Politik der ruhigen Hand, sondern eine Politik der zupackenden Hände.

(Beifall bei der CDU)

Die Erfolge sind sichtbar und sie sind messbar. Thüringen ist zum Zukunftsstandort unter den jungen Ländern geworden.

(Beifall bei der CDU)

Manches andere junge Land würde gern mit uns tauschen und hätte gern unsere Probleme, damit sie die ihren los wären.

(Beifall bei der CDU)

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Thüringen von 1991 bis 2001 um 64 Prozent gestiegen; der Durchschnitt der jungen Länder liegt bei 53 Prozent. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt Thüringen nach Sachsen unter den jungen Ländern an zweiter Stelle. Dieses, das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, ist aussagekräftiger als Angaben zum Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen, bei welchem wir in der Tat hinten liegen, aber doch deswegen, weil die Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen überdurchschnittlich hoch ist und weil unsere Wirtschaftsstruktur traditionell arbeitsintensiv und kleinteilig ist, und das wird natürlich auch so bleiben.

Thüringen ist ein herausragender Industriestandort. Thüringen hat nach Baden-Württemberg bundesweit die höchste Dichte von Industriebetrieben.

Meine Damen und Herren, beim Industriebesatz liegt Thüringen an der Spitze der jungen Länder und seit Jahren liegt die Exportquote über dem Durchschnitt der jungen Länder. Das zeigt, die Thüringer Unternehmen sind wettbewerbsfähig, sie sind im Welthandel und in der interna-

tionalen Arbeitsteilung eingebunden. Als Hochtechnologieland sind wir vor allem auf den Ideenreichtum angewiesen, hier sind wir vorn. Seit Jahren haben wir unter den jungen Ländern die meisten Patentanmeldungen pro Einwohner und überflügeln sogar einige der alten Länder. Unsere Innovationsfähigkeit, unsere Erfolge beim Ausbau der Wirtschaft und des Wirtschaftsstandorts zahlen sich aus. Wir haben traditionell seit Jahren die niedrigste Arbeitslosenquote aller jungen Länder.

(Beifall bei der CDU)

In Thüringen, meine Damen und Herren - das muss man sich einmal vor Augen führen - sind heute mehr Menschen pro 1.000 Einwohner erwerbstätig als in Niedersachsen. Im Vergleich mit anderen Ländern sind in Thüringen weniger Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Die Quote der Sozialhilfeempfänger liegt bei 2 Prozent und ist die niedrigste in den jungen Ländern.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ein paar Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen machen, denn es steht trotz allem, was ich bisher gesagt habe, natürlich völlig außer Frage, die wirtschaftliche Situation ist nicht so, wie wir es uns hier wünschen, und nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit viel zu hoch. Allein können wir den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht schaffen. Wenn wir das schaffen sollen, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Der "Aufbau Ost" ist gegenwärtig zwar wieder in aller Munde, aber leider, meine Damen und Herren, werden nicht tatsächlich Prioritäten gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Die Bundesregierung hat nicht Wort gehalten, sie hat dem Aufbau der jungen Länder keine Priorität eingeräumt.

(Beifall bei der CDU)

Das wird vor allem in der Arbeitsmarktpolitik deutlich. In den neuen Ländern gibt es heute rund 100.000 Arbeitslose mehr als am Ende der Regierung Kohl. Das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle rechnet damit, dass die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr im Osten den höchsten Wert seit der Wende erreicht. Das Ziel der Bundesregierung, die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr auf 3,5 Mio. zu senken, wird nicht annähernd erreicht. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenzahl voraussichtlich bei rund 4 Mio. liegen. Sie liegt damit höher als beim Regierungswechsel 1998, und das, obwohl seit 1999 1,8 Mio. geringfügig Beschäftigte als Erwerbstätige gezählt werden und damit die Arbeitslosenstatistik entlasten. Strukturverbesserungen und konjunkturelle Impulse sind ausgeblieben. Der Arbeitsmarkt wirkt wie verriegelt und überbürokratisiert.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Lage in ganz Deutschland - und damit natürlich auch in Thürin-

gen - gibt in diesem Frühjahr Anlass zur Sorge. Wir befinden uns in einer Rezession. Die Abwärtsbewegung begann Mitte 2000 und hat sich im Verlauf des letzten Jahres beschleunigt. Sie ist im Grunde hausgemacht, auch wenn weltwirtschaftliche Einflüsse sie verstärkt haben. Für dieses Jahr ist mit einem Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent zu rechnen. Damit steht Deutschland auf dem vorletzten Platz der EU-Mitgliedsländer. Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist international beschädigt und die Investitionstätigkeit der mittelständischen Wirtschaft, in Thüringen wie in ganz Deutschland Hauptträgerin von Wachstum und Beschäftigung, ist nachhaltig geschwächt, und zwar geschwächt durch eine Steuerreform, die Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften benachteiligt hat und die durch deutlich verschlechterte Abschreibungsbedingungen gekennzeichnet ist und außerdem durch zahlreiche bürokratische und kostenintensive Gesetze. Ich nenne nur die Novelle "Rückwärts" des Betriebsverfassungsgesetzes, den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und die Einschränkung der geringfügig Beschäftigten, das Gesetz zur so genannten Scheinselbstständigkeit, das den Weg in die Selbstständigkeit verbaut. Der Mittelstand und die vielen tausend Handwerksbetriebe brauchen mehr Luft zum Atmen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen diese beschäftigungshemmenden Gesetze wieder beseitigt werden. Deshalb kämpfen wir zum Beispiel gegen das so genannte Tariftrueugesetz, das ostdeutschen Betrieben die Chance nimmt, bei öffentlichen Ausschreibungen den Zuschlag zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, die Zahlungsmoral zu verbessern und haben im Bundesrat dazu einen Gesetzentwurf eingebracht. Wir brauchen eine Senkung der Lohnnebenkosten, der Renten- und Sozialbeiträge. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, seit Mittwoch vor acht Tagen, wissen alle: Die Rentenreform ist Makulatur. Es ist genau das eingetreten, was wir und alle Sachverständigen befürchtet haben.

Das Problem einer wirklichen Gesundheitsreform bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung. Zurzeit wird nur an Symptomen herumgedoktert. Wir brauchen weniger Bürokratie im Bund und im Land. Selbst die Europäische Kommission stellt fest, dass wir besonders viele überflüssige und komplizierte Regelungen haben.

Wir brauchen eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, z.B. die Zulassung von mehr Lohndifferenzierung regional, in den einzelnen Branchen und nach Qualifikation. Ich meine, wir müssen die Trennung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe aufheben, damit erwerbsfähige Leistungsempfänger bessere Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb unterstützen wir das hessische Offensivgesetz.

Meine Damen und Herren, zur ehrlichen Analyse der gegenwärtigen Situation gehört, dass sich die Schere zwischen Ost und West, die sich bis 1997 zu schließen begann, wieder öffnet. 2001 ist die Wirtschaft in den jungen Ländern erstmals seit der Wiedervereinigung nicht gewachsen, sondern um rund 0,3 Prozent geschrumpft. Der Abstand zu den alten Ländern verringert sich nicht, er wird wieder größer.

Bereits vor gut einem Jahr habe ich deshalb ein Sonderprogramm Ost gefordert, kein Konjunkturprogramm, sondern ein Investitionsprogramm. Ich wiederhole: Wir brauchen eine zügige Verbesserung der Infrastruktur, damit der Aufholprozess wieder in Gang kommt.

(Beifall bei der CDU)

Obwohl ich konkrete Finanzierungsvorschläge gemacht habe, hat die Bundesregierung ablehnend reagiert und das Geld anderweitig ausgegeben. Nur einen Punkt, das Stadtumbauprogramm, hat sie inzwischen aufgegriffen. Aber das reicht natürlich nicht. Ich begrüße, meine Damen und Herren, die Ankündigung des Bundeskanzlers in Magdeburg, die ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt-Berlin werde jetzt gebaut. Ich sehe darin die Erfüllung einer Forderung, die ich seit dem Baustopp von 1999 immer wieder nachdrücklich erhoben habe.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe nur, das "jetzt" tatsächlich "jetzt" bedeutet, meine Damen und Herren, die Wiederaufnahme der Baumaßnahmen an der ICE-Strecke kann morgen erfolgen. Es braucht nirgends etwas gesagt werden, es kann morgen weitergebaut werden.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Heute!)

Nur damit das klar ist: Wir sind die Einzigen, die von Anfang an ohne Wenn und Aber den Bau der Thüringer Waldautobahn und der ICE-Strecke gefordert haben.

(Beifall bei der CDU)

Wer das heute begrüßt, darf nicht vergessen, dass er gestern noch nicht einmal gewagt hat, eine entsprechende Petition an die Bundesregierung mit zu unterschreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Was Schwanitz vor einem Jahr als Antwort auf meinen Vorschlag herablassend als "Wunsch und Wolke" bezeichnet hat, ist jetzt endlich als absolut notwendig erkannt worden. Ich kann nur sagen: Bitte weiter so! Auch der DGB teilt neuerdings meine Auffassung; er fordert das Gleiche wie ich, Mittel aus dem Solidarpakt II vorzuziehen. Herr Putzhammer aus dem DGB-Vorstand sagt, an dieser Stelle ist der Bund gefordert. Ich kann nur sagen,

der DGB hat Recht. Er wiederholt, was ich im letzten Februar bereits gesagt habe.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sicher, meine Damen und Herren, hätte der Bund das Sonderprogramm letztes Jahr umzusetzen begonnen, stünden die jungen Länder heute besser da, und ich bin sicher, die Beschleunigung des Aufbaus Ost ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche Genesung der ganzen Bundesrepublik und nicht nur des Ostens.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Absicht, in Kürze einen Entschließungsantrag im Bundesrat einzubringen, der sich darauf bezieht. Es gibt auch Signale bei der Wirtschaft, es gehe wieder aufwärts. Ich kann nur hoffen, dass sich diese Signale tatsächlich bewahrheiten. Ich greife im Übrigen einen Vorschlag auf, den Helmut Schmidt gemacht hat. Er hat vorgeschlagen, in Ostdeutschland Gesetze und Verordnungen zumindest zeitlich befristet auszusetzen oder abzuschaffen. Ich mache konkrete Vorschläge; ich schlage beispielsweise vor, in der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau für einige Jahre den Mitfinanzierungsanteil der neuen Länder deutlich zu senken.

(Beifall bei der CDU)

Ich schlage vor, meine Damen und Herren, das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz über 2004 hinaus zu verlängern.

(Beifall bei der CDU)

Ich schlage vor, die kürzlich durch den Bund eingeführte Möglichkeit der Verbandsklage in Genehmigungsverfahren, die zu einer umständlichen Verlängerung aller Genehmigungsverfahren führt, wenigstens für die neuen Länder für die nächsten fünf Jahre auszusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich rede über Rahmenbedingungen, und wenn wir über Rahmenbedingungen reden, dann müssen wir auch über Europa reden. Denn dass der Schwerpunkt der künftigen EU-Strukturpolitik in den Beitrittsländern, in Mittelost- und Südosteuropa liegen muss, ist ein Gebot europäischer Solidarität. Nur darf es nicht dazu kommen, dass die Förderung der jungen Länder in Deutschland ab 2006 auf einen Schlag wegbriecht. Über die Neuverteilung der Struktursubventionen muss in der EU weiter verhandelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Entscheidung der EU-Kommission, die Fördergrenzen für Großinvestitionen um die Hälfte zu senken, gefährdet die weitere Entwicklung unseres Wirtschaftsstandorts.

(Beifall bei der CDU)

Ja, die Verschiebung auf 2004 ist ein Teilerfolg, aber nicht mehr, zumal die Automobil- und Kunstfaserbranche ausgenommen sind. Um es ganz deutlich zu machen: Unter den neuen Bedingungen käme Daimler/Chrysler nicht nach Kölledda. Deswegen dürfen wir nicht lockerlassen - die EU-Kommission muss diese ihre Entscheidung korrigieren. Wir werden weiter für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Berlin und in Brüssel kämpfen. Aber, meine Damen und Herren, was wir hier tun können, um den Zukunftsstandort Thüringen weiter voranzubringen, das werden wir tun. Was wir tun werden, darüber möchte ich jetzt sprechen.

Im Standortwettbewerb sind nur Regionen mit einer leistungsfähigen Infrastruktur konkurrenzfähig. Dazu gehören ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, ein breites Angebot an Gewerbeflächen, eine sichere und preisgünstige Energieversorgung, eine gesicherte und finanzierbare Wasserversorgung, eine umweltverträgliche Abwasserentsorgung und eine moderne Telekommunikationsinfrastruktur. Dazu gehören leistungsfähige Schulen und Hochschulen. Da die notwendigen Investitionen ohne die Mitwirkung der Kommunen nicht in Angriff genommen werden können, bleibt die Stärkung ihrer Finanzkraft auch in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Auf Drängen Thüringens und mit der Unterstützung der anderen ostdeutschen Länder ist der Förderhöchstsatz für die GA-Infrastrukturförderung von 80 auf 90 Prozent angehoben worden. Das heißt, Kommunen müssen für gewerbenahe Infrastrukturinvestitionen statt 20 Prozent nur noch 10 Prozent Eigenanteil aufbringen. Um auch in konjunkturell schwierigen Zeiten die Innovations- und Investitionsfähigkeit zu erhalten und zu stärken, haben wir das Förderinstrumentarium dem veränderten Bedarf angepasst. Seit verganginem November sind die Fördersätze im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen angehoben worden. Das Mindestinvestitionsvolumen haben wir gesenkt, damit es für die Wirtschaft leichter ist, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Der Bund hat sein Engagement für die Gemeinschaftsaufgabe, wie Sie wissen, in den letzten Jahren Stück für Stück zurückgenommen; sie wurde um über 1 Mrd. DM gekürzt. Wir Regierungschefs wollen diese Entwicklung stoppen. Die Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe müssen vollständig, auf Dauer und dynamisiert den Ländern zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen", von der CDU-Fraktion hier im Landtag beantragt, hat über Fraktionsgrenzen hinweg konstruktiv gearbeitet. Die Kommissionsempfehlungen, die zum Teil schon Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik sind, werden umge-

setzt. Die Stichworte dessen, was wir aufgreifen und umsetzen, lauten: zügiger Ausbau der Infrastruktur, einzelbetriebliche Investitionsförderung, Produktivitätssteigerung, Regionalförderung, Unterstützung von Existenzgründungen und Förderung von Forschung und Entwicklung.

Sicherung der Investitionsfähigkeit heißt auch Sicherung der Finanzierungsmöglichkeiten. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Belange des Mittelstandes bei der Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute bei den so genannten Basel-II-Verhandlungen ausreichend berücksichtigt werden. Es hat keinen Sinn, wenn nur der Kredit bekommt, der keinen Kredit braucht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen appelliere ich an die Kreditinstitute, sich nicht aus der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen zu verabschieden. Die mittelständische Wirtschaft kann ohne eine ausreichende und flexible Kreditversorgung nicht florieren.

Thüringen gehört zu den jungen Ländern, die über eine vergleichsweise gute Ausstattung mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen, mit Zukunftstechnologien und Hightech-Unternehmen verfügen. Wir haben es gestern gehört, Thüringen gibt mehr pro Student aus als das reiche Nordrhein-Westfalen. Thüringen liegt nach Bayern an der zweiten Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine breit gefächerte Technologie- und Forschungslandschaft. Die wirtschaftliche Zukunft hängt entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, die technologische Innovations- und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft dauerhaft zu sichern. Die Schwerpunkte der Technologiepolitik liegen in der Stärkung des Technologietransfers, liegen im Ausbau der Forschungs- und Technologieinfrastruktur, der Weiterentwicklung einzelbetrieblicher Förderungen sowie der Begleitung technologieorientierter Existenzgründer. Eine Schwäche der jungen Länder ist, dass Großunternehmen mit eigenen Forschungskapazitäten weitgehend fehlen. Unsere überwiegend mittelständische Wirtschaft kann dieses Defizit nicht ausgleichen und es ist deshalb unsere Aufgabe, ein umfassendes Paket von Maßnahmen der Technologieförderung bereitzustellen, und dazu gehört auch die Unterstützung von Netzwerken. Dem Aufbau von Netzwerken unter Einbindung der Unternehmen in solche Netzwerke kommt besondere Bedeutung zu. Um noch mehr Investoren für Thüringen zu interessieren, haben wir die Standortwerbung verstärkt und die Kampagne "Willkommen in der Denkfabrik" gestartet. Befürworter wie Kritiker haben uns geholfen, sie bekannt zu machen. Dafür bedanke ich mich.

(Beifall bei der CDU)

Es kann uns ja nichts Besseres passieren, als dass darüber geredet und geschrieben wird. Wir wollen erreichen, dass uns Investoren in Europa und in Übersee als zukunftssträchtigen Wirtschafts- und Technologiestandort wahrnehmen. Kurz: Wir wollen erreichen, dass es sich lohnt, in Thüringen zu investieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dass das gelingen kann, bestätigt uns beispielsweise die Ansiedlung von Daimler in Kölleda oder das Zweigwerk des Automobilzulieferers TWB in Artern. Das sind auch keine Einzelfälle. Die beiden letzten Jahre waren hier ausgesprochen erfolgreich. 2000 und 2001 haben wir insgesamt 289 Neueinrichtungen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefördert. Die geförderten Unternehmen haben Investitionen in Höhe von mehr als 1,3 Mrd. € zugesagt und sich verpflichtet, fast 6.000 neue Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Auch jetzt gilt, dass wir mit zahlreichen in- und ausländischen Investoren in Verhandlungen stehen und dass das natürlich weitergeht.

Übrigens, um Thüringen auch als Medienstandort voranzubringen, eröffnet meiner Ansicht nach die aktuelle Diskussion über die weitere Entwicklung des Kinderkanals hier in Erfurt zum Jugendkanal bei Ausweitung der Sendezeit auch eine interessante wirtschaftliche Perspektive.

(Beifall bei der CDU)

Um den wirtschaftlichen Umbau und die enormen Strukturveränderungen nach 40 Jahren Planwirtschaft aktiv begleiten zu können, hat das Land, wie Sie wissen, Anfang der 90er-Jahre eine Reihe von Landesgesellschaften und Stiftungen errichtet. Sie haben ohne Zweifel einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir im Vergleich der neuen Länder eine sehr gute Position einnehmen. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, ist es jetzt notwendig, die Aufgaben der Landesgesellschaften an die veränderten Bedingungen anzupassen. Lassen Sie mich dazu drei Punkte sagen.

1. Die Thüringer Aufbaubank ist das zentrale Förderinstrument des Landes. Die Beteiligung der Landesbank Hessen-Thüringen hat zu einer finanziellen und personellen Verstärkung geführt. Ein neuer Vorstand ist berufen und die Kooperation mit Förderinstituten des Bundes kann weiter ausgebaut werden. So viel zur Thüringer Aufbaubank.

2. Für die Neuordnung der Landesentwicklungsgesellschaft ist ein Gutachten zur Aufgaben-, Organisations- und Personalstruktur in Auftrag gegeben mit dem Ziel, die Strukturen zu verschlanken, um die Ansiedlungs- und Infrastrukturpolitik effizienter zu gestalten, Akquisition und Standortmarketing zu verstärken und die Bildung und Förderung von Technologieclustern zu unterstützen. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen LEG und TAF wird die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Ausland in

Thüringen und die Vermarktung Thüringer Produkte im Ausland besser koordiniert.

3. Um die Förderung von Forschung und Technologie im Land stärker zu bündeln, wollen wir eine neue Stiftung errichten und wir werden den Landtag um Zustimmung bitten, dieser neuen Stiftung die frei werdenden Mittel aus dem Thüringer Industriebeteiligungs fonds in Höhe von 50 Mio. € zuzuführen. Wir haben die STIFT und die Ernst-Abbe-Stiftung gebeten, sich in diese neue Stiftung einzubringen. Wir legen in diesem Zusammenhang großen Wert darauf, dass die gute Partnerschaft mit Wirtschaft und Wissenschaft fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Die neue Stiftung soll Forschungs- und Technologieprojekte fördern, die für die Zukunftsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind, und sie soll den Aufbau von Kompetenzzentren und Netzwerken unterstützen. Ich möchte vier in der Regierung angedachte Beispiele nennen: ein Zentrum für Mikro- und Nanotechnologie in Ilmenau, ein Kompetenzzentrum für Stoff-, Strom- und Flächenmanagement an der Fachhochschule in Nordhausen, ein Medienapplikations- und Gründerzentrum hier in Erfurt und ein Mikrotechnologieapplikationszentrum Formenbau und Spritzgießtechnik in Ostthüringen. Ich hoffe, diese vier Projekte lassen sich zügig in die Wirklichkeit umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Arbeitsmarktpolitik bleibt darauf ausgerichtet, den ersten Arbeitsmarkt zu stärken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so weit wie Herr Gerster gehe ich nicht. Gerster fordert die Abschaffung von ABM-Stellen mit einer vorübergehenden Schonfrist in Ostdeutschland. Ich folge Herrn Gerster nicht, wenn er die Abschaffung von ABM fordert. Aber in erster Linie geht es darum, dass mehr Menschen Arbeit finden, und zwar im ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU)

Dabei rückt zunehmend ein weiteres Thema ins Blickfeld, die Sicherung unseres Fachkräftebedarfs. Die Landesregierung, meine Damen und Herren, hat bereits vor einem Jahr die Managementgruppe zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ins Leben gerufen. Vertreter von Regierung, Kammern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, LEG und Arbeitsverwaltung erarbeiten Vorschläge, wie sich genügend Fachkräfte heranbilden, bei uns halten oder auch neu anwerben lassen.

Eine erste Analyse hat die Managementgruppe dieser Tage übergeben. Sie hat angekündigt, bis Ende 2002 ein Maß-

nahmenkonzept vorzulegen. Aber schon jetzt steht fest, es wird ein Netzwerk zwischen Hochschulen und Wirtschaft geben mit dem Ziel, Unternehmen und Studierende frühzeitig miteinander in Kontakt zu bringen; auch Schulen und Unternehmen sollen enger zusammenarbeiten. Die Managementgruppe schlägt z.B. vor, Berufsinformationsterminals an allen Regelschulen und Gymnasien einzuführen, den konkreten Fortbildungsbedarf für alle Personen zu ermitteln, die mit der Beratung zur Berufsvorbereitung befasst sind, den Zugang zu Informationen für Schüler und Lehrer zu erleichtern, die Initiative des Wirtschafts- und des Kultusministeriums "Bosse in die Schulen" zu verstärken und eine Fülle anderer Anregungen mehr.

(Beifall bei der CDU)

Es geht, meine Damen und Herren, darum, arbeitslose Fachkräfte wieder für die Unternehmen zurückzugewinnen. Die regionale Zusammenarbeit zwischen Kammern und Arbeitsverwaltung soll deswegen verbessert werden. Unser Programm zur Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser hat gegriffen, "50 PLUS" hat gegriffen und "Zweite Karriere" hat gegriffen und wir werden beide Programme weiterentwickeln. Wenn wir Fachkräftemangel vermeiden wollen, müssen wir die Unternehmer dazu bringen, jetzt so viel wie möglich auszubilden.

Bislang, meine Damen und Herren, stand im Vordergrund, dass alle Schulabgänger Lehrstellen bekamen. Die Zielrichtung hat sich geändert. Lehrlinge werden knapp. Wir müssen die Unternehmer jetzt bei der Suche nach Nachwuchs unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass sich das rumspricht.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit. Aber sie ist auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit, meine Damen und Herren. Die Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft, vor allem aber in ihrer beruflichen Entwicklung abzubauen ist notwendig und erfordert einen langen Atem. Wir unterstützen Initiativen wie die Thüringenmesse "Frauen und Wirtschaft - gemeinsam erfolgreich", die Mitte Juni bereits zum dritten Mal stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

"Frauen begnügen sich nicht mehr mit der Hälfte des Himmels, sie wollen die Hälfte der Welt", hat Frau Schwarzer gesagt. Und sie hat Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Bitte keine Unruhe auf der Regierungsbank, vor allem nicht in der ersten Reihe!

Meine Damen und Herren, wer nicht gern hört, und solche Leute gibt es ja, dass wir die geringste Arbeitslosigkeit unter den jungen Ländern haben, wer behauptet, das liege ja nur an den vielen Pendlern, meine Damen und Herren, der täuscht sich. Selbstverständlich pendeln Thüringer in die Nachbarländer, genauso wie Pfälzer nach Baden-Württemberg oder Hessen nach Rheinland-Pfalz. Nur, ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, rund 100.000 Menschen pendeln aus Thüringen aus, aber beinahe 40.000 Menschen pendeln nach Thüringen ein. Das darf man bitte auch sagen.

(Beifall bei der CDU)

Genauso differenziert ist das Problem der Abwanderung zu betrachten. Das ist natürlich ein Problem, das wir ernst nehmen müssen. Thüringen ist davon natürlich nicht allein betroffen, auch Bremen und Berlin und die jungen Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt und Sachsen sind betroffen. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben höhere Wanderungsverluste als wir. Diese Abwanderung lässt sich nicht beschönigen und soll auch nicht beschönigt werden, aber wir sollten nicht vergessen, die Menschen in den jungen Ländern haben sich 1989 Freiheit und offene Grenzen erkämpft. Dass manche heute die Möglichkeit nutzen, ihre Chance anderswo zu suchen, kann man ihnen und darf man uns doch nicht zum Vorwurf machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen besteht auch kein Grund zur Panikmache. Thüringen hatte im Jahre 2000 rund 180.000 Einwohner weniger als 1991, aber für zwei Drittel, das heißt für 130.000, ist das Geburtendefizit verantwortlich. Nur für rund 50.000, also für weniger als ein Drittel des Einwohnerchwundes, ist die Abwanderung verantwortlich. Die Zahl der Einwohner sank jährlich durch Abwanderung um etwa 0,4 Prozent - eine Zahl, die man ernst nehmen muss, aber keine dramatische Zahl. Im Jahre 2000 hat sich die Lage verändert. Jetzt beträgt der Bevölkerungsrückgang wegen geringerer Geburtenzahlen etwa die Hälfte und die Hälfte des Rückgangs der Bevölkerung geht auf das Konto der Abwanderung, etwa 9.900.

Es ist erfreulich, dass es uns durch unser Hochschulangebot gelingt, junge Menschen nach Thüringen zu holen. Wir haben zurzeit rund 1.700 ausländische Studierende und etwa 6.000 Studierende aus den alten Ländern. Die Zahlen steigen seit Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens gilt natürlich auch für die Abwanderungen, die Wegzüge, dass ihnen Zuzüge gegenüberstehen. Wir haben Fortzüge nach Bayern 8.500 im Jahr 2000 und Zuzüge aus Bayern 3.800.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Das ist aber nicht normal.)

Ganz selbstverständlich müssen wir alles daran setzen, dass sich Abwanderung und Zuwanderung zumindest die Waage halten. Unsere Antwort heißt: Thüringen muss jungen Frauen und jungen Männern Perspektiven eröffnen, Perspektiven, die dafür sorgen, dass sie in Thüringen bleiben und dass sie nach Thüringen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen, Thüringen ist eines der sichersten Länder in Deutschland und es bietet mit seiner Kultur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität. Unsere Ausbildungsangebote sind führend und wir wollen sie noch verbessern. Woran es vor allem fehlt - und das liegt nicht allein, nicht einmal überwiegend in unserer Hand -, ist die Wende auf dem Arbeitsmarkt. Die Schere muss sich schließen. Erst wenn der Osten wieder schneller wächst als der Westen, wenn Thüringen noch attraktiver wird, wird die Abwanderung kein Thema mehr sein, so wie sie in den attraktivsten Ländern Deutschlands kein Thema ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch bei Löhnen und Einkommen muss sich in absehbarer Zeit die Schere schließen. Die Landesregierung tritt für eine schrittweise Angleichung des Lohnniveaus ein. Im öffentlichen Dienst werden seit dem 1. Januar dieses Jahres 90 Prozent West gezahlt. Das sind nicht 100 Prozent wie im Tarifvertrag der Metallbranche, aber lieber 90 Prozent tatsächlich verdient als 100 Prozent versprochen, dann aber nur knapp drei Viertel davon in der Lohntüte. Bis 2007 wollen wir im öffentlichen Dienst 100 Prozent erreichen, und zwar in Jahresschritten von 2 Prozent ab 2003. Das setzt allerdings moderate Lohnabschlüsse im Westen voraus, meine Damen und Herren. Jeder zusätzliche Prozentpunkt kostet das Land im Jahr 25 Mio. € und die Kommunen noch einmal etwa die gleiche Summe. Das möge bitte jeder, der davon spricht, mit bedenken. Im Durchschnitt liegen die Grundlöhne und Gehälter in der Thüringer Wirtschaft 30 Prozent unter dem Niveau der alten Länder, nicht, weil die Thüringerinnen und Thüringer weniger qualifiziert wären, sondern weil wir bisher kaum Hochlohnbereiche haben und weil die Produktivität zu niedrig ist. Eine Studie im Auftrag des DGB bestätigt, vergleichbare Löhne setzen eine vergleichbare Produktivität voraus. Werden Löhne unabhängig von der Produktivität erhöht, dann führt das zu mehr Rationalisierung und zum Verlust von Arbeitsplätzen und uns sind die Arbeitsplätze noch wichtiger als die Angleichung der Löhne.

(Beifall bei der CDU)

Die Bevölkerungsentwicklung in einem Land ist nicht nur von den Arbeitsplatz- und Einkommenschancen, von Ab- und Zuwanderung abhängig, mindestens genauso große Sorgen müssen wir uns um die Entwicklung der Geburtenzahlen machen. Die Zahl der Geburten steigt zwar in Thüringer erfreulicherweise wieder und hat inzwischen

fast den Durchschnitt der alten Länder erreicht, aber für Thüringen wie für ganz Deutschland gilt, Jahr für Jahr sterben deutlich mehr Menschen als Kinder geboren werden. Nun hat der Staat keinen Einfluss darauf, wie viele Kinder geboren werden, aber er kann und er muss auch hier gute Rahmenbedingungen schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Thüringen hat für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Menge getan. Sie wissen das, im Gegensatz zu Westdeutschland stellen wir für alle Kinder ab zweieinhalb Jahre Plätze in Kindertagesstätten bereit, bieten Krippen- und Tagesbetreuung an und haben Horte an unseren Grundschulen. Bei der Kinderbetreuung steht Thüringen ganz ohne Frage bundesweit an der Spitze.

(Beifall bei der CDU)

Aber das reicht nicht, wir müssen in der Familienpolitik vorankommen. Das ist keine Aufgabe, die Thüringen allein bewältigen könnte, das ist, wie jedermann weiß, eine bundespolitische Aufgabe. Was wir als Land tun können, das tun wir weiß Gott, denn Thüringen ist eines von fünf deutschen Ländern, das ein Landeserziehungsgeld zahlt.

(Beifall bei der CDU)

Und trotz aller Haushaltsprobleme halten wir daran fest.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe nicht, dass die, die ständig sagen, wir setzen falsche Prioritäten, diese Priorität aufs Spiel setzen wollen, meine Damen und Herren. Wir halten die Priorität für richtig.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gehört für uns auf Bundesebene dazu, dass wir den Vorschlag, schrittweise ein Familiengeld einzuführen, das das Erziehungsgeld und Kindergeld ersetzt, unterstützen.

Meine Damen und Herren, wenn ich von Kindern spreche, spreche ich von der nachfolgenden Generation und für diese nachfolgende Generation tragen wir Verantwortung. Wir dürfen ihr nicht ihre Gestaltungsspielräume nehmen, auch nicht ihre finanziellen Gestaltungsspielräume. Deshalb dürfen wir unseren Kindern und Enkeln nicht über Gebühr Schulden hinterlassen.

(Beifall bei der CDU)

Von unserer Verpflichtung, die Neuverschuldung zurückzuführen, wird die Landesregierung bis zum Ende dieser Legislaturperiode nicht abgehen,

(Beifall bei der CDU)

auch nicht, wie es ja gestern besprochen worden ist, mit dem Nachtragshaushalt. Für die Steuerausfälle bei Land und Kommunen sind nicht wir, sondern ist die falsche Wirtschaftspolitik des Bundes verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und zu den Mehrausgaben hat man uns, oft gegen unsere Stimme, gesetzlich verpflichtet. Deswegen müssen Mindereinnahmen und Mehrausgaben durch Einsparungen ausgeglichen werden, so schmerzlich das für uns alle ist. Ich beklage mich nicht, meine Damen und Herren, aber ich bedaure es schon, wie gering in der Öffentlichkeit die Bereitschaft ist, unsere Bemühungen zu unterstützen. Wer zwingend notwendige Einsparungen kritisiert, ohne Alternativen vorzuschlagen, wer von notwendigen Umschichtungen spricht, aber darunter nur versteht, dass er für sein Klientel von Kürzungen verschont bleiben möchte, gefährdet doch unser Gesamtziel und handelt deswegen verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal, wer von falschen Prioritäten spricht, soll uns bitte sagen, welche Priorität denn falsch ist, dann können wir sie auch anders setzen, aber nur zu sagen: "das ist euer Zeug, wir fordern einfach", das, meine Damen und Herren, passt nicht in die Haushalts- und Finanzsituation der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder.

(Beifall bei der CDU)

Wir reduzieren unsere Ausgaben, aber die Investitionsquote bleibt im Ländervergleich sehr hoch. "Sparen und Gestalten" war unser Grundsatz für den Doppelhaushalt, der gegenwärtig läuft, und für den Doppelhaushalt 2003 und 2004, eines unserer wichtigsten Gesetzgebungsvorhaben für die zweite Hälfte der Legislatur, gilt Sparen und Gestalten natürlich genauso. Es ist nicht Kaputtsparen angesagt, aber eine fortdauernde Überprüfung aller Maßnahmen und Leistungen im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland stimmen, dann hat die Landesregierung die Chance, für 2005/2006 einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen. Wir wissen dabei, meine Damen und Herren, der blaue Brief aus Brüssel richtet sich natürlich nicht nur an den Bund, sondern genauso an die Länder und Kommunen, denn auf sie entfallen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben. Ohne Länder und Kommunen ist die Haushaltsstabilität nicht zu erreichen. Deswegen sind wir natürlich bereit, mit dem Bund einen Stabilitätspakt zu schließen, aber wir können ihn nur schließen, wenn der Bund seine kostenintensive Finanz- und Steuerpolitik aufgibt und nicht weiterhin Gesetze erlässt, mit denen Länder und Kommunen überproportional zur Kasse gebeten werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne nur ein Beispiel: Allein die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage um 10 Prozentpunkte kostet die Kommunen 1,5 Mrd. € pro Jahr. Die Lasten- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund und Ländern muss grundsätzlich geändert werden und ich sage das vor allem auch in Bezug auf die Kommunen. Wir wissen aus vielen Gesprächen mit Verantwortlichen der kommunalen Spitzenverbände, wie groß die Sorgen der Kommunen sind. Wir wissen aber auch, dass Thüringen mehr für die Kommunen tut als andere Länder in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Wer etwas anderes behauptet, meine Damen und Herren, unterschlägt, dass wir den Kommunen weiterhin die Hälfte der auf sie zukommenden Lasten abnehmen. Mancher Verbandsvertreter sollte sich Bemerkungen durch Fakten ab-sichern lassen, dann wirken sie glaubhafter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

In unserer Zusage, unserem Wahlprogramm, haben wir versprochen, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger zu stärken. Das Bürgerbegehren vom letzten Jahr hat zusätzlich deutlich gemacht, das Thema steht auf der Tagesordnung und es wird uns in den nächsten Monaten intensiv beschäftigen.

(Zwischenruf Abg. Huster, PDS: Um mehr Demokratie geht es.)

Mehr Demokratie geht nicht. Wir haben, Gott sei Dank, ein demokratisches Gemeinwesen und entweder ist es demokratisch oder nicht. Demokratie ist nicht steigerbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Darum geht es ja auch gar nicht, sondern es geht um die Formen der Demokratie. Es geht um mehr Engagement, um mehr Partizipation, es geht um mehr Beteiligung und es geht um mehr bürgerschaftliche Mitverantwortung und sie muss im Einklang mit unserem repräsentativen parlamentarischen Regierungssystem stehen, im Einklang mit der Grundordnung unserer Landesverfassung. Darauf hat uns das Verfassungsgericht nahezu einstimmig deutlich mit Recht hingewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat konkrete Vorschläge zur Stärkung der Bürgerbeteiligung unterbreitet. Ich unterstreiche ausdrücklich noch einmal, wir sind diskussions- und kompromissbereit. Eines wollen wir allerdings nicht, wir wollen keine andere Demokratie. Beim Vorrang der demokratischen, durch alle

Wähler legitimierten parlamentarischen Vertretung muss es selbstverständlich bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Zum bürgerschaftlichen Engagement gehört das Ehrenamt. Für uns ein Fundament für den sozialen und solidarischen Zukunftsstandort Thüringen. Wir sind stolz darauf und dankbar dafür, dass sich bei uns mehr Menschen als anderswo ehrenamtlich engagieren. Deswegen fördern wir das Ehrenamt finanziell stärker als alle anderen Länder. Unsere neue Ehrenamtsstiftung ist bundesweit einmalig, sie soll bis Mitte dieses Jahres arbeitsfähig sein. Für ihre laufenden Ausgaben erhält die Stiftung Mittel aus dem Landeshaushalt und mittelfristig sollen ihr die Erträge einer Spielbank zufließen.

Meine Damen und Herren, in der Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode habe ich gesagt, wir wollen dienen und nicht herrschen. Wir wollen dienen und nicht herrschen, wir wollen aber auch entscheiden, meine Damen und Herren, das gehört nämlich auch zum Dienen,

(Beifall bei der CDU)

was manche gelegentlich vergessen. Eine bürgernahe und leistungsfähige, eine moderne Verwaltung muss sich an diesem Leitbild orientieren. Abbau von Bürokratie, konsequente Deregulierung, verständliches und transparentes Recht, eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung - auch das gehört zum Zukunftsstandort Thüringen, meine Damen und Herren, und das darf nicht vergessen werden.

(Beifall bei der CDU)

Auf dem Weg dazu haben wir ein gutes Stück zurückgelegt, wir haben zahlreiche Behörden neu gegliedert, wir haben Behörden aufgelöst, wir haben privatisiert oder kommunalisiert und wir haben Kompetenzen gebündelt und Verwaltungsabläufe entbürokratisiert und wir werden in der zweiten Halbzeit damit fortfahren. Unser Ziel ist, die Verwaltung möglichst nah an den Bürger heranzubringen, das bedeutet auch eine weitere Stärkung der Kommunen. Die Verwaltungsreform wird fortgeführt, die Funktionalreform beschleunigt. Zu einer bürger- und kundenfreundlichen Verwaltung gehört, die Möglichkeiten zu nutzen, die moderne Kommunikationstechniken bieten. Die Landesregierung arbeitet an einem umfassenden E-Government-Konzept. Wir wollen erreichen, dass Bürger und Unternehmer am eigenen Computer mit Behörden in Kontakt treten und Verwaltungsangelegenheiten regeln können. Das Internet bietet die Voraussetzung dazu.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Das stimmt.)

In Zukunft wird es möglich sein, sich nicht nur Formulare online auf den Computer zu holen, sondern die Bürger sollen auch Anträge online stellen können. Wir werden,

meine Damen und Herren, E-Government in die Praxis umsetzen, weil wir einen noch besseren Service bieten wollen und weil wir die Verwaltung nicht ausklammern dürfen, wenn wir von Thüringen als einem der deutschen Hightech-Zentren sprechen.

Zu unserer Verantwortung für die kommenden Generationen gehört die Schonung und die Bewahrung unserer natürlichen Ressourcen. Daher setzen wir uns für eine flächendeckende Stärkung des ländlichen Raums ein. Unser Ziel sind gemeindeübergreifende Dorferneuerungs-lösungen mit spürbaren Entwicklungs- und Beschäftigungseffekten. Die Flurbereinigung setzen wir fort. Wir halten an einer flächendeckenden Landbewirtschaftung fest. Dabei haben alle Formen der Landbewirtschaftung ihre Bedeutung. Weil die Nachfrage nach Produkten aus ökologischem Anbau steigt, wollen wir die ökologisch bewirtschafteten Flächen bis 2010 auf 10 Prozent der Gesamtfläche ausweiten.

Wir wollen den Anteil der Waldfläche weiter steigern und darum die Erstaufforstungsquote erhöhen. Vor Ende der Legislaturperiode wollen wir den Entwurf eines Landeswaldprogramms vorlegen, das auf die Landschaftsrahmenplanung abgestimmt ist.

Bei der Förderung alternativer Energien setzen wir unsere Anstrengungen fort und legen besonderen Wert auf die Produktion und Verwendung von Holz als Brennstoff.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig bleibt eine zukunftssichere und wettbewerbsfähige Fernwasserversorgung. Sie kann nur durch eine Fusion der Unternehmen erreicht werden,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wieso?)

die daran beteiligt sind. Unser Ziel ist zugleich ihre Entschuldung durch das Land. Die Verhandlungen über eine Fusion zum 1. Januar nächsten Jahres laufen. Und damit auch das klar ist: Die Talsperre Leibis wird gebaut und wird 2004/2005 fertig.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorbereitungen für die Landesgartenschau 2004 in Nordhausen laufen. Die Vorbereitung der Bundesgartenschau 2007 in Gera ist, nachdem erhebliche Schwierigkeiten überwunden sind, inzwischen gesichert.

Meine Damen und Herren, dass wir nicht nur unsere Landschaft, sondern auch unsere Kulturlandschaft bewahren müssen, das steht wohl außer Frage. Sie ist mehr als ein Standortfaktor. Erst kürzlich haben wir uns in diesem Haus eingehend mit den Perspektiven der Kulturpolitik befasst, darum greife ich die Themen der Großen Anfrage jetzt nicht erneut auf. Heute nur so viel zur Ergänzung: Zu den geistig-kulturellen Zentren mit Aus-

strahlung über Thüringen hinaus gehört die Stiftung "Weimarer Klassik". Durch ihre Zusammenführung mit den Kunstsammlungen in Weimar wird die Stiftung Profil gewinnen, zusätzliches Profil, und die Änderungen der Stiftungsgesetze werden wir Ihnen noch in diesem Jahr vorlegen. Am 22. Mai wird der Grundstein für das größte Bauvorhaben der Stiftung, für den Neubau der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek gelegt - ein wichtiges und erfreuliches Datum.

(Beifall bei der CDU)

Eine geschichtsbedingte Herausforderung haben wir zu einem guten Teil bewältigt. Bei den Restitutionsfragen haben wir mit den Häusern Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg und Gotha im vergangenen Jahr gute Lösungen gefunden. Die Verhandlungen mit dem Haus Sachsen-Weimar-Eisenach sind schwierig, aber wenn realistische Ziele verfolgt werden, haben wir gute Chancen, noch in dieser Legislaturperiode zu einer Einigung zu kommen.

Für unsere Landesausstellung 2004 in Sondershausen haben wir die Residenzkultur in Thüringen zum Thema gemacht. Sie wird ebenso, wie es die Bach-Ausstellung 2000 gewesen ist, ein kultureller Höhepunkt werden.

Meine Damen und Herren, ein entscheidendes Fundament für die Zukunftsfähigkeit Thüringens ist die Schul- und Bildungspolitik. Nur eine lernende Gesellschaft ist eine leistungsbereite und eine zukunftsfähige Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Das ist leider in Deutschland über Jahrzehnte nicht genügend berücksichtigt worden. Nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Und um diese Zukunftsfähigkeit machen wir uns nicht erst seit der Veröffentlichung der PISA-Studie Sorgen, nur hat diese Studie die öffentliche Diskussion neu belebt und neu befruchtet. PISA, eine Studie, die nicht das letzte und nicht das einzige Wort zum Thema Bildung sein sollte, weil sie, wie Sie wissen, nur zu einigen ausgewählten Fragen Stellung nimmt und weil sie zum Teil Äpfel mit Birnen vergleicht.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das sehe ich aber anders.)

Die Paukschulen von Japan und Südkorea sind nicht unser Vorbild, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

daran werden wir uns nicht orientieren. Ich warne vor unbedachten Reaktionen. Eine bedrückende, aber auch bedeutsame Botschaft ist, dass deutsche Schüler gerade bei den Grundlagen - beim Lesen, Schreiben, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften - erhebliche Mängel

aufweisen. Der simpelste Weg wäre es jetzt, nach Sündenböcken zu suchen und zu sagen, die Medien, die Eltern, die Lehrer oder wer sonst sind schuld. Ein deutscher Politiker hat schon einmal behauptet, Lehrerinnen und Lehrer seien faule Säcke. Meine Damen und Herren, ich setze dem entgegen: Lehrerinnen und Lehrer, und zwar auch im Teilzeitverhältnis, erbringen eine immense Leistung und sie bedürfen der Ermunterung und der Unterstützung

(Beifall bei der CDU)

und nicht ständig der Kritik. Auch in den vergangenen Jahrzehnten hat es in Deutschland intensive Debatten über die Zukunft der Schulen gegeben, aber es ging ständig um Strukturen und es ging viel zu wenig um Inhalte, um die richtigen Lernstoffe und um die richtige Didaktik. Hier liegt für mich das entscheidende Problem der deutschen Schule. Wir müssen uns dem zuwenden, was erstrangig ist. Was ist Aufgabe der Schule, was ist Inhalt der Schule? Wir müssen uns dem zuwenden, was wir von Eltern, Lehrern und Schülern erwarten. Deswegen nicht wehklagen, sondern handeln! Aber Handeln bedeutet nicht blinden Aktionismus und alles Bewährte infrage stellen, Handeln heißt, Folgerungen zu ziehen, wenn die Resultate auf dem Tisch liegen. Wir sind gespannt auf die regionalisierten Ergebnisse. Föderalismus bedeutet Wettbewerb. Wenn ein Land gute Ideen entwickelt und erfolgreich umsetzt, können sie alle Länder nutzen, beispielsweise unsere gute Idee, in acht Jahren zum Gymnasium zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Das nutzen jetzt andere. Wenn ein Land Fehler macht, müssen diese nicht alle Länder mitmachen. Gesamtschule war ein Holzweg.

(Beifall bei der CDU)

Es wird Unterschiede zwischen den Ländern geben und sie werden auch unter den jungen Ländern deutlich werden. In Thüringen, meine Damen und Herren, ist der Aufbau eines vielfältig gegliederten Schulsystems ganz ohne Zweifel gelungen. Bei uns stehen verschiedene Schularten und Schulformen in staatlicher und freier Trägerschaft gleichwertig, aber nicht gleichartig nebeneinander. Spezialgymnasien fördern von früh an besondere Begabungen. Eines dieser Spezialgymnasien, das Sportgymnasium in Oberhof, ist in diesen Tagen bundesweit bekannt geworden, weil es besonders zu den Erfolgen der Thüringer Sportlerinnen und Sportler bei den Olympischen Spielen in Salt Lake City beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich zitiere in diesem Zusammenhang aus einem Brief des Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland. Er schreibt mir: "Die großartigen Erfolge der Thüringer Teilnehmer innerhalb unserer Mannschaft zeigen, mit welchem Einsatz

und welcher Hingabe Politik und Sportorganisationen in Ihrem Land an der Förderung des Sports arbeiten."

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich dafür, so ist es. Unsere Anstrengung bei der Förderung des Breiten- und Spitzensports lohnt sich. Es lohnt sich eben, dass wir drei Sportstunden in der Schule haben und dass wir da wesentlich besser sind als die Bayern.

Was meinen Sie bitte?

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Schauen Sie sich mal an, wie viel Sportunterricht an den Schulen ausfällt.)

Ja, selbstverständlich, Herr Gentzel, das können wir einmal gemeinsam machen. Aber mit dem Sport nehme ich es mit Ihnen noch auf, Herr Vorsitzender,

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

da bin ich sicher.

Meine Damen und Herren, für die Qualität der Bildung ist der finanzielle Einsatz wichtig, aber nicht allein entscheidend. PISA zeigt, dass Bildungserfolge - meine Damen und Herren, ich sage das so deutlich, weil einige, die über PISA reden, PISA nie gelesen haben - nicht proportional mit den Ausgaben für Bildung steigen. Aber natürlich, ohne Geld kann kein Staat Bildung organisieren; jeder weiß, wir sparen im Bildungsbereich nicht, auch wenn wir wegen des dramatischen Rückgangs der Schülerzahl Anfang 2001 in erheblichem Umfang Lehrer abbauen mussten. Mit 4.100 € pro Jahr und Schüler nimmt Thüringen den ersten Platz unter den jungen Ländern ein, 400 € über dem Durchschnitt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, rechnet man die 10 Prozent hinzu, die wir zurzeit noch bei Personalkosten weniger ausgeben, dann liegt Thüringen mit Baden-Württemberg und Bayern in der Spitzengruppe aller deutschen Flächenstaaten.

(Beifall bei der CDU)

In unseren Anstrengungen für die Bildung werden wir nicht nachlassen, und das nicht allein in der Schule, sondern mit verstärkter Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus, Kindertagesstätten, Jugendhilfe und Jugendarbeit. Die PISA-Studie sehen wir als Chance, Schwachstellen zu erkennen und zu beheben. Änderungen und Ergänzungen werden wir angehen, sobald die Ergebnisse der Regionalisierung Ende Juni vorliegen. Darum werden wir die Schulgesetznovelle nicht jetzt, sondern erst, wenn die regionalisierten Ergebnisse vorliegen, das heißt, nach der

Sommerpause im Landtag einbringen.

Wir haben den Neuaufbau des Bildungswesens nicht nur in der Schule, sondern auch im Hochschulbereich mit Priorität versehen. Wir haben Neugründungen initiiert, beispielsweise in den letzten Jahren in Nordhausen und Erfurt und sind neue Wege bei der Organisation des Studiums und bei den Abschlüssen gegangen. Wir setzen unsere knappen Finanzmittel überproportional in diesem Bereich ein. Das zahlt sich aus. In den Hochschulrankings liegen Thüringer Hochschulen durchweg in der Spitzengruppe. Nur ein Beispiel: Die Studiengänge der Ingenieurwissenschaften in Ilmenau belegten in den verschiedenen Vergleichen der letzten Jahre erste Plätze, und zwar bezogen auf die Studiendauer, bezogen auf den Anteil von Frauen und bezogen auf die Zufriedenheit der Studierenden. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir nach acht Jahren zum Abitur führen, und noch kein Professor in Deutschland hat sich bislang beschwert, dass die Leistungen unserer Abiturienten schwächer seien.

(Beifall bei der CDU)

90 Prozent der Studenten halten die Regelstudienzeit ein. Wir haben die jüngsten Absolventen mit durchschnittlich 22 bis 23 Jahren an den Fachhochschulen und 23 bis 24 Jahren an den Universitäten. Seit Beginn der dritten Legislaturperiode haben wir rund 325 Mio. € in die Hochschulen investiert. Mit dem Landeshochschulplan haben unsere Hochschulen Planungssicherheit bis 2008. Die Gespräche zur Integration der theologischen Fakultät in die Universität Erfurt sind in den letzten Wochen gut vorangekommen. Ich gehe davon aus, dass wir die Vertragsverhandlungen in diesem Jahr erfolgreich abschließen können. Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Hochschulen im Wettbewerb und zwischen den Hochschulen. Daher wollen wir die Autonomie der Hochschulen weiter stärken, ein ganz zentraler Punkt bei der bevorstehenden Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes.

Die Einführung der Juniorprofessoren begrüßen wir als eine neue und zusätzliche Form für junge qualifizierte Wissenschaftler, aber wir wenden uns dagegen, deswegen die Habilitation abzuschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Auch im Hochschulbereich gilt, meine Damen und Herren: Nicht zu viel und keine unnötigen Gesetze. Man kann nicht auf der einen Seite über die Entflechtung von Verantwortung bei der Finanzierung verhandeln und auf der anderen Seite die Länder bei ihren eigenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten dauernd gängeln wollen. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, insbesondere in Ilmenau und Jena, entwickeln sich sehr gut. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Unternehmen trägt Früchte. So hat sich beispielsweise das Jenaer Zentrum für Bioinformatik im Wettbewerb um Bundesmittel in Deutschland durchgesetzt.

Die Weiterentwicklung unserer Hochschul- und Forschungslandschaft ist für den Zukunftsstandort von entscheidender Bedeutung. Die Hochschulen haben einen erheblichen Einfluss auf das geistige Klima im Land. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur und sie sind die Basis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Von Forschung und Lehre profitiert direkt oder indirekt das ganze Land. Deshalb wird die Landesregierung alles, was in ihren Kräften steht, tun, um das Profil Thüringens als Wissenschafts- und Hochschulstandort weiter auszubauen.

Meine Damen und Herren, eine Regierungserklärung zur Halbzeit kann keinen vollständigen Überblick über alles geben, was in der ersten Halbzeit geschehen ist und was in der zweiten Halbzeit geschehen soll. Ich habe beispielhaft ausgewählt, ich habe vieles weglassen müssen, auch vieles Wichtige. Es ging mir nicht um ein Stichwortverzeichnis, es geht mir um eine Bestimmung des Zukunftsstandorts Thüringen. "Wer nicht an die Zukunft denkt, der wird bald große Sorgen haben", sagt Konfuzius. In der Tat, meine Damen und Herren, wer immer nur an Gefälligkeiten für das Heute denkt, denkt nicht an die Zukunft und er wird bald viel größere Sorgen haben, als er sie heute hat.

(Beifall bei der CDU)

Gestern gab es eine Aussage: "Wenn das, was heute in Thüringen ist, gut ist, wie wäre es denn dann, wenn es schlecht wäre?" Dann wäre es so wie zum Teil in anderen neuen Ländern, meine Damen und Herren. Wir sind dankbar, dass wir dafür gearbeitet haben, dass es hier anders ist als anderswo.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in den letzten Jahren seit der Wiedervereinigung große Fortschritte beim Aufbau des Freistaats gemacht. Das leugnen nicht einmal unsere schärfsten Kritiker. Zur Mitte der Legislaturperiode aber richten wir den Blick in die Zukunft: Wie wird Thüringen nicht nur zu Ende dieser Legislaturperiode, sondern wie wird es in zehn Jahren aussehen? "Wie kommt das neue in die Welt?" - ist der Titel eines erfolgreichen Buchs von zwei erfolgreichen deutschen Wirtschaftlern.

Unsere Vision für den Zukunftsstandort Thüringen in zehn Jahren ist klar: Ein starkes und attraktives Land in der Mitte des geeinten und erweiterten Europas; ein Land, das 2012 nicht nur an der Spitze der jungen Länder steht, sondern einen guten Platz unter allen Ländern einnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Ein Land, das über moderne Schienen und Straßen gut für Investoren und für Gäste aus aller Welt erreichbar ist. Ein Land, das keine Schulden mehr macht, sondern damit begonnen hat, alte Schulden zurückzuzahlen. Ein Land auf dem Weg vom Nehmerland zum Geberland oder zu-

mindestens auf dem Weg dahin.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Noch nicht!)

Ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit nicht mehr über dem Bundesschnitt liegt, in dem soziale Gerechtigkeit herrscht und den Schwachen, die sich nicht selbst helfen können, geholfen wird. Ein Land, das durch seine Bildungs-, Forschungs- und Produktionseinrichtungen zur Modernität Deutschlands beiträgt. Ein Land, das jeder als Automobilstandort, als Computerstandort, als Biotechnologiestandort kennt. Ein Land, dessen kulturellen Reichtum, dessen Theater und Orchester auf Deutschland und Europa ausstrahlen. Ein Land, das seine jungen Leute so ausbildet, dass sie überall in der Welt wettbewerbsfähig sind. Ein Land, in das sie - um Erfahrungen reicher - gerne wieder zurückkommen. Und ein Land, in dem sich seine Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, das sie mitgestalten und in dem sie sich engagieren. Unsere Vision ist ein Land, das stolz darauf ist, ein junges Land zu sein, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, ein Land, in das junge Menschen aus Deutschland und aus der Welt gerne kommen, um hier zu studieren und zu arbeiten und zu leben. Dafür, dass diese Vision Realität wird, meine Damen und Herren, lohnt es sich hart zu arbeiten. Denn Robert Jung sagt: "Zukunft ist kein Schicksal, sondern das, was man daraus macht für sich selbst und für die kommende Generation."

Wir haben etwas aus Thüringen gemacht und wir sind entschlossen, noch mehr aus Thüringen zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich eröffne die Aussprache und bitte als ersten Redner Herrn Abgeordneten Ramelow ans Rednerpult. Bitte, Herr Abgeordneter. Und ich bitte Sie um Ruhe.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ministerpräsident, bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich eine persönliche Anmerkung vorneweg machen. Wir haben gestern Abend auf dem Nachhauseweg von einem schweren Autounfall erfahren. Ich möchte an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, dass wir hoffen, dass es Herrn Pabst alsbald gut gehen und dass er genesen möge und dass er keine bleibenden Schäden behält. Ich glaube, wenn man dann mitkriegt, wenn man jemanden persönlich kennt und die Anonymität einer solchen Meldung im Radio verbunden wird mit einem Gesicht, dann ist die Betroffenheit doch umso größer. In diesem Sinne von hier aus beste Genesung.

(Beifall im Hause)

Herr Ministerpräsident, für die vorgetragenen Ergebnisse nach nunmehr 30 Monaten CDU-Alleinregierung meine Feststellung: Es waren natürlich vor allem Ergebnisse aus Ihrer Sicht in Bezug auf die Entwicklung.

Nun ein paar Anmerkungen vorneweg: Wenn Sie Alice Schwarzer hier so zitieren, dann bleibt mir immer in Erinnerung ein fatales Beispiel, das Sie selber geprägt haben, indem Sie die Erwerbsneigung der Thüringer Frauen mit der Erwerbsneigung der Rheinland-Pfälzer Frauen vergleichen und einmal, wie ich finde, einen verheerenden Satz gesagt haben: "Wenn die Erwerbsneigung der Thüringer Frauen nicht so hoch wäre oder analog den Rheinland-Pfälzer Frauen, dann wäre die Arbeitslosigkeit in Thüringen niedriger als in Rheinland-Pfalz." Ich finde das frauenverachtend und das passt nicht zu dem, was Sie eben hier gesagt haben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Eine zweite Bemerkung: Wenn Sie die Einpendler- und Auspendlerzahlen gegeneinander halten, so mag das zahlenmäßig richtig sein.

Ja, da gehen dann die Damen und Herren jetzt zum Kaffeetrinken, dann stört der schwarze Block wenigstens nicht so sehr.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Wir machen jetzt etwas Sinnvolles.)

Das sind alles Wahrheiten, die Sie nicht hören möchten. Ihr Gehabe ist schon wirklich wie das einer Staatspartei und das Protokoll vermerkt lang anhaltenden Applaus.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das kennen Sie doch.)

Doch, ich lerne es ja kennen. Seitdem ich hier in dem Landtag bin, lerne ich es ja kennen und ich danke Ihnen dafür.

Bei den Einpendler- und Auspendlerzahlen, die hier nebeneinander gestellt werden, da fällt mir nur ein, dass viele dieser Einpendler offenkundig wohl die sind, die hier im Landtag schon einmal abgehandelt worden sind, und die Reisekostenabrechnungen, mit denen sich der Landesrechnungshof auseinander zu setzen hat.

Eine weitere Bemerkung: Zu den moderaten Lohnabschlüssen hätte ich eine Frage, Herr Ministerpräsident. Diese Kunst möchte ich gerne begreifen: Wenn Sie den BAT zugrunde legen und sagen, moderate Lohnabschlüsse fordern Sie dann für den Westen, heißt das, dass Arnstadt die eingesparten Geldmittel der moderaten Lohnabschlüsse von Kassel dann im Rahmen des Partnerschaftsvertrags überwiesen bekommt? Oder die Kollegen aus dem Er-

furter Stadtparlament, bekommen sie das dann aus Mainz überwiesen? Werden Sie das mit Ihren Kollegen dann dort bereden? Also, was meinen Sie mit moderaten Lohnabschlüssen im Westen, die dann die Erhöhung und Anpassung im Osten ermöglichen und finanzieren sollen? Gibt es dann ein ...

(Zwischenruf Köckert, Innenminister:
Typische Argumentation eines West-Gewerkschafters.)

Bis jetzt habe ich jedenfalls mein Geschäft als Tarifverhandlungspartner noch so verstanden, dass man mit dem verhandelt, der es auch bezahlen muss. Wenn man etwas von anderen, also das Gürtel-enger-schnallen, verlangt, dann würde ich gern wissen, was das dann den hiesigen Lohnabschlüssen nützt oder ob es nur insgesamt Schmalhans Küchenmeister sein soll.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Köckert, Innenminister: Weil Sie nichts begreifen wollen.)

Das stimmt, Herr Köckert, von Ihnen begreife ich tatsächlich nichts. Ein solcher Skandalminister ist nicht zu begreifen.

(Beifall bei der PDS)

(Unruhe bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, den BAT vergleichen mit den Flächentarifverträgen, dann bin ich ganz fatal erinnert an die Diskussion, die wir im Land hatten, als es um das Vergabegesetz ging. Da ging es nämlich um die Tarifvertragserosion der Flächentarifverträge. Während Sie nichts getan haben, um die Erosion zumindest bei staatlichen Aufträgen zu verhindern, zu lenken, zu leiten, zu begleiten, stellen Sie jetzt die Erosion der Flächentarifverträge gegen den BAT und sagen, deshalb so ein Stück weit den Neidkomplex schüren. Das nenne ich eine Politik, die fatal ist.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, ich will für die PDS-Fraktion Ihre soeben abgegebene Regierungserklärung messen an den Thüringer Realitäten von heute und an Ihrer Regierungserklärung von 1999, als Sie die Regierungsgeschäfte allein übernommen haben, denn jetzt können Sie nichts mehr einem Koalitionspartner in die Schuhe schieben.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das brauchen wir ja auch nicht.)

Jetzt messen wir Ihre Taten an Ihren Worten und wägen und wichten aus dem Blickwinkel von Familien mit Kindern, von Langzeitarbeitslosen, von Sozialhilfeempfän-

gern, von Konkursgeschädigten oder auch aus dem Blick von Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, das Land zu verlassen.

Meine Damen und Herren, was ist der Tenor Ihrer Halbzeitbilanz? Wir haben es alle gehört - Top Thüringen, Top Landesregierung, Top CDU.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Ja, ja.)

(Beifall bei der CDU)

Danke schön, wunderbar. Das steht nicht in Ihrem Protokoll, dass Sie jetzt klatschen sollten, aber es war ja "CDU" drin vorgekommen.

Wir haben auch zur Kenntnis nehmen dürfen, dass es dieser Landesregierung trotz der Widrigkeit der Globalisierung und trotz der rotgrünen Bundesregierung gelungen ist, diese Ergebnisse zu erreichen. Dass aber von außen, also global oder vom Bund, massiv in die Entwicklung Thüringens eingegriffen wurde, damit wird dann die Stagnation begründet. Ihre Maxime heißt, das Gute ins CDU-Töpfchen, alles Schlechte ins Weltwirtschafts- oder Bundesregierungskröpfchen. Wir nennen das eine Politik der satten Selbstzufriedenheit bei erkennbarer realer Stagnation im Lande.

(Beifall bei der PDS)

Die Schere zwischen Ost und West wird größer. Die Aufholjagd wurde zum kraftlosen Nachhecheln und trotzdem sagt die Landesregierung, wir seien Klassenprimus.

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Ja!)

Ihre Klasse, Herr Gnauck, ist überhaupt nicht zu beschreiben, weil die schon so weit unter dem Unterputz ist. Dabei, meine Damen und Herren, wird die Statistik in einer Weise bemüht, wie sie der Abgeordnete Höpcke bereits in der 2. Legislaturperiode mit den sechs Sünden der Statistik dargestellt hat.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Höpcke?)

Höpcke, ja. Sie können das nachlesen. Das hat er hier im Landtag gesagt, da haben Sie auch schon geschrien. Aber es war dieselbe Aussage, nämlich die sechs Sünden, wie man mit Statistik umgeht. So werden Wachstumsraten verglichen, ohne Ausgangs- und erreichtes Niveau im Vergleich mit den anderen Bundesländern zu bewerten. Es werden Vergleichs- und/oder korrelierende Entwicklungen nicht bewertet und es werden bestimmte Dinge weggeschwiegen bzw. Ergebnisse mehr als eigenwillig ausgelegt und bewertet, um nicht das Wort "willkürlich" zu benutzen.

(Beifall bei der PDS)

Wie das, Herr Ministerpräsident, mit dem verantwortungsvollen Handeln Ihrer Regierung im Ergebnis des durch Wahl übertragenen Auftrags einhergeht, bleibt sicher Ihr Geheimnis. Sie jedenfalls hatten in Ihrer Regierungserklärung vom 13. Oktober 1999 erklärt, dass Sie dieser Verantwortung durch entschlossenes Handeln und klare Entscheidungen gerecht werden wollten, und jetzt darf ich zitieren: "das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger vor Augen". Wie wenig ernst Sie Ihren politischen Auftrag, den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen, nehmen, das lässt sich z.B. daran erkennen, wie Sie mit dem Thüringer Volksbegehren umgegangen sind und weiter umgehen. Mehr als 380.000 Menschen haben mit ihrer Unterschrift unmissverständlich den Wunsch nach mehr direkter Demokratie, d.h. nach Erleichterung bei der unmittelbaren Mitwirkung und den Entscheidungen in ihren eigenen Angelegenheiten zum Ausdruck gebracht. Sie waren der Meinung, dass das Ansinnen all dieser Menschen es wert ist, vor das Verfassungsgericht getragen zu werden, ohne mit den Initiatoren und Beauftragten vorher zu verhandeln, ohne Kompromisse auszuloten und es dann positiv zu bewerten, dass es zu Fall kam.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Weil Sie mit dem Kopf durch die Wand laufen.)

Gut, Sie verehren die repräsentative Demokratie im höchsten Maße. Doch mit dem Prinzip der Volkssouveränität befinden Sie sich damit, wie Sie über die Gesetzentwürfe des Trägerkreises und der Oppositionsfractionen urteilen, und mit dem, was Sie im Auftrag der CDU-Fraktion erarbeitet haben, nach unserer Auffassung nicht mehr in Übereinstimmung.

(Beifall bei der PDS)

Sie senken das Zulassungsquorum unerheblich, erschweren die Unterschriftensammlung unerträglich und behalten schier unüberwindliche Volksentscheidhürden bei. Das nenne ich eine Politik der Rosstäuscherei. Auch noch deutlicher wird das mit Ihrer Erklärung, die Sie eben abgegeben haben: Mehr Demokratie geht nicht. Sie waren damit ehrlich. Ich muss ihnen sagen, ich bin politisch sozialisiert worden von Willy Brandt, der den Satz geprägt hat: "Wir wollen mehr Demokratie wagen."

(Beifall bei der PDS, SPD)

Offenkundig fand Willy Brandt es wichtig und richtig, dass man mehr Demokratie wagen kann, dass mehr Demokratie gewagt werden muss. Um es anders zu sagen, Sie haben eben Konfuzius zitiert, ich will Ihnen Konfuzius entgegen: "Es ist besser, ein Licht anzuzünden als die Dunkelheit zu beklagen."

(Beifall bei der PDS)

Wenn man sich über die Abstinenz der Bürger beklagt, darf man sich nicht wundern, wenn man sie vorher nicht beteiligt und nicht beteiligen will. Die CDU-Landesregierung hat augenscheinlich Angst vor dem selbstbewussten, engagierten und mündigen Bürger.

(Beifall bei der PDS)

Sie repräsentieren ein obrigkeitsstaatliches Beteiligungskonzept. Ob Thüringer Personalvertretungsgesetz, ob Richterergesetz oder ob direkte Demokratie - Sie wollen landespolitisch dem Bürger, dem Beschäftigten, dem Richter oder dem Staatsanwalt niemals auf gleicher Augenhöhe begegnen,

(Zwischenruf Abg. Huster, PDS: So ist das.)

bei Diätenselbstbedienung, bei Reisekosten des eigenen Klientels aber wegschauen und verjähren lassen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Ministerpräsident, man könnte die Reihe fortsetzen, sie würde illustrieren, dass Sie nicht die Probleme der Menschen im Land zu lösen versuchen. Sie versuchen stattdessen die Probleme zu lösen, die Sie mit den Menschen haben, für die Sie aber durch die Vernachlässigung der eigentlichen Aufgaben der Politik selbst mit verantwortlich sind.

Wenden wir uns also den Problemen zu, die den Menschen im Land das Leben schwer machen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das wird das Problem sein.)

Meine Damen und Herren, um das Vorurteil der Miesmacherei nicht zu bedienen, will ich gern darstellen, dass es nach dem wirtschaftlichen und entwicklungsseitigen Exitus in den Jahren 1990 bis 1992 durchaus positive Veränderungen gab. Die Unternehmenslandschaft wurde neu geordnet und hat sich entwickelt. Die Forschungslandschaft hat sich etabliert und - wie die Aussprache im Februar-Plenum hinsichtlich der Verbundforschung zeigte - Erfolge erreicht. Die Anzahl der Patentanmeldungen ist wachsend. Städte und Gemeinden haben weitgehend das ehemals vorherrschende triste Bild überwunden. Ich verzichte auf weitere Einzelheiten und Lobgesänge.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun unsere Bewertung der Arbeit dieser Landesregierung unter dem vom Ministerpräsidenten genannten Wohl aller Bürgerinnen und Bürger darstellen.

1. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Thüringen seit 1999 deutlich angestiegen und die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich um mehr als 10 Prozent auf nunmehr 66.300 Personen erhöht. Glauben Sie, dass es für die nach der Datenlage zum 28. Februar in Thüringen 219.500 arbeitslosen

Männer und Frauen von Bedeutung ist, ob Vermittlungszahlen in der Arbeitsverwaltung eigenwillig ermittelt wurden oder ob Thüringen bei der Arbeitslosenquote besser als die anderen vier neuen Flächenländer dasteht? Der einzelne Mensch hinter dieser Zahl taucht in Ihrer Regierungserklärung überhaupt nicht auf. Aber wenn man allein derartige Aussagen trifft, dann unterdrückt man ganz massiv, was der Abgeordnete Höpcke als "Verschweigen von Entwicklungen" in der 2. Legislaturperiode charakterisiert hat.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen ja extra den Namen, damit Sie etwas zum Aufregen haben, weil Sie sich über die Fakten nicht aufregen können. Die müssen Sie ja schönjubeln. Man verschweigt beispielsweise, dass in Thüringen seit November 2001 die Arbeitslosigkeit stärker ansteigt als in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Man verschweigt, dass die Fördermaßnahmen ABM und SAM massiv gegenüber den Wahlgeschenken der CDU im Jahr 1999 eingeschränkt und im Jahr 2001 mit 34.300 Beschäftigten auf weniger als 50 Prozent gegenüber 1999 abgesenkt wurden.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Der macht Wahlkampf.)

Da waren es 70.100 Menschen, das waren Menschen, reale Menschen, nicht irgendwelche Phantasiezahlen. Die sind eben nicht mehr in Lohn und Brot. Der Freistaat hat nicht gegengesteuert, sondern die originär für die Förderung des Arbeitsmarkts eingesetzten Mittel des Landeshaushalts von 630 Mio. DM im Jahr 1999 auf nunmehr 479 Mio. - also um 150 Mio., entsprechend ca. 24 Prozent - gesenkt. Meine Damen und Herren, dieses Spiel ist mehr als makaber, geht es doch zu Lasten der arbeitslosen Thüringerinnen und Thüringer, und soll vor allem die rotgrüne Bundesregierung treffen. Völlig unverständlich alles Handeln der Landesregierung, vor allem vor dem Hintergrund, dass vorgesehene Mittel des Europäischen Sozialfonds der dritten Förderperiode in den Jahren 2000 und 2001 entgegen den Ansätzen im Landeshaushalt nicht wirksam geworden sind und als Haushaltsreste in Höhe von 52,4 bzw. 87 Mio. € der Jahre 2000 und 2001 immer noch vorliegen. Dies, meine Damen und Herren, ist eine andere Sicht auf Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung in Thüringen.

Dabei, ich komme zum zweiten Punkt, Herr Ministerpräsident, haben Sie in Ihrer Regierungserklärung vom Oktober 1999 die Zusammenführung von Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik als Schlüssel zur Verzahnung und Sicherung der Brückenfunktion vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt dargestellt.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das ist richtig.)

Er hat es dargestellt, aber die Zahlen sind anders.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Da müssen Sie mal schauen. Lassen Sie es sich von Herrn Gerstenberger mal darstellen.)

Ja, ich schaue ja. Ich will schon, aber ich glaube nicht an die Statistik, die Sie zusammengestellt haben. Sie haben also einen Schwerpunkt Ihrer Politik dargestellt, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die dem Unternehmen ermöglicht, Arbeitsplätze zu schaffen. Tatsache ist, dass mit einzelbetrieblicher Förderung, mit Programmen für den Mittelstand Gelder in Milliardenumfang eingesetzt wurden und Arbeitsplätze nach Aussagen der Investoren geschaffen werden sollten, die unter Nutzung von Möglichkeiten der nachträglichen Reduzierung nie wirksam geworden sind. Tatsache ist, dass sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Zuge der geschaffenen Rahmenbedingungen im Dezember 2001 um mehr als 50.000 reduziert hat gegenüber 1999.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Das ist etwas völlig anderes.)

Ach, das hat also andere Gründe. 50.000 Menschen weniger sozialversicherungspflichtig in Lohn und Brot, 34.000 Menschen weniger in ABM und SAM - das sind nackte, harte Fakten und Zahlen. Die sind nicht interpretationsfähig, das sind Menschen, die gern arbeiten möchten und am Arbeiten gehindert werden.

(Beifall bei der PDS)

Die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort in Thüringen im Jahr 2001 gegenüber 2000 ist um 19.700 Personen geringer und Tatsache ist, dass Thüringen mit 53 Industriearbeitsplätzen pro 1.000 Einwohner nur 69 Prozent des Durchschnittswerts der Bundesrepublik aufweist, obwohl es deutlich über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt. Diese Zahlen machen Aufgaben und Möglichkeiten deutlich, die den zu schaffenden Rahmenbedingungen zugrunde zu legen wären; dies ist nur ungenügend erfolgt. Es fehlen im Ergebnis der in Thüringen praktizierten Wirtschaftspolitik schlichtweg Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Nicht nur in Thüringen.)

Wir mahnen auch an, um der Abwanderung der leistungsfähigen jungen Leute entgegenzuwirken, muss die Qualität der Berufsausbildung gesichert werden.

(Beifall bei der PDS)

Da die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze nur für die Hälfte der Schulabgänger ausreicht und der Trend zu höheren Abschlüssen anhält, muss auch die Vollzeitausbildung so attraktiv gestaltet werden, dass sie nicht nur Warteschleife zur Verschönerung der Statistik darstellt. Unsere Auffassung haben wir dazu bereits mehrfach hier

im hohen Haus vorgetragen, so dass ich auf weitere Erläuterungen verzichten kann. Eines scheint mir aber in diesem Zusammenhang noch wichtig, die Tatsache nämlich, dass im Dezember 2000 die Zahl der Gewerbeabmeldungen höher war als die der Anmeldungen und sich dieser Trend auch im Jahresdurchschnitt 2001 fortsetzte, und das nicht nur über alle Branchen, sondern, was besonders problematisch ist, auch im produzierenden Gewerbe - 358 Abmeldungen zu 270 Anmeldungen für Dezember 2000, 316 zu 306 im Jahresdurchschnitt 2001 -, und dass die Insolvenzen seit 1999 deutlich zugenommen haben.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Natürlich, in ganz Deutschland.)

Die Gründe für diese Entwicklung sind sicher vielfältig. Sicher spielen Eigenkapitalausstattung einerseits und Konjunktur- bzw. Auftragsentwicklung andererseits eine nicht unbedeutende Rolle. Ich sage es ja. Ich habe nichts anderes behauptet, aber es gehört auch zur Aufzählung. Halten Sie das doch aus, ich habe doch Ihre Aussagen auch ausgehalten.

(Beifall bei der PDS)

Wer sich aber zum Ziel setzt, Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen und in der Verzahnung Arbeitsplatzbeschaffung zu initiieren, kann nicht nur die Schuld außerhalb seines Einflussbereiches suchen. Er muss sich fragen lassen, ob er Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass die öffentliche Hand als Auftraggeber ausgleichend wirken kann. Er muss sich fragen lassen, ob er die verfügbaren Mittel eingesetzt hat und die Zielstellungen des Mitteleinsatzes erreicht wurden, unabhängig von der Tatsache, dass wie in dem Fall der ESF-Mittel für 2000 und 2001 auch EFRE-Mittel aus 2000 und 2001 nicht entsprechend der Haushaltsansätze eingesetzt wurden: Sind die Möglichkeiten zum verstärkten Einsatz verfügbarer Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur als Maßnahme sowohl der Abfederung des schnellen Nachfragerückgangs nach Bauleistungen einerseits als auch der Senkung der kommunalen Eigenanteile völlig ungenügend genutzt worden? Die Enquetekommission zur Wirtschaftsförderung hat dazu Feststellungen getroffen und Empfehlungen gegeben. Im Übrigen liegt mit ergänzendem Inhalt die Studie des DGB zur "Entwicklung der Bauwirtschaft in Thüringen für den Zeitraum seit 1996" vor. Sie sollten also nicht nur immer die passenden Zitate vom DGB nehmen, sondern auch diese, die sich direkt auf Thüringen auswirken könnten und Vorgaben oder Hinweise gegeben haben.

Meine Damen und Herren, das Operationelle Programm ist kein Dogma, das sich nicht so an die neuen Notwendigkeiten anpassen ließe, dass im Rahmen der Leitlinien keine andere Gewichtung der Schwerpunkte oder keine weitergehenden Maßnahmen möglich wären. Hier hat die Landesregierung einfach nicht reagiert. Als wir von Rezession

gesprächen haben, wurden noch Definitionsfragen ins Feld geführt. Höchste Zeit, Herr Ministerpräsident, zu handeln und auch hier gegenzusteuern, nicht auf die Milliarden im Infrastruktur-Ost-Programm hoffen, sondern die Mittel des Strukturfonds für regionale Entwicklung, die bisher vor sich hergeschoben wurden, in einer Größenordnung von 276 Mio. im Jahr 2000 und 281 Mio. im Jahr 2001 endlich in die Hand nehmen, gegebenenfalls die Änderungsmöglichkeiten zu den Maßnahmen des Operationellen Programms nutzen und die Investitionstätigkeiten, vor allem der öffentlichen Hand, deutlich und nachhaltig zu unterstützen. Es gilt, damit Voraussetzungen, sprich Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entfaltung einschließlich Neuansiedlungen zu schaffen und der unseligen Entwicklung in den Sachinvestitionen und Baumaßnahmen durch Gemeinden entgegenzuwirken.

(Beifall bei der PDS)

Hier ist es nicht fünf vor zwölf, hier ist es fünf nach zwölf.

Meine Damen und Herren, eine andere Sicht auf die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen, von der Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung 1999 sehr richtig feststellten: "Aber Arbeitsplätze werden nur sicher sein, neue Arbeitsplätze nur entstehen, wenn die Infrastruktur des Landes stimmt. Eine gute Infrastruktur beginnt mit leistungsfähigen und innovationsfreudigen Kommunen." Ich muss dem nichts hinzufügen außer der Feststellung, dass Sie alles tun, dass die Innovationsfreudigkeit und die Leistungsfähigkeit Thüringer Kommunen ständig geschwächt und gestört wird.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Ja, ja.)

Packen Sie es mit Ihrer Regierungsmannschaft an und nutzen Sie die EFRE-Bugwelle in Ihrer eigenen Verantwortung. Sie sind am Zuge. Was oder wer hindert Sie eigentlich, dieses umzusetzen, hier zu handeln und aktiv zu werden?

Eine dritte Betrachtung, Herr Ministerpräsident: Sie haben in Ihrer Regierungserklärung von 1999 über kommunale Selbstverwaltung, Kommunalen Finanzausgleich gesprochen. Angekündigt war eine umfassende Novellierung der Thüringer Kommunalordnung, die eigentlich bereits seit 1997 ansteht. Sie haben Anfang 2000 zunächst nur das kommunale Wirtschaftsrecht novelliert. Diese Novelle war halbherzig

(Beifall Abg. Gentzel, SPD)

und hat nicht zu gleichen Wettbewerbschancen für kommunale Unternehmen geführt.

(Beifall Abg. Gentzel, SPD)

Die notwendige Modifizierung der Kopplung des kommunalen Wirtschaftsrechts am so genannten öffentlichen Zweck wurde nicht realisiert, ebenso wurde am starren Territorialprinzip festgehalten. Im Februar 2002 hat die Landesregierung nunmehr ihren Gesetzentwurf zur Novellierung der Thüringer Kommunalordnung vorgelegt. Damit ist eine verbale Zielstellung Ihrer Regierungserklärung von 1999 erfüllt. Unbestritten beinhaltet dieser Gesetzentwurf eine Reihe notwendiger und begrüßenswerter Änderungen im Kommunalrecht. Insgesamt aber ist der Gesetzentwurf enttäuschend. Unsere Haltung und Ihre Entscheidungsräume haben wir Ihnen mit unseren entsprechenden Änderungsanträgen bereits deutlich gemacht. Sie haben sie nicht genutzt.

Noch einige Worte zu Kommunalfinzen und Kommunalem Finanzausgleich: Mit dem Doppelhaushalt 2001/2002 mussten die Thüringer Kommunen einen überproportionalen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts leisten. Während sich der Umfang des Landeshaushalts nur um 1 Prozent reduzierte, wurde die Zuweisung des Landes an die Kommunen um 3,5 Prozent gekürzt, und dies unter den Rahmenbedingungen, dass die Kommunen zeitgleich weitaus höhere Steuermindereinnahmen verkraften mussten als das Land. Hinzu kommt, dass das Land den Finanzausgleich mit weiteren Aufgaben befrachtet, was zu einer weiteren Belastung der Kommunen führt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Welche?)

Ich muss feststellen, Sie haben eine Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs unter der Beachtung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes versäumt. Und Sie haben weiter versäumt, die innere Struktur des Finanzausgleichs den neuen Bedingungen anzupassen. Zum Haushalt des Landes und dem Nachtragshaushalt will ich keine Ausführungen machen. Wir hatten unsere Haltung, unsere Vorschläge und die Versäumnisse der Landesregierung bereits gestern dargestellt.

In Ihrer Regierungserklärung aus 1999 haben Sie - ich komme zu einer vierten Betrachtung, Herr Ministerpräsident - die Weiterentwicklung der Thüringer Hochschulen als Zukunftswerkstätten des Landes als einen Schwerpunkt benannt. Ich will es aber auch auf die Bereiche außerhochschulische Forschung, wirtschaftsnahe Forschung und Technologieförderung ausdehnen. "Sparen und Gestalten" hieß Ihre Regierungsdevise, aber was Sie wirklich betreiben, ist "Sparen und Spalten".

(Beifall bei der PDS)

Die Demonstration der Rektoren und der Studenten und vor di heute Morgen hat ja einiges aufgezeigt.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das waren fünf Leute.)

Ich zitiere aus dem ver.di-Flugblatt: "Die konkreten Zahlen des Nachtragshaushaltsentwurfs machen klar, dass in den ersten Darlegungen der Landesregierung der Ernst der Lage verschleiert wurde. 2,7 Mio. € Kürzung bei den Personalausgaben bedeutet, dass nur noch 94 Prozent der vorhandenen Stellen finanziell gedeckt sind. Die Sachmittelkürzung von insgesamt 2,6 Mio. €, dazu weitere 0,5 Mio. € für Datenverarbeitung bedeuten schmerzliche Einschnitte in die Ausstattung von Forschung und Lehre, von Bibliotheken und Labors. Darunter wird die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen unweigerlich leiden. Es ist zu befürchten, dass dies nur der Auftakt für weitere Kürzungen in anstehenden Doppelhaushalten für das Jahr 2003/2004 ist." So weit das Zitat von ver.di, heute Morgen verteilt an alle Abgeordneten des Thüringer Landtags. Ich kann Ihnen mein Exemplar gern geben. Der Studentenrat hat sein Flugblatt überschrieben mit "Teilzeit in der Denkfabrik".

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, dem Studentenratshinweis ist nichts hinzuzufügen. Ich habe gehört, dass heute Morgen Gespräche zugesagt worden sind, die nach Ostern mit den Rektoren und den Beteiligten stattfinden sollen. Ich hoffe, dass alle Beteiligten an den Gesprächen zum Thema "Hochschule" wirklich auch beteiligt werden. Ich hoffe aber noch viel mehr, dass die Gespräche nach Ostern zu einem Zeitpunkt so geführt werden, dass nicht die Entscheidungen vorher im Haushalts- und Finanzausschuss anders gefallen sind, dass tatsächlich nicht nur eine Anhörung stattfindet, in der man hinhört und dann keine Konsequenzen zieht, auch dass man keinen Meinungsaustausch in einer Art macht, dass man sagt, ver.di kann mit ihrer Meinung kommen und soll dann mit der Meinung des Herrn Trautvetter gehen. Das wäre ein falscher Meinungsaustausch.

(Beifall bei der PDS; Trautvetter, Finanzminister)

Ich hoffe, dass nach Ostern miteinander geredet wird und Entscheidungen noch veränderbar sind.

Wie der Nachtragshaushalt erneut belegt, werden die Mittel peu à peu gekürzt. Im Gegensatz zu dieser Tendenz stehen die starke Zunahme bei der Zahl der Studierenden, was sehr gut ist, und die wachsende Bedeutung von Forschung und Entwicklung für das Land Thüringen. Den größer werdenden Aufgaben stehen eine Stagnation bei Stellen und eine Verringerung der Mittel gegenüber. Zumindest sagen das die betroffenen Studenten, Rektoren und die zuständige Fachgewerkschaft. Das lässt keinen Hoffnungsschimmer aufkommen, sondern lässt gute Wissenschaftler und junge Talente abwandern - nicht "Top Thüringen", sondern das Lied heißt: "Wenn der Top' aber nun ein Loch hat,"

(Beifall bei der PDS)

Dieser Top' hat ein Loch, mindestens an dem Beispiel, das ich gerade aufgezählt habe. Er hat eines, Herr Ministerpräsident. Dieses Loch im Top' wird größer. Sie und Ihre Landesregierung sind dafür verantwortlich; Ihre Denkfabrik ist nicht nur eine schlechte Werbekampagne, sie ist nicht nur ein Flop, sondern Ihre Sparhandlungen sprechen eine andere Sprache. Ihre Haushaltspolitik ist für die Wissenschaftslandschaft Thüringen eine reale Gefahr ohne jegliche Fantasie; einfach nur Denkpause oder Denkfabrik Thüringen - denkste.

Meine Damen und Herren, Soziales als fünfter Punkt meiner Betrachtung zu Ergebnissen dieser Landesregierung seit September 1999: Zweieinhalb Jahre CDU-Alleinregierung in Thüringen hat dazu geführt, dass die Gestaltungselemente und Spielräume für existenzsichernde, menschenwürdige und zukunftsorientierte Sozialpolitik peu à peu in Thüringen zurückgefahren wurden. Nicht Top Thüringen, sondern Flop Thüringen ist vor allem zu verzeichnen bei dem Anstieg der Zahlen der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Die aktuelle Sozialhilfestatistik per 30.09.2001 sagt aus, dass im Vergleich zum 31.12.2000 die Zahl der Hilfsbedürftigen von 47.724 auf 51.934 Menschen, reale Menschen, gestiegen ist. Besonders gravierend ist nach Auffassung der PDS-Fraktion, dass 29.041 Frauen und immerhin 21.398 Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr auf Sozialhilfe angewiesen sind. Das zuständige Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit zeichnet sich mittlerweile dadurch aus, dass dort nur noch die Aufgaben verwaltet oder an die Kommunen abgedrückt werden. Sozialpolitik in Thüringen verkommt mehr und mehr zur Hilfpolitik bzw. zur Restpolitik. Gleichzeitig ist der Trend zu verzeichnen, dass das Sozialressort in den zurückliegenden Jahren zum beliebtesten Einsparpotenzial des Ministers Trautvetter verkommt.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Ist doch gar nicht wahr.)

Zu erinnern sei an dieser Stelle an die gravierenden gesetzlichen Veränderungen und finanziellen Einschnitte, die mit dem ersten Doppelhaushalt im Sozialbereich auf Thüringer Bürgerinnen und Bürger sowie auf Vereine und Verbände zukam. Dazu als inhaltliche Stichworte - als Erinnerung, meine Damen und Herren hier vorne, weil Sie ja immer sagen, es wäre nicht wahr -: Einsparung und Reduzierung im Thüringer Kita-Bereich; Einsparung an Leistungen nach dem Thüringer Blindengesetz; Einsparungen an Leistungen nach dem Thüringer Landeserziehungsgeldgesetz; Reduzierung der Landesmittel für Beratungsstellen für Behinderte, Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen, Aidhilfen; Reduzierung der Zuschüsse für betreutes Wohnen. Die Aufzählung ließe sich noch beliebig fortsetzen. Eine Kernaufgabe der Sozialpolitik, nach Auffassung der PDS-Fraktion das Ressort der Arbeitsmarktförderung und deren Instrumente, wurde mit Beginn dieser Legislatur an den Wirtschaftsminister abgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Mit der neuen Prioritätensetzung in Bezug auf SAM durch das Wirtschaftsministerium wurden die sozialen Vereine und Verbände und deren Arbeit fast an den Rand der Existenz getrieben.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: So ein dummes Zeug.)

Nur mit viel Erfindergeist konnte im Interesse der Thüringer Bevölkerung ein massenhaftes Wegbrechen der Angebotsstrukturen verhindert werden. Als Alternative und Chance für dauerhafte Feststellen im Sozialbereich fordert die PDS-Fraktion die Einführung der Sozialpauschale.

(Beifall bei der PDS)

Ein erster Schritt hierzu könnte mit dem vorgelegten Nachtragshaushalt für das Jahr 2002 gegangen werden. Sehr geehrter Herr Vogel, die PDS-Fraktion ist der Auffassung, dass die Landesregierung mit falschen Haltungen im Bundesmaßstab die soziale Situation in Thüringen noch verschärft. Zu erinnern ist an die mit Vehemenz geforderte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Mit Ihren Vorstellungen und Vorschlägen wollen Sie massiv in erworbene Ansprüche eingreifen, Bürgerrechte wollen Sie damit weiter beschneiden.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Das will doch die Bundesregierung auch.)

Ja, aber Sie tragen hier die Verantwortung und Sie haben ausdrücklich das hessische Modell begrüßt. Darauf antworte ich und sage: Das ist eine falsche Akzentsetzung.

(Beifall bei der PDS)

Gleichzeitig wird mit dieser Diskussion der allgemeine Mainstream bedient, der da lautet: Bezieher von Stütze sind faul, zu bequem und haben keine Lust auf Arbeit. Diese Politik heißt "verunglimpfen, denunzieren" und lässt sich in Thüringen übersetzen mit "Sparen und Spalten".

(Beifall bei der PDS)

Herr Ministerpräsident, der eingeforderte Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik ist bei der Landesregierung noch nicht angekommen. Ihr Hauptfeld der Betätigung lag in den zurückliegenden Monaten u.a. bei der Erweiterung der Schaffung von Werkstätten, Werkstattplätzen für Behinderte. Die PDS-Fraktion fordert Integration statt Separation. Wir wollen keine goldenen Käfige für Menschen mit Behinderung, sondern Chancengleichheit.

(Beifall bei der PDS)

Erste neue Möglichkeiten dazu bietet das SGB IX mit seinem Integrationsgedanken sowie das Bundesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen. Von der Thüringer Landesregierung erwarten wir, die jetzt auf den Weg gebrachten gesetzlichen Möglichkeiten verstärkt zu nutzen, um somit auch den über 5.787 arbeitslosen schwerbehinderten Menschen in Thüringen eine Chance für selbstbestimmtes Leben zu geben.

(Beifall bei der PDS)

Auch ein Wort zum Ehrenamt ist notwendig. Zwar wurden im Jahr des Ehrenamts die verschiedensten Aktivitäten der Landesregierung zur Würdigung und Unterstützung ehrenamtlicher Träger durchgeführt; seit Monaten verspricht die Landesregierung nun, ihren Gesetzentwurf zur Freistellung für ehrenamtliche Jugendarbeit in den Landtag einzubringen. Auch wenn durchaus Aktivitäten der Landesregierung in Bezug auf ehrenamtliche Tätigkeit lobenswert sind, nach unserer Auffassung gibt es aber noch rechtlichen und gesetzlichen Handlungsbedarf, z.B. bei Freistellung durch Betriebe für notwendige Qualifizierung von Ehrenamtlichen oder Kombination von Arbeitslosigkeit und Ehrenamt. Diesen Umgang mit dem Ehrenamt nennen wir folgen- und tatenlose Ankündigungspolitik mit ausschließlichem Symbolcharakter.

(Beifall bei der PDS)

Auch zur Gesundheitspolitik in Thüringen war die Regierungserklärung etwas kurz ausgefallen. Charakteristisch für die Entwicklung im Zeitraum seit 1999 ist aber: rückläufige personelle Ausstattung der Gesundheitsämter, Vernachlässigung der Nachwuchssicherung, zunehmende mit der Fördermittelbeliebigkeit gesteuerte Fusionierungs- und Privatisierungskampagnen in der Krankenhauslandschaft, in der immer mehr die Trägerpluralität auf der Strecke bleibt. Die Landesregierung ist ihrer Letztverantwortlichkeit nicht ausreichend nachgekommen und hat auch dem Investitionsbedarf der in kommunaler Trägerschaft befindlichen Krankenhäuser nicht ausreichend entsprochen.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben hier der Veräußerung kommunalen Vermögens damit Vorschub geleistet. Herr Ministerpräsident, Sie haben mit Antritt in der Wahlperiode davon gesprochen, dass Sie das "Ja zum Kind" Müttern und Vätern erleichtern und deshalb die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern wollen. Bis zum heutigen Tag haben Sie dazu aber nichts geleistet. Im Gegenteil - Sie haben Thüringen familienfeindlicher gemacht. Es ist Ihnen nicht gelungen, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Arbeitsplätze entstehen und eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf überhaupt ermöglicht wird. So sieht in Thüringen Ihre Familienförderung aus. In der Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, kamen Frauen in ihrer besonderen Betroffenheit von Politik in dieser Form gar nicht erst vor.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Das ist schlichtweg falsch.)

Das ist schlichtweg richtig. Sie haben das Schwarzer-Zitat gebracht - darauf gehe ich gleich noch einmal ein -, aber in der Betroffenheit von der Landespolitik sind Sie über die Frauenfrage komplett hinweggegangen und haben wieder nur eine Symbolankündigung gemacht.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ähnlich mit der Symbolcharakteristik verhält es sich auch mit der von Ihnen praktizierten Politik. Diese Landesregierung macht bis jetzt Politik, die ausschließlich zur Verschlechterung der Situation von Frauen beitrug. Mangelnde Unterstützung der Berufstätigkeit von Müttern oder Frauen mit Familienpflichten und Tatenlosigkeit bei Gewaltschutz, bei Gewalt gegen Frauen und Kinder sind zu verzeichnen. Resümee, Herr Ministerpräsident: Die Thüringer Landespolitik hat ein überwiegend männliches Gesicht. Das war ja Ihr Zitat zu Alice Schwarzer, da gab es dann ja Unruhe auf der Bank, das männliche Gesicht hat sich gerührt. Geändert hat auch die Umfärbung des Herrn Minister Trautvetter nichts. Herr Ministerpräsident, Sie machen mit 90 Prozent Männern in Ihrer Landesregierung zu 90 Prozent Politik für Männer.

(Beifall bei der PDS)

Der Kampf um Autobahnen und ICE ist Ihnen wichtiger als Fragen von Familien und Kinderfreundlichkeit und von Gleichberechtigung bzw. Chancengleichheit.

Herr Ministerpräsident, eine sechste Betrachtung: Sie haben richtig postuliert, dass die Schul- und Bildungspolitik entscheidend die Zukunftschancen unseres Landes bestimmt. PISA gibt Deutschland inzwischen ein vernichtendes Zeugnis, wenn es um Schulleistungen im internationalen Vergleich geht. Da Thüringen nun mal zu Deutschland gehört, ist es also noch lange kein Erfolg, wenn, so wie 1999 von Ihnen gesagt, Thüringen bundesweit Akzente für eine moderne Bildungspolitik setzen will. Sicher sind die Paukschulen von Japan und Südkorea nicht unser Vorbild, aber das hat auch niemand behauptet. Da wir in Thüringen auf dem richtigen Weg sind, wie Ihr Kollege Minister Krapp mehrmals betonte, wird eine von uns beantragte Enquetekommission, die sich mit der Schulleistung im Freistaat Thüringen in umfassendem Sinne hätte beschäftigen sollen, von Ihnen erst einmal abgelehnt. Ganz so sehr scheinen Sie sich um die Zukunftsfähigkeit Thüringens dann doch keine Gedanken machen zu wollen. "Das gegliederte Schulsystem in Thüringen steht für Qualität, Innovation und Kontinuität." - auch das ein Zitat aus Ihrer Regierungserklärung 1999.

Dazu einige auserwählte Bemerkungen: 79 Prozent der Thüringer Bevölkerung sind mit dem Schulsystem insgesamt nicht zufrieden - Quelle: Meinungsforschungsinstitut Allensbach 2002/5. In den letzten drei Jahren

fielen 5 bis 7 Prozent des Unterrichts an allgemein bildenden Schulen in einer erfassten Woche aus.

Auch wenn Sie mit meinem Kollegen Gentzel Sport treiben wollen, täuscht das nicht darüber hinweg, wie viel Sportunterricht tatsächlich an den Schulen ausfällt,

(Beifall bei der PDS, SPD)

an berufsbildenden Schulen waren es 2001 sogar knappe 12 Prozent; und das nenne ich einen Skandal. Das ist verlorene Zeit und sind verspielte Zukunftschancen für Thüringer Schülerinnen und Schüler. Das kann man nicht hinnehmen. Etwa 9 Prozent aller Schüler der allgemein bildenden Schule, mit steigender Tendenz übrigens, erreichen nicht den für Thüringen niedrigsten Schulabschluss, den Abschluss der Hauptschule. Sie werden für ihr Leben durch diese Thüringer Landesschulpolitik gebrandmarkt. Auch jetzt loben Sie das gegliederte Schulsystem. Wenn Sie PISA - Sie haben ja immer gesagt, man soll es lesen - bemühen, hätte Ihnen auffallen müssen, dass laut PISA gerade gegliederte Schulsysteme Benachteiligungen, ob nach Geschlecht, sozialer Herkunft oder Nationalität, fördern. Wenn angesichts solcher Tatsachen von Leistungsfähigkeit der Thüringer Schulen geredet werden kann, ist das vor allem dem Engagement der Pädagogen zuzuschreiben, die Sie zu Recht nicht zu Sündenböcken gemacht sehen wollen. Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu.

(Beifall bei der PDS)

Wenn wir über die Finanzierung von Bildung sprechen, ist es für uns unverständlich, wie man 4,9 Mio. € für Entlassungen im Grundschulbereich ausgeben kann, anstatt in die Förderung von Begabten, also auch Benachteiligten, zu investieren. Diese Passage aus Ihrer Regierungserklärung haben Sie interessanterweise heute Morgen beim Vortrag weggelassen. Deswegen will ich es ansprechen und sagen, es wird wohl Gründe haben, dass es Ihnen peinlich ist, dass diese Entlassungswelle kontraproduktiv und ein Flop war.

Insgesamt haben die Probleme, die nicht nur PISA benennt, mit der konzeptionellen Schwäche der Landesregierung zu tun, wie sich u.a. in der jetzt zurückgezogenen Schulgesetznovelle zeigt. Anzeichen von Konzeptionslosigkeit sind wohl auch die widersprüchlichen Äußerungen zu bildungspolitischen Fragen zwischen der KMK-Vorsitzenden Frau Professor Schipanski und dem Kultusminister Dr. Krapp. Wenn Sie weitsichtige Bildungspolitik wollen, beginnen Sie mit einer schonungslosen Analyse der Bildungssituation in Thüringen, die auch die Lehrerbildung mit einschließt.

Auch die Debatte zu Schulstrukturen darf kein Tabu sein. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt, dass alle wollen, dass man die Schüler 12 Jahre zum Gymnasium führt. Ich denke, Sie wollten sagen: zum Abitur führt. Das, was wir wollen, ist eine 12-jährige Schule, bei der es

ein langes Lernen zusammen gibt, bevor die Gliederung einsetzt. Aber darüber müsste man dann miteinander diskutieren und tatsächlich erst einmal eine Analyse machen. Fangen Sie also an, über die Dinge zu debattieren und fangen Sie an, die Diskussion zu organisieren.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, im Bereich Kunst und Kultur als siebenter Punkt setzt die Landesregierung nicht auf Festigung, Ausbau und Stärkung als Zukunftsinvestition, sondern auf gravierende Einschnitte. Die Antworten auf die Große Anfrage Kultur der PDS-Fraktion haben ja einiges deutlich gemacht. Sind Mittelkürzungen in Teilbereichen jährlich kaum spürbar gewesen, so ergibt sich im Rückblick auf den Zeitraum der letzten sieben bis zehn Jahre ein ernüchterndes Bild. Fördermittel im Sozio-, Jugend- und Breitenkulturbereich wurden zum Teil bis auf die Hälfte gekürzt. Das Jugendphilharmonieorchester ist ja, glaube ich, ein beredtes Beispiel, zurzeit hochaktuell. Es zeugt davon, dass die Probleme im Breitenkulturbereich nicht ernst genommen worden sind, obwohl die PDS-Fraktion seit Jahren darauf hingewiesen hat.

Blickt man in den Nachtragshaushalt, wird das Problem noch mehr verschärft. Hier wird im Bereich der Schwerpunktförderung und bei den Investitionen in diesem Bereich verantwortungslos weiter gekürzt. Man riskiert damit, dass es bis zum Sommer ein selbst regulierendes Sterben vieler Kulturprojekte gibt. Das kann man nur als Skandal bezeichnen.

(Beifall bei der PDS)

In Ihrem Eingangsstatement führen Sie unter dem Erreichten die Stiftung "Ettersburg" zur Erforschung der Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert an. Ich frage Sie an dieser Stelle: Warum setzen Sie sich nicht mit gleichem Engagement für die Belebung einer Stiftung "Breitenkultur" und damit für den Erhalt des vielfältigen kulturellen Angebots für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ein?

In der Frage der Theater- und Orchesterlandschaft scheint die Landesregierung den Buhmann nun in Weimar gefunden zu haben und damit eigene kulturpolitische Verantwortung zu verdrängen. Die Träger der Thüringer Theater und Orchester von Altenburg bis Eisenach warten auf den Fortgang der Beratungen zu den Finanzierungsvereinbarungen bis zum Jahr 2008; doch sie werden völlig im Unklaren gelassen, wie es wirklich weitergeht.

Herr Ministerpräsident, nicht mit der Ablehnung der Fusion in Weimar scheitert die Thüringer Kulturpolitik, sondern mit der Unfähigkeit und dem Unwillen, Alternativen zu diskutieren und Schützenswertes auch wirklich zu schützen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich ins Stammbuch schreiben lassen: Den Verfassungsauftrag zum Schutz der Thüringer Kultur kann man nicht nur in Sonntagsreden beschwören; das Land steht für den Erhalt und den Ausbau der Thüringer Kulturlandschaft in der Pflicht.

Ein achter Punkt - innere Sicherheit: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja allgemein bekannt, dass über Sicherheit immer dann geredet wird, wenn anderswo der staatliche Reform- und Gestaltungswillen abnimmt. Dann soll die Politik der inneren Sicherheit und des starken Staats optimiert werden - politisch bedenklich, meinen wir, und in Thüringen selbst innerhalb der eigenen Logik nicht sehr erfolgreich, so meinen wir. Ausdruck dafür: Pleiten- und Pannenserie im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, kostspielige Personalverschiebung bei der Polizei und beim Verfassungsschutz, Beförderungstau im Landeskriminalamt und undurchsichtige Leistungsbewertungen. Wir meinen, wer fordern will, muss fördern, muss motivieren und das heißt auch, geleistete Arbeit anerkennen. Das heißt: korrekte Bezahlung und endlich eine Beförderungspraxis, die Leistung honoriert und nicht diszipliniert.

Zwei Ereignisse haben seit 1999 die Sicherheitsdebatte besonders angeheizt: die Debatte zum Rechtsextremismus im Sommer 2000 und natürlich der 11. September 2001. Die Landesregierung hat hier mit Verweis auf ein Grundrecht auf Sicherheit ein umfangreiches und massiv bürgerrechtsrelevantes Polizei- und Sicherheitsrechtsänderungsgesetz vorgelegt. Wir haben unsere Ablehnung deutlich gemacht. Wir sagen aber Ja zum motivierten, engagierten Polizeibeamten und zum mündigen, selbstbewussten und ebenfalls engagierten Bürger.

(Beifall bei der PDS)

Mehr Bürgerrechte, mehr Rechtsstaat und weniger polizeistaatliche Gesetze, das ist unsere Devise.

(Beifall bei der PDS)

Wir wollen keinen starken autoritären Staat, sondern einen demokratischen, der Grundrechte seiner Bürger schätzt, schützt und nutzt. Man darf Bürger, die von ihrem Recht auf Demonstration Gebrauch machen wollen, nicht mit Kosten bedrohen und beteiligungswillige Bürger unter Generalverdacht stellen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Ich möchte den Gedanken von Wolfgang Schäuble auf dem Jahresempfang des Landkreises Greiz aufgreifen, in dem er zum Ausdruck brachte, dass weder Miesmacherei noch Schönfärberei das Land voranbringen. Voranbringen wird nur das bewusste Ausloten der eigenen Chancen und Möglichkeiten. Voranbringen wird nur eine offene Analyse und kritische Beleuchtung des Erreichten.

Voranbringen wird nur eine Abrechnung einer Zielstellung. Und hier, meine Damen und Herren, ist die Regierungserklärung von 1999, die nur verbale und keine quantifizierbaren Zielstellungen enthält, natürlich dazu angetan, einen scheinbaren großen Schritt auf dem Weg zu einem imaginären Ziel zu erreichen. Aber das nenne ich die verbale Abrechnung von angekündigten Luftblasen.

Herr Ministerpräsident, unvergessen bleibt Ihre Regierungserklärung von 1994, wo Sie noch vollmundig die Arbeitslosenquote auf unter 10 Prozent senken wollten, wo Sie die Arbeitnehmer am betrieblichen Produktivvermögen beteiligen wollten, wo Sie 100.000 neue Arbeitsplätze angekündigt haben als Ziel. Ich fürchte, bis 2004 haben Sie in diesen Faktoren die negative Verdopplung erreicht. Wenn man Ihren heutigen Einschätzungen folgt, Herr Ministerpräsident, ist Thüringen trotz steigender Abwanderung, steigender Arbeitslosenzahlen, fehlender Impulse für einen selbsttragenden Aufschwung, wachsender Insolvenzen, sinkender Ausgaben der Kommunen in die Infrastruktur aus Ihrer Sicht auf einem guten Weg und fast 80 Prozent der Ziele Ihrer Regierungserklärung sind erreicht. Ein gewaltiges Schrittmaß, in 30 Monaten 80 Prozent der Aufgaben zu erfüllen, das heißt nach Adam Ries, mathematisch betrachtet bleiben Ihnen noch acht Monate für Ihre Regierungszeit. Das sind phantastische Planerfüllungszahlen.

(Beifall bei der PDS)

Es geisterten gestern Sätze bei uns "Das Erreichte ist nicht das Erreichbare." oder einige fühlten sich erinnert an "Überholen ohne einzuholen" oder, um in Ihren Worten der 99er Regierungserklärung zu bleiben,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Plane mit, regiere mit.)

die besten Jahre der CDU als Partei, als Fraktion, als Alleinregierung liegen hoffentlich bald hinter Ihnen, damit für die Arbeitslosen, die Abwandernden, die Konkursgeschädigten, die Sozialhilfeempfänger, für Familien mit Kindern, für selbstbewusste Bürger Wahlentscheidungen mit Alternativkonzepten verbunden werden, wie und mit wem bessere Zeiten, Politik in Thüringen ermöglicht werden kann. Die Thüringer haben es verdient. Hoffentlich, Herr Ministerpräsident, übergeben Sie dann den Staffelstab zum Wohle des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Sie, Herr Ministerpräsident, haben mit einer Sentenz geendet. Auch wir haben Vorstellungen und Visionen.

Lassen Sie mich am Schluss also mit André Malraux sagen: "Eine Zukunft, von der man zu viel, immer, immer wieder spricht, gehört schon der Vergangenheit an." Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Gentzel, SPD-Fraktion, auf.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung ist ein Dokument der Hilflosigkeit.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Ich bin wirklich enttäuscht. Ich habe Ihnen ehrlich die Größe zugetraut, dass Sie wenigstens auf die eine oder andere Fehlentwicklung in der Landespolitik eingehen, aber keine Aussage zur Justiz in Thüringen, z.B. nichts zum Verfassungsschutz; nichts zu Theatern und Orchestern; nichts zum Thema Wasser/Abwasser; Frauenpolitik wird auf die Möglichkeit von Messeteilnahmen reduziert.

(Beifall bei der SPD)

Nein, Herr Ministerpräsident, das war zu wenig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich Sie bitten, sich in das Jahr 1989 zurückzusetzen. Sehr viele hier in diesem Raum können aus eigenen Erfahrungen über damalige Zustände sprechen. Ich will da heute gar nicht über die fundamentalen Katastrophen wie fehlende Meinungsfreiheit, keine Pressefreiheit, die Staatssicherheit und die allgemeine Perspektivlosigkeit reden. Ich will gar nicht an das Grau in den Städten und Dörfern erinnern und erst recht nicht an das sehr realistische Gefühl, eingesperrt zu sein.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das ist aber wichtig.)

Warten Sie doch einmal ab, Herr Kretschmer.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Gentzel, ich hatte Sie vorhin gebeten, Sie einmal kurz unterbrechen zu dürfen. Das ist miteinander abgesprochen, denn eben haben auf der Besuchertribüne die Gäste aus der Republik Mordowien Platz genommen - wir hatten sie schon einige Minuten früher erwartet - unter der Leitung des Herrn Valerij Ketschkin, Vorsitzender der Staatlichen Versammlung der Republik Mordowien.

(Beifall im Hause)

My privjetstvujem ot imeni tjuringskovo parlamenta členu delegacii iz Mordovskoj Respubliki.

Die Delegation ist vom 14. März bis zum 20. März auf Einladung der Landtagspräsidentin zu Gast in Thüringen und wird sich vorwiegend den Themen der Landwirtschaft und Fischereipolitik widmen. Es werden eine Reihe von politischen Gesprächen und Treffen mit Partnern vor Ort stattfinden. Ich wünsche natürlich unseren Gästen einen angenehmen Aufenthalt in unserem schönen Thüringen. Sie sind uns auf das Herzlichste willkommen.

Zelajem vam prijatno pribytija, interesnych vstretč i choroschevo vremja provozdenija u nas.

(Beifall im Hause)

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass wir im Eingangsbereich des Landtags die Vitrine neu gestaltet haben und Sie sich über die Republik Mordowien informieren können und auch Gastgeschenke, die mitgebracht worden sind, dort zu besichtigen sind. Herzlich willkommen bei uns!

Ich danke Ihnen, Herr Gentzel, dass Sie sich unterbrechen ließen.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Das war eine wohlthuende Unterbrechung.)

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Ich will gar nicht an das Grau in den Städten und Dörfern erinnern und erst recht nicht an das sehr realistische Gefühl, eingesperrt zu sein. Ich denke da heute viel eher an die vielen tausend kleinen Alltagsorgen, die man größtenteils mitunter vergessen hat. Wir haben nicht über den ICE diskutiert. Viel interessanter war für uns die Frage, ob der Zug nach Leipzig fährt und ob er dieses Mal geht. Es stellte sich auch nicht die Frage, welche Perspektive der Betrieb hatte, in dem wir arbeiteten, sondern es stand nur eine Frage auf der Tagesordnung, wie lange kann das noch so weitergehen. Wer erinnert sich nicht an den Zustand unserer Autobahnen, weil die Betonsteine, die dort als Straße verlegt waren, alle 4 Meter einen tiefen Riss aufwiesen, den man selbst im Wartburg deutlich spürte. Es ist wichtig, dass all das und noch vieles mehr des Öfteren ins Gedächtnis zurückgerufen werden, um die wirkliche Entwicklung unseres Freistaats und aller anderen neuen Bundesländer ehrlich zu beurteilen. Bei aller Kritik: Unendlich viel ist erreicht. Das ist insgesamt Grund genug stolz zu sein, stolz auf das, was natürlich auch in Thüringen zuerst von den Bürgern erreicht worden ist, von dem Bauarbeiter, von dem viel zitierten Dreher an seiner Drehbank, nur dass es keine Drehbank mehr ist, sondern eine CNC-Maschine, vom selbstständigen Unternehmer, von der Lehrerin, vom Sozialarbeiter, vom Mediziner und vom Wissenschaftler - die Aufzählung ist fast unendlich. All denen haben wir insbesondere und zuerst zu danken, wenn wir auf die Entwicklung der letzten 12 Jahre zurückblicken.

(Beifall bei der SPD)

Den Rahmen für diese Entwicklung hat die Politik gestaltet. Seit 1990 regiert in Thüringen die CDU, zunächst in Koalition mit der F.D.P., dann mit der SPD, seit 1999 allein.

(Beifall Abg. Vopel, CDU)

Das sind auch die Parteien, die in diesem Land agiert haben, gestaltet haben, mal mehr erfolgreich, mal weniger, insgesamt mit einem Ergebnis, das sich unter dem Strich sehen lassen kann, sicherlich auch im Vergleich mit anderen neuen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt Gebiete, da können andere von uns lernen, aber auch umgekehrt wäre dieses richtig. Ich komme darauf noch ab und zu mal zurück. Nun steht aber heute hier die Frage: Wie ist es uns ergangen in zweieinhalb Jahren absoluter Mehrheit der CDU? Fest steht: Seit der absoluten Mehrheit der CDU hier in Thüringen ist es mit der politischen Kultur bergab gegangen.

(Beifall bei der SPD)

Symptomatisch dafür ist sicherlich eine der ersten Entscheidungen der Mehrheitsfraktion im Thüringer Landtag, nämlich den Landtag neu zu bauen für 31 Mio. €. Weil man diese nicht hatte, hat man sich's gepumpt. Das kostete unter dem Strich 59 Mio. €, aber das hat die absolute Mehrheit von der CDU nie gestört. Dass man hinterher das Geld für Kindertagesstätten kürzte, das Blindengeld kürzte, Investitionspauschalen für die Kommunen kürzte, an den Thüringer Hochschulen kürzte, war nicht interessant. Wichtig war, ein Repräsentationsgebäude für die absolute Mehrheit zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ähnliches gilt für den Umgang mit der Zusatzentschädigung für Funktionsträger in den Fraktionen. Vom Bundesverfassungsgericht bis auf einzelne Ausnahmen verboten, schert Sie das noch lange nicht. In einem Gesetzgebungsverfahren wurden mit absoluter Mehrheit alle Fragen vom Tisch gewischt und von Ihrer Seite eine solche Konstruktion gewählt, um für möglichst viele CDU-Landtagsabgeordnete über die Diäten hinaus das Einkommen ein bisschen zu vermehren.

(Unruhe bei der CDU)

Was mich dabei besonders ärgert, sind Ihre Beschimpfungen in Richtung SPD, wenn wir für den einfachen Mann auf dem Bau einfach nur den Tariflohn fordern.

(Beifall bei der SPD)

Da rasten Sie förmlich aus, aber wenn es um Sie selber geht, dann ist ein kleines Zubrot mal nicht so das Problem. Vielleicht erinnert sich auch der eine oder andere noch an die Landtagssitzung im Dezember 2000, als kurz vor dem Abstimmungsmarathon zum Doppelhaushalt dann auch noch ein Antrag der CDU auf die Tagesordnung kam, der für zusätzliches Geld in den Fraktionskassen sorgte - still und heimlich, weil mit schlechtem Gewissen und mit dem Versuch, die öffentliche Diskussion zu umgehen, natürlich mit der absoluten Mehrheit der CDU durchgesetzt.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Kassierst du nicht auch das Doppelte? Mensch schweig!)

Unvergessen und noch lange nicht zu Ende Ihr Umgang mit der "Bürgerinitiative für mehr Demokratie" - erst hochnäsig beschimpft, dann geschimpft aus Wut, weil sie ein Quorum erreichten, das Sie für nicht möglich gehalten haben, und seitdem werfen Sie nur noch Knüppel in die Beine dieser Bürgerinitiative; viel mehr die Unterstellung, dass alles fraglich ist und seit dieser Woche ein Entwurf der Landesregierung, der all das, was wir eigentlich ändern wollten, nur noch verschlimmbessert.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn man dann noch die Streichorgie der letzten Jahre im sozialen Bereich, Hochschulbereich hatte ich genannt, im wirtschaftspolitischen Bereich, im Bildungsbereich usw. zur Kenntnis nimmt und gleichzeitig registrieren muss, dass die Personalkosten z.B. in der Staatskanzlei von 1999 bis heute um 1 Mio. € gestiegen sind und das alles unter der Überschrift "Sparen und Gestalten" läuft,

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Das gibt's doch gar nicht.)

müssen Sie sich, meine Damen und Herren von der CDU, fragen lassen: Wo bleibt hier wenigstens ab und zu mal bei Ihnen das politische Gewissen?

(Beifall bei der SPD)

Niemand kann behaupten, dass in den letzten zweieinhalb Jahren alles schlecht gelaufen ist, das wäre vermessen. Aber es ist nicht die Aufgabe der Opposition, die Landesregierung da zu loben, wo sie schlicht und einfach nur ihren Job gemacht hat. Nein, die Aufgabe der Opposition ist es, den Finger in die Wunde zu legen, Versäumnisse aufzuzeigen, Versagen zu benennen. Und von all dem gab es genug in den vergangenen zweieinhalb Jahren, dass ich hier nur in der Lage bin, einen Abriss zu geben. Achsenschnied sollte er werden, der Wirtschaftsminister Schuster. Empfanden das damals schon viele als einen Witz, ist dem nur noch hinzuzufügen, es ist ein trauriger geworden. Der Beginn war ja nicht so schlecht. Die gesamte Problematik des zweiten Arbeitsmarkts ist richtigerweise in das Wirtschaftsministerium übergegangen mit der sicherlich richtigen Begründung, einen Übergang für die Arbeitnehmer

vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Aber was ist wirklich passiert? Seriöse Zahlen, inwieweit dieses Konzept bisher aufgegangen ist, gibt es nicht einmal von dieser Landesregierung. Eine Abrechnung erfolgte auch in der Halbzeitbilanz nicht, konnte auch nicht erfolgen, weil hier die Landesregierung grundsätzlich gescheitert ist. Nein, die Bilanz sieht ganz anders aus. Um rund 90 Mio. € hat die Landesregierung ihre Mittel im Landeshaushalt für den zweiten Arbeitsmarkt seit 1999 gestrichen. Das sind über den Daumen im Bereich ABM und SAM 12.000 Arbeitsplätze. Diese sind verschwunden auf Nimmerwiedersehen, parallel dazu der eine oder andere Verein im Bereich des Sports, im Bereich der Kultur, da, wo man Senioren geholfen hat, und die eine oder andere Jugendeinrichtung, die alle auf eine ABM-Stelle angewiesen waren. Zu dieser Streichorgie seit 1999, von Ihnen, Herr Ministerpräsident, kein Wort in Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir im Tourismus seit Jahren, um es vorsichtig zu formulieren, auf der Stelle treten, auch dazu kein Wort von Ihnen. Anfrage nach Konzeptionen - Fehlanzeige. Vielmehr untereinander zerstrittene Tourismusvereine und -verbände, die mittlerweile alle selbstbewusst formulieren, dass sie ohne Wirtschaftsministerium eigentlich viel besser zurechtkämen,

(Heiterkeit bei der CDU)

und die zukünftige Attraktion wird eine Müllverbrennungsanlage bei Zella-Mehlis mitten im Thüringer Wald sein.

Meine Damen und Herren, noch zu Zeiten der großen Koalition waren wir uns einig, dass der Aufbau einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen sowie innovativen Wirtschaftsstruktur der massiven Unterstützung und Begleitung des Landes bedarf. Nun wurde bei der einzelbetrieblichen Technologieförderung gestrichen genauso wie bei der Technologiestiftung. Ankreiden lassen muss sich dieser Wirtschaftsminister auch, dass er das InnoRegioprogramm des Bundes viel zu lange ignorierte und so fanden viele angemeldete Thüringer Projekte keine Unterstützung durch das Land und damit auch keine Unterstützung durch den Bund. Den Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion, ein eigenes InnoRegio-Programm zu gründen, wurde mit CDU-absoluter Mehrheit abgelehnt. Stattdessen stellte die Landesregierung, natürlich nach Zeitverzug, ein anderes Programm auf, das hieß dann "Innovative regionale Netzwerke" und selbst den Titel hatten Sie nicht erfunden, sondern das war die Überschrift eines der Projektteilnehmer im Bundeswettbewerb.

(Beifall bei der SPD)

Nach und nach stellte sich dann auch noch heraus, dass die Förderung der prämierten Thüringer Projekte aus vorhandenen Landesmitteln nur noch kaum oder nicht mehr

machbar war, das zumindest ist die Ansicht der Bewerber und Betroffenen. Anstatt dann das Bundesprogramm mit EFRE-Mitteln zu untersetzen, schief alles langsam ein.

Zwei Höhepunkte der letzten zweieinhalb Jahre dürfen nicht verschwiegen werden, zum einen die Imagekampagne dieser Landesregierung, in Aus- und Durchführung an Peinlichkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt hofft man auf die zweite Phase des Projekts "Denkfabrik Thüringen". Hätten wir das Geld für diese absolut missratene Kampagne in unsere Thüringer Hochschulen, in Forschung und Universitäten gesteckt, hätten wir im Nachtragshaushalt die Mittel für die beschriebenen Einrichtungen nicht so radikal streichen müssen - nein, wir hätten die Stellen aufwerten können.

(Beifall bei der SPD)

Und so findet in Wirklichkeit eine ganz andere Imagekampagne statt, nämlich eine Negativimagekampagne von Thüringen aus, die sich weiter vertieft. Tausende von jungen Leuten verlassen das Land und reden dann dort, wo sie ankommen, z.B. darüber, dass es in Thüringen die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland gibt und dass die Rate der Langzeitarbeitslosen in den letzten drei Jahren um 20 Prozent auf 30,2 Prozent gestiegen ist. Sie reden auch über die Zustände an Thüringer Schulen. Diese Menschen transportieren leider ein negatives Image außer Landes und eine noch so groß aufgelegte Imagekampagne kann dies nicht ausgleichen. Sie, Herr Dr. Vogel, reden in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit, eine Chance anderswo zu suchen. Das sehe ich auch so - Gott sei Dank, möchte man sagen. Ich vergesse die aber nicht, die gehen müssen, weil sie hier keine Arbeit finden. Ein Wort an diese Menschen wäre in Ihrer Regierungserklärung nötig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Meisterstücken der Amtszeit des Thüringer Wirtschaftsministers gehört auch die schon seit Jahren von uns kritisierte Spaßbadorgie. Jetzt tritt das ein, was die SPD vorausgesagt hatte. Kommunen, stolze Besitzer eines solchen Bads, stehen finanziell praktisch vor dem Aus, weil sie die Unterhaltskosten nicht mehr tragen können. Und jetzt, nach Fertigstellung von 19 Spaß- und Kurbädern, wo die Probleme nicht mehr in Worte und Zahlen zu fassen sind, will der Minister eine Konzeption erarbeiten lassen - Fertigstellungsdatum natürlich weit nach den Bundestagswahlen.

Meine Damen und Herren, in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober sprach der Ministerpräsident von der besonderen Bedeutung der Polizei. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir müssen uns bei jedem einzelnen Polizeibeamten bedanken für das, was er in den letzten zwei-

einhalb Jahren geleistet hat.

(Beifall bei der SPD)

Nicht auszudenken, wenn sie sich genauso verhalten hätten wie ihr oberster Dienstherr, der Innenminister. Nein, die Polizei in Thüringen funktioniert trotz des Innenministers.

(Beifall bei der SPD)

Die von uns geforderte Polizeidichte von 1:340 - lange nicht in Sicht - wäre die Voraussetzung für die Thüringer Polizei, ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen und für Zukünftiges gerüstet zu sein. Stattdessen seit über einem Jahr eine angekündigte Strukturreform bei den Polizeiinspektionen, die nicht umgesetzt wird. Auch der von dieser Landesregierung verursachte Beförderungsstau führt zu großer Verunsicherung bei der Polizei. Polizeibeamte warten etliche Jahre auf die ihnen zustehende Beförderung, nur weil der Innenminister es versäumt hat, eine angemessene Zahl von Beförderungen für die Polizei im Kabinett durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Eingruppierungen von Polizeibeamten ist Thüringen Schlusslicht.

Meine Damen und Herren, wenn schon die Anzahl der Polizisten in Thüringen nicht stimmt und die, die dann noch da sind, nicht ordentlich befördert werden, so sorgt der Innenminister zumindest dafür, dass sich das Personalkarussell in seinem Haus kräftig dreht. Der ständige Wechsel von Führungspersonen bei der Thüringer Polizei hat diese zusätzlich verunsichert. Jüngste Episode aus dieser unendlichen Geschichte: Der Abteilungsleiter Polizei im Thüringer Innenministerium wird Leiter des Landesamts für Statistik mit Besoldungsgruppe B 6 auf einer B-3-Stelle. Der Leiter des Landeskriminalamts wird Abteilungsleiter Polizei - wir sind gespannt auf das nächste Kapitel in dieser Litanei.

Meine Damen und Herren, und ist die Situation bei der Polizei als kritisch einzuschätzen, so ist das doch nichts im Vergleich zu dem Bild, was uns der Verfassungsschutz über Monate geboten hat. Man musste nicht Mitarbeiter des Thüringer Verfassungsschutzes sein, um wirklich Insider-Kenntnisse über diese Einrichtung zu bekommen. Der tägliche Blick in die Presse gab jedes fast noch so intime, so geheime Detail frei. So wurde die Parlamentarische Kontrollkommission zu einem Marionettentheater, in dem in der Regel eigentlich nur noch gefragt werden konnte, ob Zeitungsberichte stimmen oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

In den V-Mann-Affären um die Herren Dienel und Brandt wurde gelogen, dass sich die Balken bogen; es wurde immer nur das zugegeben, was man gerade zugeben

musste, weil man der letzten Lüge gerade wieder in der Zeitung überführt wurde. Somit überrascht es nicht, dass der so genannte Gasser-Bericht, der infolge der Affäre Dienel beim Thüringer Verfassungsschutz erstellt wurde, dem Parlament eben nicht zugänglich gemacht wurde. Noch heute beschäftigt sich ein Untersuchungsausschuss mit der Frage, ob der Innenminister den Verfassungsschutz beauftragt hat, zwei Kommunalpolitiker während des Kommunalwahlkampfes zu beobachten. Ob der Auftrag dieses Untersuchungsausschusses erweitert werden muss um die Frage: "Hat der Innenminister zu Unrecht Parlamentarier bespitzelt?", diese Frage ist jetzt noch offen.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Wer die Wahrheit nicht ..., ist ein Dummkopf.)

Dem Vorschlag unserer Fraktion, den Verfassungsschutz aufzulösen und wieder neu zu gründen, wurde nicht gefolgt.

(Unruhe bei der CDU)

Viele hier in dem Raum hatten das Gefühl in Wirklichkeit nur nicht, weil es ein Vorschlag der SPD war. So werden wir die Umstrukturierungsversuche der Landesregierung weiterhin kritisch beobachten. Ich gehe davon aus, dass wir uns nach wie vor auf die Presse und die Medien verlassen können, sollte etwas beim Landesamt nicht funktionieren.

Natürlich gäbe es auch die Möglichkeiten, das Thüringer Verfassungsschutzgesetz zu ändern und eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen. Wir könnten der Parlamentarischen Kontrollkommission mehr Rechte und Kontrollmöglichkeiten geben. Man könnte sogar über einen Bürgerbeauftragten für Verfassungsschutz reden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich rede vom Reden, aber dazu sind ja nicht einmal Sie bereit.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Sagen Sie das mal Herrn Schily.)

Sie haben doch Denkverbot, das weiß ich doch. Deshalb können Sie dem auch nicht mehr folgen. Wenn man sagt, man könnte mal über etwas reden, das ist für Sie schon so abartig und dann sind wir wieder bei der absoluten Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man könnte sogar über einen Bürgerbeauftragten für Verfassungsschutz reden, der weit reichende Rechte hat, um zu kontrollieren und solche Vorgänge, wie in Thüringen geschehen, zukünftig auszuschließen, aber die CDU hat ähnliche Vorschläge tief im Ausschuss begraben. Die Regierungspartei hat kein Inte-

resse an der Kontrolle dieses undurchsichtigen, affärenreichen Amtes.

Meine Damen und Herren, ist die Bilanz aus Wirtschafts- und Innenministerium durchwachsen bis schlecht, lassen Sie mich zum Tiefpunkt der Entwicklung der letzten zweieinhalb Jahre kommen. Meine Damen und Herren, die Thüringer Schulen stecken in einer tiefen Krise.

(Beifall bei der SPD)

Grundlage dafür war eine generelle Fehleinschätzung über die angebliche erfolgreiche Entwicklung der Thüringer Schulen. Wer noch einmal die Regierungserklärung des verantwortlichen Ministers Krapp vom 26.01.2001 liest, kann nur peinlich berührt sein. Diese Lobhudelei für das Thüringer Schulsystem war nur peinlich und wenig hilfreich in der Sache. Dazu kommen dann die permanenten Einsparungen in diesem Bereich. So wurde im Doppelhaushalt 2001/2002 allein in diesem Bereich eine Kürzung von 132 Mio. € durchgedrückt. In Ihrer Regierungserklärung, Herr Vogel, heißt das dann: "Aber ohne Geld kann kein Staat Bildung machen. Wir sparen daran nicht."

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Ja, wir geben das meiste aus.)

Herr Ministerpräsident, entweder wurde Ihnen falsch zugearbeitet oder Sie lügen. 80 Prozent aller Einsparungen im Doppelhaushalt 2001/2002 entfielen auf den Bildungsbereich.

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Gehören die Lehrer bei Ihnen nicht mehr zur Bildung?

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Je weniger Schüler, je weniger Geld.)

Meine Damen und Herren, ein tragfähiges Personalentwicklungskonzept ist nicht vorhanden. Der viel zu hoch geplante Stellenabbau ist auch juristisch gescheitert. Durch diese gescheiterte Personalpolitik wurden die Pädagogen demotiviert, auch was ihre berufliche Perspektive betrifft. Ein innovatives pädagogisches Klima an Thüringer Schulen wurde grundsätzlich zerstört. Nach wie vor gibt es in allen Schularten, außer den Grundschulen, gravierenden Stundenausfall, der an den Thüringer Berufsschulen mit einem geplanten Unterrichtsausfall von 4.000 Stunden in der Woche bundesweit wohl nicht mehr zu toppen ist.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Unerhört!)

Dafür sind wir Spitzenreiter in einer anderen Statistik, nämlich der, was die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss betrifft. All das war bekannt vor PISA und so kann ich die Erschütterung über den PISA-Bericht bei man-

chem Regierungsmitglied nur als geheuchelt empfinden.

(Beifall bei der SPD)

Auf den Minister Krapp hofft da in Thüringen schon keiner mehr. PISA liegt vor und ich entnehme den Medien mit Freude, dass eine von Minister Krapp geleitete Diskussionsrunde die andere förmlich jagt. Aber es gibt nicht eine nur in Ansätzen erkennbare Änderung am Thüringer Schulsystem seit dem Ergebnis von PISA.

(Beifall bei der SPD)

Änderungsvorschläge der Opposition werden teilweise nicht einmal mehr an den Bildungsausschuss überwiesen. Der Bildungsminister Krapp formuliert es gerne und immer wieder, es geht ihm alles zu schnell. Auch Sie, Herr Ministerpräsident, sind in Ihrer Aussage zwiespältig. Einerseits sagen Sie, PISA vergleicht Äpfel mit Birnen, andererseits sprechen Sie von einer Chance. Was denn nun? Übrigens will sich niemand hier mit Japan oder Südkorea vergleichen, das ist eine Binsenweisheit. Hätten Sie an dieser Stelle lieber etwas zu Ihrem Konzept gegen Unterrichtsausfall in Thüringen gesagt, wenn es das überhaupt gibt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unbestritten hieß der Star des Kabinetts Vogel vor zweieinhalb Jahren Dagmar Schipanski, eine anerkannte Wissenschaftlerin, über eine Kandidatur zum Bundespräsidentenamts bundesweit bekannt geworden, eine Frau, in die viele Thüringer Hoffnung setzten. Insbesondere nach den Ereignissen der letzten Wochen und Monate kann man wohl sagen: Der Lack ist ab.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Reichte es im ersten Jahr ihrer Amtstätigkeit noch, die bisherige Politik im Bereich Wissenschaft, Forschung, Hochschulen und Kultur im Stile des Vorgängers weiterzuführen, so ging der Lack, wie bereits formuliert, ab, als die Probleme kamen. So konnte sich Ministerin Schipanski nicht gegen die Kürzungsvorschläge des Finanzministers im Hochschulbereich durchsetzen. Erstmals in der neueren Geschichte des Freistaats Thüringen kommt es bei den Ausstattungen an Fach- und Hochschulen zu Kürzungen - vor dem Amtsantritt von Frau Schipanski undenkbar. Für sich selbst hat die Ministerin allerdings für Linderung gesorgt. Ihre Streichungen erfolgen nämlich sehr differenziert, so gibt es an der TU Ilmenau keine Kürzungen. Da müssen die anderen Fachhochschulen und Universitäten das Päckchen halt mittragen.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das muss man doch mal genau lesen.)

Selbst Sie, Herr Ministerpräsident, haben Schwierigkeiten ...

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: ... andere Zahlen erhalten.)

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Zahlen lesen ist nicht sein Ding.)

Fertig, kann ich weitermachen? Selbst Sie, Herr Ministerpräsident, haben Schwierigkeiten, Positives an Ihrer Ministerin zu finden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Immer mit der Ruhe. So begrüßen Sie die Neugründung von Nordhausen und Erfurt - das war nicht Frau Schipanski -, Sie begrüßen die neuen Wege bei der Organisation des Studiums - das war auch nicht Frau Schipanski - und dass wir bei den Hochschulrankings vorn stehen, das war doch auch vor Frau Schipanski schon so. Wo sind denn die Landesleistungen der Hochschulpolitik unter der neuen Regierung, frage ich Sie?

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Wenn man sie nicht sehen will, sieht man sie nicht.)

Stehen wir hier am Beginn einer verhängnisvollen Entwicklung, so gibt es im anderen Verantwortungsbereich der Ministerin eine Entwicklung, die genauso Sorgen macht. Ich rede über die Situation der Theater und Orchester im Freistaat Thüringen, die Ihnen, Herr Ministerpräsident, kein Wort wert waren. Viel zu spät, Frau Ministerin, haben Sie das Gespräch mit den Theatern und Orchestern gesucht und so erhielten Sie von den Weimarer und Erfurter Stadträten - übrigens auch von denen, die wie Sie CDU-Mitglied sind - die Quittung.

(Beifall bei der SPD)

Und jetzt ziehen Sie sich vergnügt und trotzig auf eine Zuschauerposition zu dem zurück, was in Weimar und Erfurt passieren soll. Nichts da von Ärmel hochkrepeln, nichts mehr von gestalten. Sie sind mit Ihrem kulturpolitischen Konzept für Thüringen gescheitert und die Gefahr ist groß, dass nach Erfurt und Weimar z.B. in Eisenach, Altenburg und Nordhausen Ähnliches geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie das schon nicht auf die Reihe gebracht, so haben Sie zumindest in Ihrem Haushalt für einen weiteren Steinbruch gesorgt. Ich spreche von der permanenten Abschmelzung der Landesmittel für Denkmalschutz und Denkmalpflege. Ernüchternd auch die Ergebnisse Ihrer angestrebten Kooperation zwischen Wirtschafts- und Kunstministerium. Da parallel dazu die ABM- und SAM-Stellen nicht im ausreichenden Maß fortgeführt werden, wird es in absehbarer Zeit im Bereich der Breitenkultur zu keinen Ver-

besserungen kommen; der Nachtragshaushalt kann dem Bereich Breiten- und Soziokultur sogar den Todesstoß versetzen. Meine Damen und Herren, eine Stiftung "Breitenkultur" haben Sie nie gewollt. Die dann von Ihnen installierte Kulturstiftung ist ein Phantom ohne praktisch fördernde Auswirkung. Dies alles - gepaart mit der finanziellen Notlage vieler Kommunen - führt zu einem ständigen Abbau der kulturellen Leistungsbereitschaft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Jahr 2001 war das Jahr des Ehrenamts. Es war insofern ein Erfolg für das Ehrenamt, weil in unzähligen Veranstaltungen der Wert des Ehrenamts betont wurde.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Genau.)

Und der Hoffnung bin ich, so ist das Ehrenamt im Ansehen der Bevölkerung weiter gestiegen. Ernüchternd bleibt jedoch, was darüber hinaus passiert ist. Seit über zwei Jahren redet der verantwortliche Sozialminister in Thüringen von einer Stiftung "Ehrenamt". Bisher sind wir bei einer Stiftung angekommen mit einem Grundstockvermögen von 50.000 €. Meine Damen und Herren, von diesen Zinsen kann man bestenfalls die Telefonkosten von einem Dutzend Vereine und Verbände bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Nachtragshaushalt finden wir keine weiteren Mittel eingestellt und so bleibt die Hoffnung auf eine Spielbank. Dass wir kein entsprechendes Spielbankgesetz haben, interessiert in dieser Landesregierung niemanden; aber wenn wir erst das Gesetz haben und wenn wir dann die Spielbank haben, dann wird das Geld förmlich in Strömen in dieses Ehrenamt fließen und ich schätze einmal, so unmittelbar nach der nächsten Landtagswahl, wenn Sie vorher den Thüringer Bürgern in der Zweitaufgabe versprochen haben, eine entsprechende Stiftung "Ehrenamt" zu installieren. Einem solide durchfinanzierten Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion, in dem es darum ging, die ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich der Jugendarbeit zumindest teilweise zu entschädigen, war Ihnen Ihre Zustimmung nicht wert.

(Beifall bei der SPD)

Mehr Glück, relativ gesehen, hatte die SPD mit ihrem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Thüringen. Natürlich haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, diese Initiative der SPD erst einmal abgelehnt; aber als Sie dann beim besten Willen den immensen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit nicht mehr übersehen konnten, versuchten Sie, mit einem Programm namens "JET" die Initiative der SPD-Landtagsfraktion aufzunehmen und gegenzusteuern.

Der Familienpolitik ging es in den letzten zweieinhalb Jahren ähnlich wie dem Ehrenamt: viele Blumen, wolkenreiche Worte. Aber was ist denn wirklich Erwähnenswertes in diesem Ministerium passiert? Nichts. Der Begriff "Familienpolitik" wurde zwar ausdrücklich in den Titel des Ministeriums eingefügt, aber Sie, Herr Dr. Vogel, wiegeln das schon ab. Bei Ihnen heißt das: Das ist keine Aufgabe, die Thüringen allein bewältigen könnte

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das ist richtig.)

- warten Sie doch einmal ab -, das ist eine bundespolitische Aufgabe.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das ist immer so, ganz genau.)

Ich zitiere dazu dpa vom 01.03. dieses Jahres: "Kanzlerkandidat Edmund Stoiber hat Erwartungen gedämpft, die Union würde nach einem Wahlsieg die Förderung von Familien stark erhöhen."

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Hört, hört!)

Im Haushaltsbegleitgesetz 2001/2002 kürzt das Land seine Mittel für die Kindertagesstätten und öffnet so dort Tür und Tor zur Gebührenerhöhung. Auch beim Sachkostenzuschuss wurde gestrichen und bei den Zuschüssen für die Gemeinden für das Fachpersonal in den Kindertagesstätten. Das Ergebnis ist, dass die Kommunen die Gruppen in den Kindertagesstätten auf die maximal zulässige Stärke auffüllen. Ob das eine Verbesserung der Kinderbetreuung ist oder ob das im Hinblick auf die Ergebnisse der PISA-Studie das richtige Signal ist, das bleibt zumindest abzuwarten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Den Begriff "gewaltfreie Erziehung" kennt diese Landesregierung überhaupt nicht. Für die bessere Vereinbarung von Beruf und Familie sind von der Landesregierung keine Signale ausgegangen; nein, sie möchte, dass der gesetzliche Anspruch auf Teilzeit wieder aufgehoben wird.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Weil es Einstellungen behindert.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema "Wasser" war ein wesentlicher Schwerpunkt in den letzten zweieinhalb Jahren und er wird es wohl auch bleiben, ob im Bereich Wasser/Abwasser oder beim Fernwasser. Im Bereich Fernwasser betreibt diese Landesregierung eine Politik der Geheimniskrämerei. Schon mehrmals haben wir uns hier in diesem Haus über wesentliche Eckdaten unterhalten, die man braucht, um die angestrebte Fusion der Talsperrenverwaltung mit den Fernwasser-

zweckverbänden realistisch einschätzen zu können, ohne zufrieden stellende Antwort von Ihrer Seite. Selbst Ihr Oberbürgermeister Kummer sagt: Ohne aussagekräftige Unterlagen kann man nicht verhandeln.

(Beifall bei der SPD)

Dass im Bereich Wasser/Abwasser die Strategie, die Strukturen der Zweckverbände effektiv zu gestalten, fortgesetzt wurde, ist richtig. Dass das Zinshilfeprogramm abgeschafft wurde, war falsch. Dass Sie dann unseren Vorschlag abgelehnt haben, wenigstens die Ausfallkosten für die Gemeinden aus den zinslosen Stundungsregelungen, z.B. für Industriebrachen und Kleingärten, zu decken, das war schon unverschämt, genauso wie die Kürzung bei den Strukturhilfen - ich habe sie am Anfang positiv erwähnt -, aber dann die Kürzung bei den Strukturhilfen in Höhe von 11 Mio. €. Da stellt sich die Frage: Wollen Sie jetzt endgültig den Bereich Wasser/Abwasser dem Spiel der freien Kräfte überlassen?

Meine Damen und Herren, die Gefahr ist groß, dass beim Thema "Müllbehandlung" die Landesregierung die gleichen Fehler macht wie bei Wasser/Abwasser. Da die lenkende Hand der Landesregierung fehlt, macht jede Region ihre eigenen Pläne für ihre eigenen Behandlungsanlagen. Die Planung solcher Anlagen wird allein den Abfallzweckverbänden überlassen. Diese können aufgrund ihrer regionalen Begrenzung aber nur regionale Belange bei ihren Entscheidungen zugrunde legen, jedoch nicht die Belange des ganzen Landes.

(Beifall bei der SPD)

Auch steht nach wie vor die überfällige Novellierung der Förderrichtlinie für Vorhaben und Projekte bei der Siedlungsabfallwirtschaft aus. In welcher Höhe wollen Sie denn zukünftig Behandlungsanlagen fördern - 80, 60, 20 Prozent?

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Null.)

Null, hat der Minister gesagt, falls man es im Protokoll nicht verstanden hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn es keine grundsätzliche Änderung in der Politik des Landwirtschaftsministers gibt, wird es auch bald für den Nationalpark Hainich zu spät sein. Vor mehr als vier Jahren wurde dieser gegründet, aber touristische Attraktionen und Anlaufpunkte, wie wir das aus der Entwicklung anderer Nationalparks kennen, die dringend notwendig sind, sind nicht geschaffen worden. Es gibt nach wie vor nicht einmal ein Nationalparkzentrum. Naturschutz könnte im Hainich die Wirtschaft voranbringen, Arbeitsplätze schaffen,

(Beifall bei der SPD)

aber auch Herr Schuster fühlt sich nicht angesprochen - er verspielt eine Chance.

Meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Herr Gentzel, seien Sie nicht so nervös.)

bei den herausragenden - Sie sind noch nach mir dran, seien Sie doch nicht so nervös - Fehlleistungen der letzten Jahre in unserem Freistaat tragen Sie, Herr Justizminister Birkmann, die Verantwortung. Das Wort "Pilz-Prozess" - ich betone - ist sehr eng mit dem Begriff "Birkmann-Affäre" verbunden. Der Begriff "Birkmann-Affäre" steht für Ihre versuchte Einflussnahme im Juni 2000 auf die unabhängige Arbeit von Thüringer Richtern und Staatsanwälten. Nur kurz zur Erinnerung: Kumpel Birkmann warnt Kumpel Schuster vor einer bevorstehenden staatsanwaltschaftlichen Durchsuchung im Wirtschaftsministerium, obwohl auf ausdrücklichen Wunsch des Landgerichts Mühlhausen von einer Benachrichtigung abgesehen werden sollte. Damit nicht genug - Sie, Herr Birkmann, scheuten auch nicht davor zurück, Herrn Dr. Bauer, Präsident des Oberlandesgerichts, und beim Verfassungsgerichtshof anzurufen, damit dieser dann unverblümt Einfluss auf jenen Richter nehmen sollte, der vergeblich versucht hatte, alle wichtigen Prozessunterlagen in der Thüringer Staatskanzlei zu erhalten. Dem Zitat des Herrn Dr. Bauer zur Birkmann-Affäre "Die Thüringer Justiz hat Schrammen abbekommen" ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt ja noch ein Meisterstück aus Ihrem Haus, die Aktenaffäre im Sommer 2001. Natürlich wusste in Ihrem Haus niemand etwas davon, dass 10.000 Akten von der Staatsanwaltschaft und mehreren Gerichten tagelang unbeaufsichtigt in einer Tiefgarage des neuen Erfurter Justizentrums lagerten. Obendrein war das Rolltor von der Garage defekt. Aber für all Ihre Fehler fühlten Sie sich nie verantwortlich. Als Bauernopfer wurde der Leiter der Staatsanwaltschaft Erfurt von seinen Aufgaben entbunden, dem Amtsgerichtspräsidenten die Verwaltung des Justizentrums entzogen. Sie dagegen, Herr Justizminister, saßen alle Affären aus.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Birkmann, werden ja noch gebraucht als vermeintlicher Schützer und Bewahrer der Thüringer Verfassung vor den so gefürchteten plebiszitären Elementen.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden gebraucht als Totengräber für das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Thüringen". Als mehr als 380.000 Bürgerinnen und Bürger verbesserte direkte Mit-

sprachemöglichkeiten in der Politik wünschten, zauberten Sie zunächst zwei Gutachten herbei, die die Verfassungswidrigkeit des Volksbegehrens feststellten. Aus den Gutachten machten Sie dann eine Klageschrift und haben diese dann an den Verfassungsgerichtshof geschickt.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Und Recht bekommen.)

Warten Sie doch mal ab. Am 19.09. letzten Jahres unter Vorsitz Ihres Telefonpartners Herrn Bauer wurde das Volksbegehren für verfassungswidrig erklärt. Auch in der Zeit danach ließen Sie keine Zweifel aufkommen, dass Ihnen nichts widriger ist als niedrige Hürden bei Bürgerbeteiligungen, bei Volksbegehren und beim Volksentscheid. Ich frage Sie, Herr Dr. Birkmann: An welcher Stelle in Ihren Gesetzentwürfen zur Änderung von Verfassung und Durchführungsgesetz wird Ihr Wille deutlich, Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitspracherecht einzuräumen? Herr Ministerpräsident, wir stellen neben Ihren Satz "Mehr Demokratie geht nicht" den Satz von Willy Brandt "Wir wollen mehr Demokratie wagen."

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ja, meine Damen und Herren, es gibt Dinge, die können ruhig öfters gesagt werden.

Meine Damen und Herren, was macht eine Landesregierung mit all dem, was ich beschrieben habe, wenn sie trotzdem wieder Wahlen gewinnen will? Kein Thema der letzten zweieinhalb Jahre, das nicht so einigermaßen rund lief, wo die Landesregierung am Schluss nicht zu zwei Folgerungen kam: Erstens, entweder sie erklärte das Problem für nicht vorhanden oder zweitens, die Bundesregierung war Schuld, mal durch angebliches Nichthandeln, mal durch angebliches Fehlhandeln.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Die Bundesregierung ist doch nicht mehr lange.)

Sie, Herr Ministerpräsident, beschäftigen sich in Ihrer Regierungserklärung zu Thüringen zu einem Drittel mit der Bundespolitik. Ich hätte es gar nicht erwähnt, wenn Sie eben nicht einige wichtige Landesthemen einfach ausgelassen hätten. Andere Aussagen zur Landespolitik waren nur blanke Nullnummern. Ich beziehe mich da zum Beispiel auf die Behördenstrukturreform. Das große Problem, was da im Augenblick in Thüringen diskutiert wird, nämlich die Probleme der Katasterämter - keine Aussage. Ich sage noch mal: Bei der Frauenpolitik begrenzen Sie das alles auf die Beteiligung von Frauen an einer Messe. Das ist doch ein Witz.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Was Ihre Behauptung betrifft, Sie stärken die Kommunen, habe ich dazu zwei Forderungen außerhalb des Nachtragshaushalts: Erstens, bessern Sie bei der wirtschaftlichen

Betätigung der Kommunen nach. Zweitens, stärken Sie die Rechte der Bürger, nicht die der Verwaltungsspitze. Hier greift die Novelle Ihrer Kommunalverfassung einfach zu kurz.

Meine Damen und Herren, durch die Aussagen Ihres Kanzlerkandidaten ist die Landesregierung an anderer Stelle ordentlich entzaubert worden. Ich denke da zum Beispiel an die über Wochen und Monate vollmundig vorgetragenen Forderungen, die Steuerreform vorzuziehen. Nun dröhnt vom Wahlkampfberater des Kanzlerkandidaten Stoiber: "Die Vorziehung einer Steuerreform ist rechnerisch seriös nicht darstellbar." Seitdem hat die Landesregierung ihre Forderung nicht erneuert.

Nächstes Beispiel: Ein 20-Milliarden-Sonderprogramm für den Osten hat der Thüringer Ministerpräsident gefordert. Jetzt muss er sich nun von seinem Kanzlerkandidaten und dessen Wahlberatern und insbesondere von dem Hoffnungsträger der mecklenburg-vorpommerschen CDU, Herrn Rehberg, sagen lassen: Diese Forderungen sind nicht umsetzbar.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Ungewöhnlich.)

Parteifreund Rehberg soll dem noch hinzugefügt haben: "Hätte er keine Zahlen genannt, hätten wir das Programm aufnehmen können." Zwar verkündigen Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Forderung trotzig weiter, aber was soll eine solche Forderung, wenn sie nicht einmal von der Ost-CDU getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, es bleibt nicht der letzte, auch ich habe einen Spruch bei Konfuzius gefunden, der lautet: "Der Edle verlangt alles von sich selbst, der Primitive stellt nur Forderungen an andere."

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Selbsteinsicht ist der erste Weg zur Besserung.)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Eigentor!)

Meine Damen und Herren, können Sie sich noch an die Aktuelle Stunde von vor vier Wochen erinnern? Das ging so in die Zielrichtung: Um Himmels willen, die Bundesregierung soll für ihre Finanzpolitik einen blauen Brief bekommen. Nun gebe ich ja gerne zu, dass es in solchen Zeiten mal bei der Regierung oder auch mal bei der Opposition gewisse Probleme mit der Objektivität gibt. Deshalb mache ich es nicht wie Ihr finanzpolitischer Sprecher Herr Mohring, der sich seit neuestem auf das "Neue Deutschland" beruft, sondern ich habe mal in das "Han-

delsblatt" geschaut. Weil es einige von Ihnen nicht verstanden haben, wiederhole ich das. Das "Handelsblatt" hat mal nach den Maßstäben, die den Bund betreffen, alle Bundesländer eingeordnet: Das Grüne da unten ist das Grüne Herz Deutschlands, Thüringen, überholt im Defizit nur vom bankengeschüttelten Berlin hinter Sachsen-Anhalt. Die Wirtschaftsexperten dazu: "Thüringen ist seit Jahren ein Kandidat für den blauen Brief." Top-Thüringen, kann ich dazu nur sagen.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Ich warte auf eure Einsparvorschläge.)

Jetzt komme ich zu Ihnen. Trotzdem - und das muss man Ihnen neidlos zugestehen -, meine Damen und Herren von der CDU, Herr Trautvetter, ist es gelungen, sich in den vergangenen Jahren als Sparkommissar darzustellen und zu verkaufen. Hinter die Fassade darf zwar keiner schauen, aber das macht halt nichts bei einer absoluten Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte ewig so weitermachen und Fakten gegen Wahlkampfgetöse setzen.

(Zwischenruf Abg. Stauch, CDU: Nicht drohen, das war eine echte Drohung.)

Herr Ministerpräsident, Ihre Aussage zur GA aus Ihrer Regierungserklärung war ein solches Getöse. Sie haben sich beschwert, dass die GA sinkt, ja seit 1994. Kohl, Waigel und Schäuble haben die GA von 628 Mio. € auf 427 Mio. € gedrückt - kein Protest aus Thüringen.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Natürlich!)

Dass Rotgrün dann aufgesattelt und dann in der gleichen Art und Weise abgeschmolzen hat wie die Vorgängerregierung, das ruft natürlich Ihren lautstarken Protest hervor.

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Sie hat auch abgeschmolzen.)

Herr Vogel, bei Ihren Aussagen zu Herrn Gerster haben Sie nicht richtig gelegen. Ich zitiere Herrn Gerster. Herr Gerster hat nie davon gesprochen, hier die ABM abzuschaffen: "Im Osten kommt man ohne ABM noch nicht aus,

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Noch nicht!)

im Westen aber macht ABM keinen Sinn." Erstens, ich halte diesen Satz für falsch. Zweitens, ich halte es auch nicht für richtig, wenn Herr Gerster darüber nachdenkt, bei älteren Menschen in diesem Bereich einzusparen. Wir haben hier einfach eine andere Situation. Nein, ich habe

auch keine Probleme, auch mal den eigenen Laden zu kritisieren, das unterscheidet uns doch. Aber dass Herr Gerster die ABM auf null kürzen will, ist eine falsche Aussage. Da, Herr Dr. Vogel, haben Sie ein Glaubwürdigkeitsdefizit. Streichen, streichen, streichen - das wissen Sie doch -, streichen wollte doch Herr Stoiber auf die Empfehlung von Herrn Rehberg hin. So ist es doch gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, dass wir auf bestimmten Seiten der Bundespolitik Streit haben, dazu stehe ich ausdrücklich. Wir haben da halt unterschiedliche Meinungen. Die SPD steht zum Betriebsverfassungsgesetz. Ich weiß, dass Sie nie begreifen werden, dass das Beschneiden von Arbeitnehmerrechten nicht automatisch erfolgreiche Wirtschaftspolitik bedeutet, aber deshalb wollen wir auch ein Tariftrueugesetz. Die SPD will auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und deshalb den Rechtsanspruch auf Teilzeit.

Am 22. September wird dann der Wähler zur Wahl gehen und wir werden sehen, was auf uns zukommt.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Das stimmt!)

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen letzten Vorwurf an die Thüringer Landesregierung und die sie unterstützende Fraktion richten. Nicht nur bei vielen Ihrer Initiativen, die Sie gestartet oder eben nicht gestartet haben, lagen Sie falsch. Es war grundsätzlich falsch, viele Initiativen der SPD nicht oder nur oberflächlich zu diskutieren und sie dann fast ausnahmslos mit Ihrer absoluten Mehrheit zu versenken. Ich denke da an unseren Antrag zu einem Landesprogramm zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ich denke da an unsere Vorschläge zur Polizeientwicklung in Thüringen. Ich denke an unsere Novelle für das Thüringer Verfassungsschutzgesetz. Ich denke an unsere Initiativen zum Thüringer Volksbegehren. Ich denke an das Informationsfreiheitsgesetz und ich denke an unsere Vorschläge für ein wirklich neues, modernes Personalvertretungsrecht. Ich erinnere an unseren Vorschlag zu einem Landes-InnoRegio-Programm. Ich erinnere an die Vorlage eines Thüringer Vergabegesetzes. Ich erinnere an die Novelle des Thüringer Straßengesetzes. Ich erinnere an unsere vielzähligen Vorschläge zum Doppelhaushalt, die allesamt abgelehnt worden sind. Ich denke an unsere Vorschläge zur Erhöhung der Mittel der wirtschaftsnahen Forschung. Ich denke an unsere Vorschläge zur Sportförderung. Ich erinnere an unseren Vorschlag zur zinslosen Stundung von Straßenausbaubeiträgen. An unseren Vorschlag, die Landesanwaltschaft aufzulösen, muss ich Sie nicht erinnern. Sechs Wochen, nachdem Sie unseren Antrag abgelehnt haben, haben Sie sie aufgelöst.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke insbesondere an unsere Investitionsoffensive für den Freistaat Thüringen im Umfang von 500 Mio. € über vier Jahre - von Ihnen abgelehnt, gleichzeitig 20 Mrd. € vom Bund gefordert. Ich denke insbesondere auch an unseren Antrag zur Stärkung der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten von Unternehmen mit unmittelbarer Mehrheitsbeteiligung des Landes. Ich denke an unseren Vorschlag, ein Investitionsprogramm an Thüringer Schulen aufzunehmen und, und, und.

Nein, meine Damen und Herren, all dies haben Sie ohne oder nach oberflächlicher Diskussion abgelehnt. Kommt Ihnen das eigentlich manchmal in einer besinnlichen Stunde nicht selbst etwas fragwürdig vor? Alles das, was Sie in den Landtag einbringen, ist richtig und führt zum Fortschritt des Landes und prinzipiell alles, was von der Opposition eingebracht wird, wird abgelehnt. Sie wissen es eigentlich selbst, dieses Verhalten ist unrealistisch und wer so denkt und handelt, hat längst jede Bodenhaftung verloren.

(Beifall bei der SPD)

So lassen Sie mich zusammenfassen: Die besten Jahre liegen vor uns, so formulierte der Ministerpräsident vor gut zweieinhalb Jahren. Was haben wir unter anderem seitdem gehabt? Pilz-Subventionsskandal, Birkmann-Affäre, Behinderung des Volksbegehrens für "Mehr Demokratie in Thüringen", üppige Aufwandsentschädigung für Funktionsträger, Landtagsneubau, Kürzung bei Kindertagesstätten, Kürzung beim Blindengeld, kein Landesprogramm gegen Rechts, Verfassungsschutzaffäre und Justizskandale, ungebremster Stundenausfall an Thüringer Schulen, Lehrerkündigungen mit noch nicht abzusehender finanzieller Belastung für das Land, Bespitzelungsaffäre Köckert, verkorkste Imagekampagne Thüringen, gescheiterte Theaterpolitik des Landes, gefeuerte Gleichstellungsbeauftragte Frau Bauer,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Sie haben wohl die Bildzeitung gelesen?)

Trennungsgeldaffäre, unverschämte BVG-Klage gegen die Homo-Ehe, mehrere Prüfverfahren der EU wegen Verstoß gegen das Beihilferecht, Privatisierung des Maßregelvollzugs, Milzbrandalarm und eine Woche tat sich nichts und als Letztes in dieser unvollständigen Aufzählung die JVA in Gräfentonna, die viel zu spät in Betrieb genommen wurde; die Sicherheitstechnik funktionierte nicht und die Türen waren zu klein.

Meine Damen und Herren, wenn das die besten Jahre waren, die wir vor uns hatten, wie sollen dann eigentlich die schlechteren aussehen? Für Sie, Herr Dr. Vogel, möchte ich noch einmal mit Konfuzius schließen: "Ein edler Mensch schämt sich, wenn seine Worte ständig großartiger sind als seine Taten." Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD; Abg. Huster, PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion rufe ich Herrn Abgeordneten Althaus auf.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Abgeordneter Althaus, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Vorbemerkungen: Der PDS-Fraktionsvorsitzende hat nach meiner Meinung seine Rede am falschen Ort gehalten. Er hätte sie in Magdeburg oder in Schwerin halten sollen, dort wäre sie hoffentlich auf die richtigen Ohren gestoßen.

(Beifall bei der CDU)

In der Fraktionswahlkampfede des SPD-Fraktionsvorsitzenden hat ein entscheidender Aspekt gefehlt: konstruktive Alternativen, sehr geehrter Herr Gentzel.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn es Ihnen Mut macht für nächste Woche, dann haben wir auch das ertragen.

Ich persönlich und, ich denke, auch im Namen der Fraktion der CDU danke dem Ministerpräsidenten, dass er nach zweieinhalb Jahren dem Parlament und der Thüringer Öffentlichkeit eine so umfassende und erfolgreiche Bilanz vorgelegt hat,

(Beifall bei der CDU)

keine Bilanz, die uns zurücklehnen lässt, sondern eine Bilanz, die uns natürlich mutig stimmt und anspricht, mit gleicher Kraft in dieser Legislaturperiode für Thüringen weiterzuarbeiten.

Thüringen ist auf einem guten Weg und wir haben in unserem Wahlprogramm die Zusage, dass dann in die Regierungsprogrammatische übernommen worden ist, den Wählerinnen und Wählern konkret vorgestellt, was wir in dieser Legislatur tun wollen. Wenn mehr als drei Viertel davon erledigt ist, dann ist das ein gutes Beispiel für eine konstruktive Regierungspolitik. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann an der Stelle nur sagen: versprochen - gehalten, so etwas gibt es scheinbar noch in Deutschland. Versprochen - gebrochen, das ist wohl das Motto von Rotgrün in Berlin nach dreieinhalb Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Dass diese Entwicklung, sehr geehrter Herr Gentzel, zum Schaden Deutschlands und zum Schaden der jungen Länder ist, das ist nun wirklich durchgängig feststellbar.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Ein Glück, dass Sie noch keinen Wahlkampf machen.)

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als Union seit Oktober 1999 einen klaren Gestaltungsauftrag für diese Legislaturperiode und leisten einen Dienst für die Bürger und für unser Land und dafür bin ich sehr dankbar. Für den erfolgreichen Dienst steht vor allem unser Ministerpräsident mit seiner Dienstbereitschaft, seinem Pflichtbewusstsein und seiner klaren Perspektive für unser Land. Die heutige Perspektive, aber auch die heutige Bilanz haben deutlich gemacht, dass wir ihm dankbar sein müssen für zehn Jahre Engagement hier in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auch den Mitgliedern des Kabinetts recht herzlich danken. Glücklicherweise haben wir kein "Pannen-, Pech- und Pleitenkabinett" und kein "Chaoskabinett", wie das Berliner Kabinett von Zeit zu Zeit von der deutschen Presselandschaft beschrieben wird, sondern wir haben ein Arbeitskabinett, das solide und beharrlich daran arbeitet, Thüringen weiter voranzubringen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auch der Fraktion danken, natürlich für die konstruktive Unterstützung der Regierung und die Überlegung, wie Politik vermittelt wird, das sind wesentliche Aufgaben. Da wir alle Wahlkreise in Thüringen direkt hier im Thüringer Landtag vertreten, ist unsere Arbeit sehr stark darauf gerichtet, die Politik im Land zu vermitteln und - umgekehrt - für die Politik, die wir gestalten, entsprechende Informationen aufzunehmen - eine Arbeit, die sich lohnt und eine Arbeit, die wir gerne ausführen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn die Opposition heute den Eindruck erweckt und dargestellt hat, als würden wir überhaupt keine Zusammenarbeit mit der Opposition pflegen, möchte ich auch, natürlich einige wenige - konstruktive Zusammenarbeitsbeispiele mit der Opposition erwähnen. Als Beispiele nenne ich unseren gemeinsamen Entschließungsantrag vom 3. Mai 2000, als die CDU, PDS und SPD gemeinsam nach dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge festgestellt haben, dass der Kampf gegen den politischen Extremismus als gemeinsame Aufgabe unser aller politischer Auftrag ist.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das war eine schwere Geburt.)

Sehr geehrter Herr Höhn, wenn Sie wüssten, wie es entstanden ist, wüssten Sie auch, dass es gar keine schwere Geburt war, sondern dass letztlich die SPD-Fraktion im Wesentlichen auf den Antrag der CDU-Fraktion, der formuliert war, aufgesetzt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die schlichte Wahrheit.

Oder der gemeinsame Antrag von SPD und CDU nach den Terrorangriffen in den USA, das war für Sie eine schwere Geburt, wie ich mit Bedauern feststellen musste, mit dem wir am 12. Oktober hier im Thüringer Landtag festgestellt haben, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan unsere Unterstützung erfährt, dass aber auch politisch-diplomatische, humanitäre und wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen folgen müssen. In dieser Phase sind wir, auch diesen Antrag haben wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion hier im Thüringer Landtag eingebracht und verabschiedet. Ich möchte einen dritten Punkt ansprechen, das ist die Zusammenarbeit mit der Opposition in der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen". Der Abschlussbericht liegt vor und CDU, SPD und PDS sind dort einmütig zu folgendem bemerkenswerten Ergebnis gekommen, ich zitiere: "Die Systemtransformation und der Aufbau der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur sind abgeschlossen. In Thüringen hat sich seit der Wiedererlangung der staatlichen Einheit eine beträchtliche wirtschaftliche Entwicklung vollzogen." So weit das Zitat. Dieses nüchterne, positive Urteil ist letztlich ein Ergebnis harter Arbeit in und für Thüringen. Ich denke, wir haben allen Grund, all denen zu danken, die daran mitgewirkt haben, und es gibt überhaupt keinen Grund, die Entwicklung des Landes schlecht zu reden. Wir können uns sehen lassen in Deutschlands Mitte.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist auch ganz offensichtlich, wir verspüren erheblichen Gegenwind. Dieser Gegenwind kommt vor allem aus Richtung Berlin. Steigende Arbeitslosigkeit, sinkendes Wirtschaftswachstum, die höchste Inflationsrate seit 1994 und sinkende Reallöhne - Deutschland ist beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht in Europa und die Schere zwischen den alten und den jungen Ländern geht weiter auseinander. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen könnte weiter sein, wenn Berlin besser und Deutschland besser regiert würde. Rotgrün ist zum Schaden für unsere Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Der Verweis von Kanzler Schröder, dass die Entwicklung nur internationale Ursachen hat, trägt nicht. Alle euro-

päuschen und auch alle internationalen Beziehungen leiden unter der Konjunkturerwicklung; aber unser Problem ist hausgemacht. Der "Focus" hat sehr zu Recht vor einigen Wochen getitelt: "Der Terror als Ausrede, die Wirtschaftskrise ist hausgemacht." Ich sage ganz klar, die rotgrüne Politik ist im Ansatz verfehlt, schadet der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und im Freistaat Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Anstatt einer Politik für Wachstum endlich das Wort zu reden und danach zu handeln, predigt Schröder weiter eine Politik der knappen Kassen. Er packt nicht an, er versucht nicht zu reformieren, sondern er versucht zu vertuschen. Den Nachtragshaushalt, den wir in diesen Tagen hier im Thüringer Landtag beraten haben und den wir in den nächsten Wochen im Haushalts- und Finanzausschuss besprechen werden, der hat die Ursache in der miserablen Wirtschafts- und Steuerpolitik in Deutschland und den hat in keiner Phase der Entstehung Thüringen verursacht, sondern den hat Rotgrün verursacht und wir müssen die Konsequenzen hier ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die verehrten Oppositionsredner, es ist unredlich, die Entwicklung bei den Steuerausfällen dieser Landesregierung und der Politik der Landesregierung vorzuwerfen. Auch die Kommunen können ein Lied davon singen. Wenn sie die Aussagen des Landesamts für Statistik vom Montag zur Kenntnis nehmen, dann haben auch ihre Steuereinnahmen erheblich gelitten; über 2,8 Prozent sind sie zurückgegangen auf etwa 600 Mio. €. Nein, die rotgrüne Wirtschaftspolitik ist im Ansatz verfehlt, sie belastet im Besonderen das Handwerk und den Mittelstand und hat erheblich negative Auswirkungen auf die Entwicklung Thüringens. Es wäre unverantwortlich, dieses hier nicht zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Gentzel, als CDU-Fraktionsvorsitzender sage ich das nicht nur hier, sondern ich habe das selbstverständlich auch auf der Erfurter Messe gesagt, denn es ist die Thüringer Entwicklung, die von diesen schlechten Rahmenbedingungen mitbestimmt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Arbeitsmarkt ist von dieser Entwicklung ganz besonders betroffen. Auch wenn es jetzt in Mode gekommen ist, auf die Bundesanstalt für Arbeit einzuschlagen, da kann ich nur sagen, bei aller berechtigten Kritik an der Bundesanstalt, sie kann nur vermitteln, was angeboten wird, sie kann keine Arbeitsplätze schaffen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aber erfordert Wirtschaftswachstum; das ist das eigentliche Problem und nicht die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Nein, Rotgrün hatte dreieinhalb Jahre Zeit zum Handeln. Jetzt helfen weder personelle Showeffekte noch medien-gerechte singuläre Aktionen wie bei Holzmann oder Bombardier, die die grundlegenden Probleme natürlich nicht lösen. Es hilft auch kein SPD-Ostparteitag, auf dem versprochen wird, was längst hätte umgesetzt werden können. Nein, jetzt sind die Wähler gefragt und die lassen sich nicht blenden, auch nicht vom Blendungskanzler Schröder.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich, die Arbeitslosigkeit in Thüringen ist hoch, nach unserer Auffassung viel zu hoch, aber wir können uns auch nicht abkoppeln vom allgemeinen Trend. Wenn Thüringen aber 17,4 Prozent Arbeitslosigkeit aufweist und damit noch die geringste Arbeitslosigkeit in den jungen Ländern hat, muss das doch etwas zu tun haben mit der klaren und auf den Arbeitsmarkt ausgerichteten Politik dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktion. Das Engagement für das Land hat Wirkung; wir stehen nicht umsonst an der Spitze der jungen Länder.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit kein Zweifel ist - auch in der Nachtragshaushaltsdebatte - wir bleiben bei dem eingeschlagenen Weg und dazu gehört auch die Entscheidung, den zweiten Arbeitsmarkt konsequent als Brücke zum ersten Arbeitsmarkt zu gestalten und auf besondere Problemgruppen auszurichten. Damit ist eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft natürlich zwingend notwendig. Sehr geehrter Herr Kollege Gentzel, ABM ist eben nicht Sache des Landes, sondern Sache des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit. Sie sollten es besser wissen.

(Beifall bei der CDU)

Sich so einfach von dem Weltinterview des Herrn Gerster zu verabschieden, wie Sie das eben getan haben, ist skandalös. Sie und Ihre Partei haben Herrn Gerster vor wenigen Wochen erst eingesetzt. Das Einzige, was er bisher auf den Weg gebracht hat: dafür zu kämpfen, dass sein Gehalt verdoppelt wird.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch ein Erfolg für Thüringen und für Thüringer Politik, dass wir die geringste Jugendarbeitslosigkeit in den jungen Ländern haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch ein Erfolg für Thüringer Politik, dass wir nur 1 Prozent der Jugendlichen nicht mit einem Ausbildungsplatz versorgen konnten; und da liegen Sie eben falsch, 78 Prozent aller Ausbildungsplätze sind betriebliche Ausbildungsplätze in Thüringen; dafür will ich der Wirtschaft

herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident hat es angesprochen, unser Problem ist ein ganz anderes. Wir haben einen Fachkräftemangel. Wir müssen junge Menschen davon überzeugen, dass sie die Zukunftsbranchen als berufliche Perspektive wählen. Dort müssen wir ausbilden, wo zukünftig auch die Beschäftigung in Thüringen möglich ist. Hier liegt eine Aufgabe bei der Wirtschaft, bei der Politik, bei der Schule und bei der Arbeitsverwaltung; hier müssen wir stärker aufklärend wirken. Wir müssen uns auch auf die Problemgruppen konzentrieren; genau da hat die Landesregierung in den letzten Jahren spezielle Programme aufgelegt. Ich möchte hier nur nennen: für Jugendliche - das Programm "Zweite Schwelle - Jobeinstieg in Thüringen" oder für die mittlere Generation das Programm "Zweite Karriere" oder für die ältere Generation das Programm "50 PLUS". Mit Letzterem haben wir in Deutschland sogar eine Vorreiterrolle übernommen. Die Bundesanstalt für Arbeit ist diesem Beispiel mit einem eigenen Programm gefolgt. Das zeigt, dass wir die richtigen Schwerpunkte gesetzt haben und dass diese Schwerpunkte auch ihre politische Wirkung haben. Ich nenne auch die Bundesratsinitiative von Thüringen und Bayern zur Reform der Arbeitsmarktpolitik. Inzwischen werden diese Initiativen mit unterschiedlichen Wortschöpfungen in gleicher oder abgewandelter Form bundesweit aufgenommen. Die Idee dazu kam aus Thüringen und Bayern.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein wesentliches Ziel ist und muss auch in dieser Legislaturperiode die konsequente Haushaltskonsolidierung durch eine Rückführung der Nettoneuverschuldung bleiben. Genau deshalb haben wir als Leitthema für den Doppelhaushalt, aber auch für die verbleibende Zeit in der Legislaturperiode gewählt: "Sparen und Gestalten". Diesen Weg müssen und werden wir konsequent weitergehen. 2,7 Prozent Staatsverschuldung stellt die Europäische Kommission für Deutschland fest. Das sind die Schulden von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialkassen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Die Bundesregierung versucht erst gar nicht, aus dem Teufelskreis Wachstumsrückgang, anwachsende Arbeitslosigkeit, weniger Einnahmen und mehr Ausgaben auszubrechen. Nein, das Einzige, was ihr einfällt, ist, den blauen Brief abzuwehren und durch eine mit nichts gedeckte Aussage, nämlich den Haushalt bis 2004 ausgeglichen zu gestalten, die Europäische Kommission zu beruhigen. Nein, dieses Problem bleibt in Deutschland noch zu lösen und hier ist Rotgrün gefragt gewesen, die Zeit läuft ab; ab September werden die Wählerinnen und Wähler der Union wieder das Handlungszepter in Deutschland für die Lösung dieser schwierigen Probleme übergeben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Schwanitz, der sich von Zeit zu Zeit wie das Ungeheuer von Loch Ness zu Wort meldet, nun behauptet, die jungen Länder seien aber nicht infolge dieser Feststellung betroffen, dann läuft diese Behauptung vollkommen an der Realität vorbei. Ich habe es schon gesagt: Warum gestalten wir denn hier einen Nachtragshaushalt? Warum müssen wir denn von einem verabschiedeten Doppelhaushalt, der für dieses Jahr unsere Planung klar auf den Tisch gelegt hat, Abstand nehmen und über 360 Mio. € einsparen? Doch nur, weil Rotgrün ihre Hausaufgaben nicht erledigt hat.

(Beifall bei der CDU)

Für uns ist klar, wir bleiben bei dem Motto "Sparen und Gestalten"; das gilt für den Nachtragshaushalt und das wird auch für den nächsten Doppelhaushalt gelten.

Weil heute früh von der Demonstration die Rede war und hier dargestellt wurde, was Studentenrat und andere gesagt haben: Ich hatte das Vergnügen, mit den Hochschulrektoren das Gespräch mit Frau Prof. Dr. Schipanski und Mike Mohring zu führen. Es ist überhaupt nicht die Frage gewesen, ob wir innerhalb des Nachtragshaushalts nun noch einmal Verschiebungen vornehmen, sondern es hat die Diskussion gegeben, wie wir zukünftig in Deutschland im Blick auf Hochschule und Wissenschaft die Schwerpunkte setzen. Dazu haben wir selbstverständlich auch Bereitschaft gezeigt, darüber ganz grundsätzlich zu sprechen. Ich darf Ihnen einen Satz aus dem Flugblatt zitieren, das Ihnen so nicht gefällt, nämlich von der Hochschulrektorenkonferenz: "Wir verkennen nicht, dass die Haushaltslage nur geringe Spielräume eröffnet. Wir fordern deshalb gegenwärtig keine Zuwächse, obwohl sie eigentlich dringend notwendig sind." Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir werden dieses Gespräch führen, weil wir wissen, dass natürlich im Blick auf Wissenschaft und Forschung entscheidende Impulse für die nächsten Jahre auch gestaltet werden können. Aber wir werden uns auch bemühen, den Konsolidierungskurs fortzusetzen, denn wenn wir nicht konsolidieren, dann haben wir die Gestaltungsspielräume für die Zukunft von vornherein verbaut. Deswegen ist unser Ziel, bis zum Jahr 2006 die Nettoneuverschuldung auf null zu fahren. Das Dilemma für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ist für mich eindeutig: Einerseits wettern Sie gegen unsere notwendigen Einsparungen beim Nachtragshaushalt, Sie kritisieren sie - siehe gestern -, ohne Alternativen vorzulegen, andererseits haben Sie mit Herrn Eichel einen Bundesfinanzminister, der ebenfalls ganz klare Sparziele vorgibt, die auch zwingend sind. Sie kommen aus diesem Dilemma nicht heraus, wenn Sie nicht endlich Alternativen hier im Raum diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte einen Vorschlag, der nun aber wahrscheinlich nicht mehr erfolgreich von Ihnen umgesetzt werden kann. Fordern Sie doch endlich den Kanzler auf, die Solidar-

systeme wirklich zu reformieren, die mittelstandsfeindlichen Gesetze aufzuheben und endlich ein zukunftsfähiges und gerechtes Steuersystem auf den Weg zu bringen. Das würde Deutschland und auch Thüringen weiterhelfen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass in den letzten zweieinhalb Jahren auch eine wichtige Entscheidung unter Mithilfe unseres Ministerpräsidenten auf den Weg gekommen ist, nämlich eine gemeinsame Vereinbarung, dass auch zukünftig die Überwindung der Folgen der Teilung eine solidarische Aufgabe in Deutschland ist. Herr Ministerpräsident Dr. Vogel hat wesentlichen Anteil daran, dass der Länderfinanzausgleich und vor allem der Solidarpakt II im letzten Jahr verabschiedet werden konnte. Wir haben nun finanzielle Planungssicherheit für die Jahre 2005 bis 2019. Trotzdem ist seit einigen Jahren festzustellen, dass sich die Entwicklungsschere zwischen den jungen und den alten Ländern öffnet. Und was tut die Regierung Schröder? Sie schaut untätig zu oder diffamiert, wie neulich durch den schon erwähnten Minister Schwanitz, einzelne Wirtschaftsbranchen wie die Baubranche. Nein, es ist ganz klar, das vor einem Jahr von Ministerpräsident Dr. Vogel geforderte Sonderprogramm Ost bleibt auf der Tagesordnung und muss realisiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Die schnellere Schließung der Infrastrukturlücke und die Förderung technologischer Entwicklungsimpulse sind wesentlich. Kanzler Schröder hat dieses Programm vor einem Jahr abgelehnt und in den Folgemonaten immer wieder; der Thüringer SPD-Vorsitzende hat es sogar als "Luftnummer" bezeichnet. Nun, weil Wahlkampf ist, übernimmt die SPD plötzlich scheinbar diese Forderungen. Deshalb sage ich, die Forderungen, die die SPD auf ihrem Ostparteitag zum Aufbau Ost beschlossen hat, sind ein Register ihrer Unterlassungssünden.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD hätte seit Jahren die Weichen für einen schnelleren Ausbau der Infrastruktur stellen können. Sie hat den Bau der ICE-Trasse gestoppt, um nun im Wahlkampf mit viel Brimbamborium angeblich den Bau wieder zu eröffnen. Das ist eine Verhöhnung der jungen Länder und konkret auch Thüringens.

(Beifall bei der CDU)

Dass finanzielle Reserven bei den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit vorhanden waren, ist gestern hier nachdrücklich dargestellt worden. Der Bundeskanzler aber kündigt plötzlich sogar vor den überraschten Augen der Journalisten am Sonntag ein "Mobilitätsprogramm Ost" an mit, man höre und staune, 90 Mrd. €.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das ist nicht Ost.)

Unser Ministerpräsident hatte 20 Mrd. € als Sonderprogramm gefordert. Dieser Populismus auf dem Rücken der jungen Länder ist für mich unerträglich und zynisch.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es ohnedies ein Armutszeugnis, dass die SPD einen Ostparteitag braucht, um ihre Interessen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu formulieren. Dieser Parteitag war eine Zumutung, denn er bringt nur die Teilung in Deutschland wieder auf den Weg. Das ist nicht unser Ziel.

(Beifall bei der CDU)

An der Stelle hätte die SPD schon länger auf den DGB hören müssen. Der Ministerpräsident hat heute früh das deutliche Zitat von Herrn Putzhammer schon hier dargestellt. Übrigens, Gleiches gilt für die Förderung von Großinvestitionen. Auch hier sagt der DGB ganz eindeutig, ich zitiere: "Die Analyse zeigt, dass große Industrieunternehmen deutlich mehr Zulieferbetriebe anziehen als kleine und mittelständische Firmen. Deshalb müssen sie besonders unterstützt werden." Ich bin zwar nicht der Ansicht, dass man die Großindustrie gegenüber dem Mittelstand bei der Besteuerung bevorteilen sollte, aber die von der EU beschlossene Kürzung der Investitionsförderung hat der DGB-Landesvorsitzende Spieth zu Recht als "absolute Katastrophe" bezeichnet. Was ist vom Thüringer SPD-Vorsitzenden zu hören? Ich zitiere: "Grundsätzlich ist die Entwicklung richtig, nicht Großkonzernen riesige Summen an Steuergeldern zu geben." Die Thüringer SPD steht auch bei diesem Thema wieder einmal vollends neben der Realität.

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie denn im Ernst, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Daimler-Chrysler und Mitsubishi hätten sich ohne diese Fördersätze für Kölleda entschieden? Wir sind doch nicht der Nabel der Welt im internationalen Standortwettbewerb. Weiß Ihr Landesvorsitzender überhaupt, über was er hier redet?

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Der ist doch nicht da.)

Es geht nicht nur um die Großinvestitionen von Großkonzernen, sondern auch um mittelständische Investitionen hier im Freistaat.

(Beifall bei der CDU)

Die Förderung zukunfts-trächtiger Investitionen schafft Arbeitsplätze. Sie mag zwar teuer sein, aber es ist allemal sinnvoller, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bleiben wir dabei und betreiben eine engagierte und erfolgreiche Wirtschaftspolitik für den Thüringer Mittelstand, für das Handwerk, aber auch für die Interessenten aus Europa und Übersee, die Interesse haben, sich in Thüringen anzusiedeln. Dazu brauchen wir auch die Unterstützung des Bundes und der Europäischen Union.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch bei dem Thema Tariftreuegesetz, Sie haben es selbst eben angesprochen, verstehe ich die Thüringer SPD überhaupt nicht. Das Tariftreuegesetz, wenn es so beschlossen wird, wird dem Handwerk und dem Mittelstand ein erhebliches Problem bereiten, sie werden sich nicht mehr erfolgreich in den alten Ländern an Ausschreibungen beteiligen können. Dass die Thüringer SPD an dieser Stelle nicht die Interessen des Landes, sondern ideologische Interessen ihrer Partei vertritt, ist für mich ungeheuerlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Thüringer Landesregierung dankbar, dass sie zum einen eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Zahlungsmoral auf den Weg gebracht hat. Ich bin ihr aber auch dankbar, dass sie sehr deutlich zum geplanten Tariftreuegesetz Stellung genommen hat. Ich erwarte von Thüringer Politikern - und das gilt auch im Blick auf das von Ihnen erwähnte mögliche Zitat von Herrn Rehberg -, dass sie die berechtigten Interessen des Landes umfassend unterstützen und dass sie nicht vordergründige parteipolitische Interessen unterstützen. Hierbei hat die SPD erheblichen Nachholbedarf.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir trotz Rotgrün heute bei den wesentlichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten - von der Exportquote, über die Patentanmeldung, bis zum Bruttoinlandsprodukt - die Spitzenposition unter den jungen Ländern einnehmen, dann ist das doch ein klarer Beweis, dass Thüringen eine solide und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik betreibt. Das ist ein Ergebnis harter und zielorientierter Arbeit im Freistaat Thüringen. Wir werden die Schwerpunkte auch in den nächsten Jahren genau an dieser Stelle setzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Entwicklung fortsetzen zu können, brauchen wir aber auch eine Perspektive für die Angleichung der Einkommens- und Lebensverhältnisse. Ich weiß, dass gerade auch aus wirtschaftswissenschaftlichen Instituten anderes zu hören ist, gerade gestern wieder zu lesen. Aber wir müssen mit den Menschen arbeiten, die in diesem Land leben, und deswegen müssen wir auch den politischen Willen aufbringen und realistische Schritte gehen, denn mit der an-

stehenden Ost-Erweiterung ist nach meiner festen Überzeugung der Vorteil im Bereich der Tarife ohnedies relativ.

Der CDU-Landesparteitag in Eisenach am 10. November und der CDU-Bundesparteitag am 3./4. Dezember letzten Jahres in Dresden haben deshalb dem öffentlichen Dienst empfohlen, die Angleichung bis zum Jahr 2007 zu erreichen. Dabei soll ab dem Jahr 2003 in Jahresschritten von 2 Prozent vorgegangen werden.

Wenn die SPD nun seit ihrem Ost-Parteitag auch das Jahr 2007 für die Lohnangleichung anstrebt, dann kommt sie zwar auch mit diesem Beschluss etwas zu spät, aber es ist gut, wenn dadurch die Chance für ein gleichgerichtetes Vorgehen steigt. Voraussetzung ist eine vernünftige Einkommensentwicklung in den alten Ländern.

Übrigens, im Jahr 2000 hat es zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung keinen Schritt zur Angleichung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst gegeben. Sie können einmal überlegen, wer zu dieser Zeit auf Arbeitgeberseite im Bund die Verantwortung hatte.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ramelow, wenn Sie nicht verstehen, was die Lohnabschlüsse im Westen mit der Lohnangleichung zu tun haben, dann verstehen Sie die einfachsten Grundrechenarten nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der prozentuale Anstieg im Westen geringer ist als im Osten, dann wird die Angleichung möglich. Das ist doch ganz einfach. Ich hoffe sehr, dass diese Art der Solidarität auch bei den Tarifverhandlungen in den nächsten Jahren festzustellen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Wirtschaft sind die Aussagen mit Blick auf die Produktivität, die im Abschlussbericht der Enquetekommission eindeutig aufgeführt sind, natürlich zu beachten. Ich zitiere aus dem Bericht: "Eine Steigerung der Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft ist allerdings eine Voraussetzung für eine Zunahme der Reallöhne der Beschäftigten." Daraus ergeben sich sehr konkrete Handlungsfelder, die auch vollkommen klar sind, die auch vom Ministerpräsidenten hier in der Regierungserklärung dargestellt sind und die auch Grundlage der Politik der letzten Jahre waren. In Zukunft geht es um eine noch engere Verzahnung von Grundlagenforschung und wirtschaftsnaher Forschung auf der einen Seite und der Wirtschaft auf der anderen Seite; das heißt, die Förderung der Clusterbildung und die Unterstützung der Innovationsfähigkeit des Thüringer Mittelstands sind deshalb wesentlich. Ich verweise auf den entsprechenden Antrag unserer Fraktion vom Oktober letzten Jahres.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, auch die Neuordnung der Landesgesellschaften, die derzeit vorgenommen wird, ist zeitgemäß und auf dieses Ziel ausgerichtet. So werden wir die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Branchenstruktur, die zwingend ist, die Förderung von Betriebsgrößenwachstum, die Unterstützung bei der Akquisition auch von Absatzmärkten und für die Konsolidierungs- und Liquiditätsunterstützung die Rahmenbedingungen erhalten und ausbauen. Damit keine Missverständnisse auftreten, Clusterbildung und deren Unterstützung heißt weder, dass wir die Baubranche als wichtigen Motor der Wirtschaft vergessen, die Investitionsleistungen des Landes machen dies sehr deutlich, dazu gehört auch der Erweiterungsbau am Thüringer Landtag, noch heißt dies -

(Beifall bei der CDU)

ich bin sehr froh, dass Herr Witschel gestern Abend (ich habe einmal gehört, er ist eingeschriebenes SPD-Mitglied) sich gefreut hat, dass wir im nächsten Jahr dann im neuen Haus diesen Empfang für den Thüringer Beamtenbund durchführen -,

(Beifall bei der CDU)

dass wir ausschließlich die so genannte Leuchtturmförderung betreiben. Als Beispiele verweise ich auf konkrete Vorhaben zur Wirtschaftsförderung im Kyffhäuserkreis und im Landkreis Altenburger Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die in Thüringen traditionell vorhandenen und neu geschaffenen Wissenschafts- und Forschungsstandorte sind wichtige Impulsgeber. Kooperationen zwischen Hochschulen bzw. Fachhochschulen tragen schon jetzt in der Kooperation mit den Unternehmen gute Früchte. Ein ausgezeichnetes Beispiel für die erfolgreiche Kooperation von Wirtschaft und Hochschulbildung ist die Berufsakademie. Sie ist ein Erfolgskonzept in Thüringen und ich bin der Thüringer Wirtschaft dankbar, dass sie dieses mit uns gemeinsam auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, wir müssen alle miteinander darauf achten, dass auch in Zukunft bei der hochschulischen Profilierung ein besonderer Schwerpunkt auf Studiengänge der Technik, der Informatik und der Betriebswirtschaft gelegt wird. Dabei ist mir vollkommen klar, dass wir auch die geisteswissenschaftlichen Studien in Thüringen erhalten und ausbauen müssen. Aber unsere wirtschaftliche Prosperität werden wir besonders über solche Studiengänge und die Synergien mit der Wirtschaft in Zukunft weiterentwickeln können. Ich glaube, dass dazu die Hochschullandschaft in Thüringen gut ausgestaltet ist und auch die Werbung nach außen macht deutlich, dass unsere Thüringer Hochschulen in diesem Bezug besonders attraktiv sind. Dass geisteswissenschaftliche Studien nicht zurückstehen, hat, denke ich, die Landesregierung immer deutlich

gemacht. Ich denke an die Gründung der Erfurter Universität, ich denke auch an die möglicherweise bald in Aussicht stehende Integration der Katholischen Fakultät in die Universität Erfurt. Das Engagement des Ministerpräsidenten in Bezug auf diese Leistung möchte ich besonders hervorheben.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Hochschulpolitik findet breite Anerkennung. Im Hochschulranking liegen Thüringer Hochschulen an obersten Plätzen und mit dem Landeshochschulplan bis 2008 haben die Hochschulen auch eine klare Perspektive erhalten. Die Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes wird dazu beitragen, den Wissenschafts- und Hochschulstandort Thüringen noch weiter zu stärken. Was es heißt, dass SPD mit PDS regiert im Blick auf Hochschul- und Wissenschaftspolitik, das können Sie derzeit in Berlin nachvollziehen. Mit die erste Entscheidung, die in Berlin gefällt worden ist, war die Entscheidung, eine der wichtigen, auch wissenschaftlich tätigen Klinik zu schließen. Das ist rot-dunkelrote Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Haben Sie nicht vor Jahren die Medizinische Akademie zugemacht?)

Ja, sehr deutlich und auch mit einer klaren Bekenntnisaussage. Wir brauchen leistungsfähige Hochschulstrukturen und es war uns wichtig, dass wir nicht zwei Fakultäten in der Medizin in Thüringen profilieren, weil das unsere Möglichkeiten überfordert hätte. Und wir haben auf Qualität gesetzt und nicht auf Quantität.

(Beifall bei der CDU)

Ein klares Wort zur Bildungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Freistaat. Die Thüringer SPD und ihre Position "Bildungskatastrophe in Thüringen" ist grotesk und unhaltbar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der PDS-Fraktionsvorsitzende hat heute wieder einmal deutlich gemacht, wie man demoskopische Befunde politisch instrumentalisieren kann. Allensbach-Archiv: Gefragt wurde "sehr zufrieden" - Aussage: 21 Prozent der Thüringer und der Sachsen haben dieses angekreuzt. Dass Sie daraus schlussfolgern, dass über 70 Prozent unzufrieden sind, ist eine reine Lüge. Das kann man aus diesem Befund überhaupt nicht herauslesen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen aber einen viel klareren Schluss, den man aus diesem Befund herauslesen kann, darstellen. Thüringen und Sachsen und die Zufriedenheit mit dem Bildungssystem stehen an der ersten Stelle unter den jungen Ländern, deutlich dahinter Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Dort regieren Sie in

zwei Ländern mit.

(Beifall bei der CDU)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solide und leistungsfähige Bildungsstruktur ist in Thüringen entstanden. Wir haben zeitgerechte Lehrpläne, wir haben eine engagierte Lehrerschaft und der Ruf der Thüringer Schule ist deutschlandweit sehr gut.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir eine schwierige demographische Entwicklung miteinander zu gestalten haben, hat auch zur Konsequenz, dass wir Personalreduzierungen vornehmen müssen. Aber hier ist durch den Herrn Kollegen Gentzel Falsches in den Raum gestellt worden. Das möchte ich doch noch einmal deutlich beleuchten. Herr Minister Dr. Krapp hat im letzten Jahr 580 Kündigungen im Grundschulbereich aussprechen müssen, 410 davon sind abgeschlossen. Sehr geehrter Herr Kollege Gentzel, weit über 70 Prozent sind damit juristisch auch erledigt und nicht, wie Sie das hier dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Nun ein Wort zur PISA-Studie: Nach meiner festen Überzeugung hat die PISA-Studie vor allen Dingen Fragen an das deutsche Bildungssystem insgesamt gestellt und vor allen Dingen Fragen an das häufig ideologisch orientierte Schulreformern der alten Länder in den letzten Jahrzehnten. Meine Damen und Herren, ich halte überhaupt nichts vom Schwarzen-Peter-Spiel. Schule ist ein Seismograph unserer Gesellschaft. Im Vordergrund stehen Schüler und Lehrer, aber im Hintergrund erscheint doch unsere Gesellschaft und auch so manche Fehlentwicklung. Schule kann allein diese Fehlentwicklung eben nicht ausgleichen. Sie kann nicht, bildlich gesprochen, die Rehabilitationseinrichtung in unserer Gesellschaft sein. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Veränderungen im Blick auf Bildung und Erziehung tragen wir alle Verantwortung - die Politik, die Eltern, Kindergärten, Schüler, Lehrer, die Wirtschaft und nicht zuletzt die Medien. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um die Frage, wie wir die Bildungskultur in Deutschland wieder mit neuem Leben füllen. Dabei ist Thüringen, glaube ich, eher in der vorderen Position mit dem Bildungssystem, das sich klar an Leistung und die Person wendet. Die regionalisierten Daten werden im Laufe des Jahres vorliegen. Wir werden sie natürlich analysieren. Aber schon jetzt ist für mich klar, das ganze Bildungssystem unter Generalverdacht zu stellen, ist absurd.

(Beifall bei der CDU)

Klare inhaltliche Standards, die erhalten und geprüft werden, eine Differenzierung, die das individuell Leisbare stärkt, eine klare Orientierung an Notwendigkeiten

der beruflichen und wirtschaftlichen Wirklichkeit - das müssen und werden auch in Zukunft unsere Orientierungspunkte im Blick auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag sein. Wir setzen auch weiter auf klare Leistungsorientierung und darauf, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Auftrag stärken. Eine pauschalierte Abqualifizierung dieses wichtigen Berufsstandes ist falsch und was Kanzler Schröder als Ministerpräsident in Niedersachsen vor Jahren geäußert hat, spricht eine klare Sprache.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Das ist langweilig.)

Frau Pelke, das ist nicht langweilig. Wenn einer der bedeutendsten Politiker in Deutschland Lehrer als faule Säcke bezeichnet, dann missbraucht er sein Amt und zeigt, wessen Geistes Kind er ist.

(Beifall bei der CDU)

Er hat auch die Arbeitslosen zwischenzeitlich beschimpft. Er bringt immer einmal so Biertischparolen in die Öffentlichkeit, weil er damit meint, von der einen oder anderen Seite Stimmungen für sich zu erwerben. So ist er nun mal, der Medienkanzler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort zur Kunst und zur Kultur. Ganz klar, bei der historischen Bedeutung von Kunst und Kultur in diesem Land, bei der Vielfalt, die wir haben, haben wir auch eine Verpflichtung, diese Vielfalt in die Zukunft hinein zu entwickeln, weil sie mit dafür steht, dass Thüringen in der Mitte Deutschlands attraktiv weit über Deutschland hinaus ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen gibt pro Einwohner bereits mehr Geld für Kultur aus als jedes andere Land in Deutschland. Wenn Sie sich die Liste der Kulturausgaben sowohl der institutionellen Förderung als auch der Projektförderung einmal anschauen, Herr Gentzel, dann ist Ihre Behauptung sowohl im Blick auf Breiten- als auch im Blick auf Spitzenkultur schlicht falsch.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: 40 Prozent unserer ...)

Ich höre Ihr Gemecker aus den hinteren Reihen zwar immer, aber ich kann es nicht verstehen. Dass wir nun aber im Blick auf die Spitzenkultur auch zukünftig auf Qualität achten müssen und dass wir deshalb Strukturreformen bei der Orchester- und Theaterlandschaft in Thüringen brauchen, das steht für mich außer Frage und da möchte ich den Intendanten aus einem Ostthüringer Theater, der gestern mit einem Interview abgedruckt war, nur noch einmal ins Gedächtnis rufen.

(Beifall bei der CDU)

Das Land hat den Städten Weimar und Erfurt die Hand gereicht. Im Übrigen ist diese Entwicklung nicht erst in dieser Legislaturperiode aufgezeigt, sondern ist auch schon in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gekommen. Jetzt sind die Träger gefordert. Ich begrüße und wir als Fraktion, dass das Land weiterhin zu seiner Finanzierungszusage steht, aber auch gleichzeitig deutlich macht, dass künstlerische Qualitätsstandards zukünftig noch stärker gewahrt bleiben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen, dass die nächste Thüringenausstellung im Jahr 2004 in Sondershausen den Residenzstädten gewidmet ist, denn gerade diese Residenzstädte stehen für unsere Kulturtradition, die wir erhalten und als Wert auch nach außen darstellen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommunalpolitik ist eine der wesentlichsten Politikbereiche der Thüringer Landespolitik und der Unionspolitik, denn jeder weiß, Gesicht und Struktur des Landes wird vor allem in den Kommunen geprägt. Ich glaube, was sich in den Kommunen seit der Wende verändert hat, bedarf einer besonderen Würdigung. Ohne die erfolgreiche Kommunalpolitik, ohne die erfolgreiche Arbeit zahlreicher Kommunalpolitiker hätte Thüringen keine so gute Entwicklung genommen. Deshalb möchte ich nicht nur der Kommunalpolitik eine besondere Bedeutung beimessen, sondern ich möchte allen Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die in den Gemeinden, in den Landkreisen, in den Städten seit 12 Jahren verantwortlich sind, herzlich für ihren Dienst an der Gemeinschaft danken.

(Beifall bei der CDU)

Das Gesetz zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und zur Beratung der Gemeinden und Landkreise haben wir nach ausführlicher Erörterung beschlossen. Ich bin sehr froh, dass insbesondere auch der Beratungsauftrag für die Kommunen ganz entscheidend ausgeprägt ist. In diesen Wochen werden wir die Novelle zur Thüringer Kommunalordnung in den Ausschüssen im Thüringer Landtag beraten. Und hier noch einmal ganz klar nach den Ausführungen des Kollegen Gentzel: Die Thüringer Kommunalordnung hat sich im Prinzip bewährt, es geht überhaupt nicht um eine generelle Reform.

(Beifall bei der CDU)

Es geht uns darum, weitere Verbesserungen für die Arbeit der kommunalen Amtsträger, der Kommunalvertretungen und der Kommunalverwaltungen zu erreichen, aber die Grundlagen der Thüringer Kommunalordnung werden erhalten bleiben, auch mit der jetzigen Novelle.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jawohl.)

Ein besonderes Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Wohnungsleerstand in zahlreichen Kommunen. Deshalb haben wir ein Wohnungsmarktstabilisierungsprogramm aufgelegt, mit dem etwa 2.500 Wohnungen bei 60 Wohnungsunternehmen in 22 Gemeinden rückgebaut werden. Zusätzlich zur Förderung der Erneuerungs- und Umbauprogramme der Kommunen setzen wir Fördermittel für die Ausarbeitung von Stadtbaukonzepten und für deren Realisierung ein. Ich möchte den Bundeswettbewerb "Stadtbau Ost" erwähnen, den die Bundesregierung übrigens auf Drängen insbesondere der Länder Thüringen und Sachsen am 30. Januar in diesem Jahr gestartet hat. Die Finanzierung dieses Programms teilen sich Bund und Länder und deshalb werden wir im Nachtragshaushalt die landeseigene Förderung des Städte- und Wohnungsbaus wohl um 9,5 Mio. € kürzen müssen, aber wir werden zugleich die Kofinanzierung Thüringens für den Wettbewerb "Stadtbau Ost" sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser politisches Ziel ist und bleibt die Erhaltung und Förderung der flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der festen Überzeugung, dass Land- und Forstwirte nicht erst heute, sondern über Generationen die entscheidende Kulturlandschaftspflege in unserem Land geleistet haben und deshalb müssen sie das auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CDU)

Dass Leistungsfähigkeit Umweltverträglichkeit und Marktorientierung einschließt, ist für uns selbstverständlich. Die BSE-Krise, die Maul- und Klauenseuche sowie Probleme im Bereich der Tiermast hat Thüringen gut bewältigt. Ich erinnere nur daran, dass Thüringen als erstes Land ein BSE-Bekämpfungsgesetz vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU)

Auch haben wir ein neues Landesamt errichtet und es ist arbeitsfähig. Mit dem Thüringer Agrarinvestitionsprogramm haben wir ein wirksames Instrument zur Investitionshilfe für den konventionellen und den Ökolandbau geschaffen und wir wollen nicht diese beiden Bereiche der Landwirtschaft gegeneinander ausspielen, sondern am Markt orientiert miteinander entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Frau Künast wird inzwischen auch schon deutlich ruhiger. Sie ist auf dem Teppich angekommen und wird wahrscheinlich nach dem 22. September auch von diesem ganz verschwinden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine besondere Aufmerksamkeit müssen wir immer der Absicherung der Kofinanzierung der EU-Strukturfondsmittel beimessen. Es gilt auch, unser regionales Herkunftszeichen "Original Thüringer Qualität" weiter zu stärken. Deshalb bin ich dankbar, dass das Argrammarketing bereits um 920.000 € erhöht wurde.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein ganz wichtiges, auch für die Zukunft entscheidendes Thema ist Wasser und Abwasser. Wir alle wissen, dass das Thema Wasser und Wasserversorgung in Zukunft nicht nur in Deutschland, sondern weltweit auch ein existenzielles Zukunftsthema ist. Aber wir haben in Thüringen in den letzten Jahren im Blick auf Wasser und Abwasser schwierige Diskussionen gehabt und vieles auf den Weg bringen müssen. Wir hoffen, dass die Neustrukturierung und Weiterentwicklung der Wasser- und Abwasserzweckverbände bis Ende dieses Jahres, spätestens aber im nächsten Jahr weitgehend abgeschlossen werden können.

Von den ehemals 1.100 belasteten Abfalldeponien in Thüringen sind noch 19 übrig - ein ganz wichtiger Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung und zum Erhalt unserer Umwelt.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Jahr werden zwei weitere geschlossen und bis zum Jahr 2005 noch einmal fünf und ca. 46 Mio. € Förderung sind allein in diesen Bereich geflossen. Für die öffentlich-rechtlichen Träger ist klar, dass ab 2005 kein unbehandelte Hausmüll mehr auf Deponien gelagert werden darf. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der ökologische Umbau der Siedlungsabfallwirtschaft gelingt, und dafür müssen Altdeponien rekultiviert, aber auch Behandlungsanlagen errichtet werden. Wer das alles immer mit dem Schlagwort "Müllverbrennung" abtut, kennt die Materie nicht wirklich.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden im Rahmen eines Fraktionsforums in der nächsten Woche das Thema ganz intensiv erörtern.

Ein Wort zu unseren Naturparks: Unser Naturparkforum im letzten Jahr in Bad Langensalza hat gezeigt, dass eine Versöhnung zwischen Ökologie und Wirtschaft nicht nur möglich, sondern auch nötig ist. Die Natur ist Kapital für unsere regionale Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Die Verordnung zum Naturpark "Thüringer Wald" folgt genau dieser Prämisse. Die drei noch ausstehenden Naturparks werden wir ebenfalls nach dieser Prämisse in den nächsten Jahren sichern. Ich finde es auch sehr erfreulich,

dass Nordhausen im Jahr 2004 Gastgeber für die Landesgartenschau ist und dass in Gera im Jahr 2007 die Bundesgartenschau stattfindet, beides mit Unterstützung des Landes. Hier wird regionale Entwicklung im Besonderen vorangebracht.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Sicherheit hat nicht erst seit den Terrorangriffen in den USA besondere Bedeutung. Für die Thüringer CDU-Landtagsfraktion und die Thüringer Landesregierung ist das Thema immer prioritär gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bin ich dankbar, dass in den letzten Jahren danach auch politische Schwerpunkte festgelegt wurden und dass nach den Terrorangriffen in den USA, unmittelbar danach, ein Programm für mehr Sicherheit in Thüringen vorgelegt wurde, zu dessen Finanzierung wir einen eigenen Nachtragshaushalt verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Nachtragshaushalt ist ein ganz deutliches politisches Signal für die Polizei, den Verfassungsschutz, die Justiz, die Feuerwehr und den Katastrophenschutz und wir tragen diese Maßnahmen nicht nur einmütig, sondern wir sagen den Sicherheitskräften in Thüringen zugleich Dank für ihren nicht leichten Dienst.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt im Übrigen auch für die Arbeit des Verfassungsschutzes und nicht erst seit dem 11. September, seitdem uns die internationale Gefahr für Freiheit, Demokratie und Sicherheit in einer unerwarteten Brutalität vor Augen geführt wurde. Stellen Sie sich nur einmal vor, wir hätten der PDS Folge geleistet und den Verfassungsschutz aufgelöst, gerade in einer Situation, in der Terrorismusbekämpfung und Bekämpfung des Extremismus besonders wichtig sind. Stellen Sie sich nur einmal vor, wir hätten der SPD Folge geleistet und das Verfassungsschutzamt aufgelöst, um es dann neu zu gründen. Handlungsunfähigkeit wäre das Ergebnis gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin froh, dass der Thüringer Innenminister die Reorganisation des Verfassungsschutzes vorangebracht hat und dass der Thüringer Verfassungsschutz seinen Aufgaben nach innen und nach außen konsequent nachkommt.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und dem Gesetz zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts wollen wir weitere Maßnahmen zur

Verbesserung der Arbeit der Polizei und des Verfassungsschutzes ergreifen, unter anderem auch mit Blick auf die organisierte Kriminalität. Und, sehr geehrter Herr Gentzel, Sie sollten es besser wissen, die Folgen der skandalösen Beförderungspraxis des Vorgängerministers von Herrn Köckert sind aufzuarbeiten, aber in diesem Jahr finden im April 300 Beförderungen statt und im Oktober 200 Beförderungen.

(Beifall bei der CDU)

Das sollten Sie wissen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Stärkung und Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört selbstverständlich der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt. In Thüringen können wir hierbei in den letzten Jahren eine positive Entwicklung verzeichnen. Es ist gar keine Frage, diese Auseinandersetzung ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft und mit der Koordinierungsstelle "Gewaltprävention" im Innenministerium wird insbesondere die Prävention entscheidend gestärkt. Es ist sehr erfreulich, dass in Thüringen in einem Ausmaß Zivilcourage festgestellt werden kann, was deutlich macht, dass dieser Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt eine Aufgabe für uns alle ist. Ich möchte den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern für ihr couragiertes Engagement im Blick auf die Bekämpfung dieser demokratiefeindlichen Entwicklung herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Aber neben der Prävention, zu der im Besonderen auch die Bildung einen wichtigen Beitrag leistet, ist es genauso wichtig, dass der Staat unmissverständlich deutlich macht, dass Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt keine Toleranz erfahren

(Beifall Abg. Gentzel, SPD)

und dass alle staatlichen Möglichkeiten genutzt werden, damit Repression und Täterverfolgung auch wirklich erfolgreich geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ermutigend, dass die übergroße Mehrheit der Jugendlichen in Thüringen zu unserem Land, zur Freiheit und zur Demokratie steht und damit bestätigt, dass Thüringen ein weltoffenes Land ist, in dem die Demokratie gelebt wird und Menschenrechte umfassend gesichert sind. Unser Engagement im Blick auf die Feinde der Demokratie, auf Extremisten, auf Fremdenfeinde und auf Gewalttäter, unterstützt durch Prävention und couragiertes Engagement zahlreicher Bürger, ist erfolgreich. Thüringen hat einen guten Ruf in Deutschland und darüber hinaus.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor einigen Tagen hat die SPD Thüringen in Erfurt ein familienpolitisches Forum durchgeführt. Die stellvertretende Bundesvorsitzende, Frau Renate Schmidt, hat dabei klare Worte gefunden. Ihr Urteil: Deutschland sei ein familienpolitisches Entwicklungsland. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Offenbarungseid der SPD nach dreieinhalb Jahren Kanzlerschaft Schröder, so deutlich ausgesprochen von der stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Wenn Frau Schmidt fordert, Familien sollen nicht mehr von Sozialhilfe abhängig sein, dann muss daran erinnert werden, dass die Regierung Schröder die Familien schlechter stellt und ihre Abhängigkeit von der Sozialhilfe erhöht.

(Beifall bei der CDU)

Die Familien haben netto weniger in der Tasche als noch vor einem Jahr. Da hilft es auch nicht, dass man das Kindergeld um 30 DM erhöht. Die Inflationsrate von 2,5 Prozent, die die höchste seit 1994 ist, die Preissteigerungen, die reale Lohnsenkung um etwa 0,4 Prozent und die unsinnige Öko-, Tabak- und Versicherungssteuer belasten Familien viel mehr als sie sie über die Kindergelderhöhung entlasten.

(Beifall bei der CDU)

Gerade den allein Erziehenden hat die Bundesregierung durch die Abschaffung des Haushaltsfreibetrags ebenfalls eine schwere Last aufgebürdet. Und jetzt zu sagen, man habe das Problem erkannt und suche nach einer Lösung, ist absurd. Die Bundesregierung hatte diese Regelung bewusst beschlossen im Wissen um die Schlechterstellung der allein Erziehenden, sie hat aber nicht mit dem Widerstand der allein Erziehenden gerechnet. Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir insgesamt mehr für Familien tun müssen, steht außer Frage, aber Thüringen hat erfolgreich Weichen gestellt, familien- und kinderfreundlich auch für die Zukunft zu bleiben. Wir haben das Landeserziehungsgeld eingeführt, wir haben den Kindergartenplatz ab zweieinhalb Jahre, wir haben ein umfassendes Angebot auch an Krippen- und Tagesbetreuung und wir haben Hortplätze. Wir sind an dieser Stelle Vorbild unter den jungen Ländern und insgesamt in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Und selbst in haushaltspolitisch schwierigen Zeiten gestalten wir auf diesem Sektor - ich denke nur an das "Sonderprogramm für die Förderung von Spielplätzen", das kürzlich aufgelegt wurde - nein, Thüringen ist familien- und kinderfreundlich und will das auch bleiben und wir werden dafür auch alle Anstrengungen unternehmen.

(Beifall bei der CDU)

Die Union setzt auch weiter auf ein Familiengeld, das die Familie spürbar entlastet und vor allem die Kinder aus der Sozialhilfe holt. Wir brauchen einen generellen Wandel in der Einstellung zu Familien und Kindern.

(Beifall bei der CDU)

Die Art, wie wir dieses Thema behandeln, entscheidet doch über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allem Pluralismus, bei aller Liberalität und bei allen individuellen Freiheitsinteressen, wenn wir nicht wieder mehr Wert auf Familie und Kinder legen, berauben wir uns selbst unserer Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Genau deshalb hat die CDU Thüringen eben nicht kurzfristig eine Aktion ins Leben gerufen, sondern im letzten Jahr am 21. August ein "Forum Familie" gestartet, das die ganze Breite der politischen Notwendigkeiten thematisiert: Familiengeld, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Bildung und Erziehung. Wir wollen uns mit Experten, mit denen, die betroffen sind, und denen, die am Thema interessiert sind, in den nächsten Monaten zu diesem Thema nicht nur verständigen, sondern auch einen Schritt vorankommen. Ich bin auch der Fraktion dankbar, dass sie die Große Anfrage zur Familienpolitik eingebracht hat und wir werden auch in den nächsten Wochen und Monaten Foren durchführen, z.B. zum Thema "familienfreundliche Stadt", zur Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht die Rhetorik, die die Familienpolitik in Zukunft ausmacht. Wir müssen auch das, was uns das Grundgesetz aufgibt, entsprechend bei den politischen Prioritäten berücksichtigen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Artikel 6 im Grundgesetz - ich zitiere - "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung." ist eine politische Privilegierung von Ehe und Familie und sie ist gewollt und sie muss auch durchgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Und genau deshalb, Herr Gentzel, bin ich der Landesregierung sehr dankbar, dass sie beim Verfassungsgericht in Karlsruhe Klage eingereicht hat - nicht gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz, sondern zur Frage, ob in Deutschland der Vorrang von Familie und Ehe überhaupt noch für Rotgrün gilt.

(Beifall bei der CDU)

Es reicht nicht zu sagen, wann das Kind abends ins Bett muss, ich muss auch etwas tun für Ehe und Familie, das könnten Sie Ihrem Kanzler einmal ausrichten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nein, das ist der Kanzler

der Beliebigkeit. Er glaubt, indem seine Frau sagt, wann sein Kind abends ins Bett muss, hat er das Thema "Werteerziehung und Familie" abgefrühstückt. Da gehört etwas mehr dazu, Herr Gentzel.

(Beifall bei der CDU)

Aber wer Ehe eben nur als Lebensabschnittszeit betrachtet, der kommt wahrscheinlich auch zu solchen Schlüssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, entscheidend ist, wie wir im Blick auf Familie und Kinder, aber auch wie wir im Blick auf die Jugend in unserem Land uns selbst darstellen und wie wir auch gesehen werden. Thüringen ist nach Norwegen die jugendfreundlichste Region in Europa, das hat ein Wettbewerb unter 36 Regionen ergeben und ich finde, das spricht für Thüringen und muss uns auch stolz machen, dass die Jugend unserer Region hier Thüringen in der Mitte Deutschlands so hoch wertschätzt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Jugendpauschale weiterentwickelt, wir haben die Jugendleitercard eingeführt und von der Landesregierung wird zurzeit eine Freistellungsregelung für Inhaber der Jugendleitercard vorbereitet. Wir haben auch die meisten SAM-Stellen im Bereich der Jugendarbeit unter allen jungen Ländern, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten schon überlegen, ob dies langfristig trägt, denn SAM ist auf Dauer nicht die richtige Struktur, um für die Jugendarbeit auch dauerhaft Sicherheit zu bieten. Deswegen glaube ich, dass es wert ist, über die Struktur und Weiterentwicklung der Jugendpauschale zu diskutieren und ich möchte auch anregen, ein spezielles Jugendprogramm für unser Land zu erstellen und dafür die Diskussion mit den Jugendlichen intensiv zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Bestellung einer Beauftragten für die Gleichstellung von Mann und Frau hat die Landesregierung - so meine ich - ein zeitgerechtes und wichtiges Signal gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Ramelow heute früh getönt hat, dass die Frauen in Thüringen keine Chancen im Berufsleben haben, dann will ich Ihnen die Daten vortragen, die für die Thüringer Landesverwaltung stehen: Beamtinnen 64,7 Prozent, einfacher Dienst 65,8 Prozent, mittlerer Dienst 72,4 Prozent, gehobener Dienst 69,5 Prozent, höherer Dienst 40 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung redet nicht nur über Gleichstellung von Mann und Frau, sondern sie lebt sie auch ganz real.

(Beifall bei der CDU)

Verweisen möchte ich auf die beruflichen Orientierungszentren in Thüringen, die Frauen insbesondere beim Wiedereinstieg in das Berufsleben unterstützen und bei der Anwendung des Gender-Mainstreaming-Prinzips ist die Landesregierung bereits gut vorangekommen.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Wie mir gesagt wurde, wird ein Arbeitsplan erstellt, wie dieses Prinzip auch weiter unterstützt werden kann.

Ein besonderes Problem stellt die häusliche Gewalt dar. Wir haben die Landesregierung gebeten, einen entsprechenden Maßnahmeplan zu erarbeiten, damit werden wir uns in den kommenden Monaten intensiv befassen. Ich denke, bei dem gesamten Thema ist es wichtig, wie wir auch in der Öffentlichkeit diskutieren, mit welchem Ansatz, aber auch mit welcher Ernsthaftigkeit,

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Und in welcher Wortwahl.)

und für die CDU-Fraktion möchte ich gern hinzufügen, auch mit welchen Worten wir die Diskussion führen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat angekündigt, noch in diesem Jahr einen Sozialbericht vorzulegen. Er ist wichtig für die weitere Gestaltung der länderspezifischen Sozialpolitik. Aber auch das will ich sagen, Thüringen hat mit 2 Prozent die wenigsten Sozialhilfeempfänger unter den jungen Ländern. Das ist auch ein positives Beispiel für Thüringer Landespolitik.

(Beifall bei der CDU)

Das täuscht nicht darüber hinweg, dass wir der Ansicht sind, dass dringend eine Reform des Sozialhilferechts auf den Weg gebracht werden muss, ich verweise auf das 3-Säulen-Modell der Union, mit dem Anreize für Arbeitsaufnahme für Bezieher von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gegeben werden. Dieses muss dringend umgesetzt werden, denn wir wollen die Menschen nicht in der Sozialhilfe verweilen lassen, sondern zur Arbeit führen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Integration behinderter Menschen in das Arbeitsleben hat die Landesregierung mit Beginn des letzten Jahres ein Sonderprogramm in Höhe von 6 Mio. € aufgelegt und darüber hinaus wird die Bildung von sieben Integrationsfachdiensten unterstützt. Dies sind nach meiner Auffassung sehr konkrete Hilfsmaßnahmen. Die Situation der Behinderten, insbesondere der geistig Behinderten, hat sich in

diesem Land in den letzten 12 Jahren dramatisch zum Positiven verändert, weil die DDR katastrophal mit diesen Menschen umgegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Deutschland international wirklich vorbildhaft ist, dann ist es in der Frage, wie sie mit den Behinderten in diesem Land umgeht, wie sie dafür sorgt, dass die Behinderten in der Mitte der Gesellschaft stehen und wie sie dafür sorgt, dass ihnen auch die notwendige Hilfe zuteil wird. Hierbei wird die Wirkung des Sozialstaats wirklich deutlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort zur Krankenhausplanung: Wir haben in Thüringen einen Kompromiss gefunden, mit dem zwar weitere 800 Betten in den kommenden Jahren abgebaut werden müssen, aber entscheidend ist doch die Qualität der stationären Versorgung und die ist und bleibt in Zukunft gesichert und wird noch weiter verbessert.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin froh, dass im Bereich der Psychiatrie die Landesregierung den lang diskutierten Trägerwechsel in die Tat umgesetzt hat, damit drängende Modernisierungs- und Kapazitätsprobleme auch gelöst werden. Auf dieser Grundlage einen neuen Landespsychiatrieplan aufzustellen, ist sicherlich sehr sinnvoll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Frage der Gesundheitspolitik wären wir wieder in Berlin, denn trotz aller Versprechungen wird die Gesundheitsreform in dieser Legislaturperiode eben nicht in Angriff genommen, das heißt weiter eine Belastung des Faktors Arbeit, das heißt weiter eine Belastung der Konsumkraft der einzelnen Menschen, das heißt drittens eine Belastung der Kostenträger, der Leistungserbringer und der Leistungsempfänger. Dieses Aussitzen einer so wesentlichen Reform geht sehr zu Lasten der Gesundheitspolitik in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein ganz wichtiges Thema - nicht nur für Thüringen, sondern für Deutschland - ist die Frage, wie wir im Blick auf das Leben, auf den Schutz des Lebens und auch auf die medizinischen Wirkungen für Lebensverlängerung, Lebensbegleitung und Lebensunterstützung handeln. Die Frage der Stammzellenforschung hat in den letzten Monaten in Deutschland, aber auch international zu heftiger Diskussion geführt. Die Möglichkeiten und Chancen der Wissenschaft und der Medizin, für das Leben zu wirken, nehmen zu und das müssen wir dankbar zur Kenntnis nehmen. Der Deutsche Bundestag hat einen Beschluss zum beschränkten Import embryonaler Stammzellen gefasst und Sie wissen, die Union war in dieser Frage gespalten, dies deshalb, weil wir uns besonders verpflichtet fühlen, auf der

Grundlage des christlichen Menschenbilds die Frage der Würde des menschlichen Lebens sehr umfassend zu diskutieren und nach Antworten zu suchen. Deshalb bin ich dankbar, dass wir seit April 2000 auf unsere Initiative hin hier eine Enquetekommission eingerichtet haben, die das Thema "Wahrung der Würde des menschlichen Lebens in Grenzsituationen" sehr umfassend diskutiert. Die Kommission hat sich mit dem Schutz des ungeborenen Lebens, der Unterstützung bei schwerer Behinderung, dem Umgang mit schwerer Krankheit sowie der Begleitung Sterbender vier zentrale Aufgabenbereiche gestellt. Die Debatte, die wir dort führen, ist schwierig, aber notwendig und wir wollen am Ende ein Ergebnis erzielen, mit dem wir unserem Grundsatz, dass die Würde des menschlichen Lebens vom Anfang bis zum Ende des Lebens, das heißt von der Verschmelzung von Ei und Samenzelle bis zum Tod, uneingeschränkt gewahrt wird, auch treu bleiben können.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder, der an diesem Grundsatz deutelt oder sagt, dort oder dort kann man eingreifen, der muss wissen, dass dies Wucherungen gegen das Leben mit sich bringen kann. Deshalb danke ich der Enquetekommission, ich danke aber auch den Experten, die diese Diskussion ganz intensiv begleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Olympischen Winterspiele in Salt Lake City haben gezeigt, Thüringen ist nahezu unschlagbar und maßgeblich für Deutschlands Erfolg. Thüringen ist auf Platz 4 und es macht uns auch stolz auf unsere Thüringer Sportlerinnen und Sportler.

(Beifall bei der CDU)

Auch das Thüringenhaus in Salt Lake City war ein Trumpf für unser Land und ich möchte all denen danken, die zu dem Erfolg der Thüringer Sportlerinnen und Sportler, aber auch zu dem Werbeerfolg international beigetragen haben. Das sind die Trainer, das sind die Familien, das sind die Sportgymnasien, jetzt vor allen Dingen das Wintersportgymnasium in Oberhof, aber ich möchte gern auch die zwei anderen Sportgymnasien mit nennen, das ist die Bundeswehr,

(Beifall bei der CDU)

da ist aber auch die Politik.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: An dieser Stelle kann man danken.)

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Leistungsbereitschaft vorhanden ist, dass wir aber immer wieder darauf schauen müssen, wie wir die Grundlagen richtig legen und wie wir die uns gegebenen Chancen auch umfassend nutzen. Das tut Thüringen ganz besonders auch im Blick auf die Sportförderung. Thüringen stellt allein in diesem Jahr 22,5 Mio. € für die Sportstättenförderung

zur Verfügung und über die Stiftung "Thüringer Sporthilfe" wurden allein von 1994 bis zum Jahr 2001 1.400 Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportler gefördert - ein großes Lob an die Sportförderung im Freistaat Thüringen.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Wir sind das erste Land, meine sehr verehrten Damen und Herren, das eine Anti-Doping-Kommission eingerichtet hat. Dass wir auch national und international anerkannt sind als Sportstandort, besonders als Wintersportstandort, wird dadurch deutlich, wir dürfen im Jahr 2004 Gastgeber der Biathlon-Weltmeisterschaft sein. Ich glaube, eine hohe Ehre für Thüringen, die wir dankbar annehmen.

(Beifall bei der CDU)

Dass Thüringen zum Sport und zu seinen Sportlern steht, können wir sinnbildlich an unserem Finanzminister sehen.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Hurra!)

(Beifall bei der CDU)

Herr Gentzel, vielleicht lassen Sie sich einmal rot färben, das passt.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Blau-weiß.)

(Heiterkeit bei der CDU)

Oder blau-weiß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Ganz unstrittig, die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag möchte, dass das bürgerschaftliche Engagement im Land wertgeschätzt, unterstützt und gesteigert wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage, das beinhaltet mehr, viel mehr als die Diskussion um Quoren oder welche Funktion die direkt demokratischen Elemente haben. Das bürgerschaftliche Engagement ist erheblich breiter.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Zehntausende sind in Thüringen ehrenamtlich tätig und leisten so den wesentlichsten Beitrag für die Demokratie und auch das solidarische Miteinander, ob in Vereinen, Verbänden, ob in der Familie, im Freundeskreis oder auch in der Kommunalpolitik. Sie sind oftmals nicht organisiert, sie sind auch oft nicht hörbar durch Interessengruppen, für sie müssen wir uns aber einsetzen in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Genau deshalb hat die CDU-Fraktion im letzten Jahr auch Ehrenamtliche stellvertretend für die vielen geehrt. Wir werden diese Ehrung auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Landesregierung dankbar, dass sie die Stiftung "Ehrenamt" auf den Weg gebracht hat, weil damit eine Weiche gestellt worden ist, die ehrenamtliche Tätigkeit auf solider Grundlage in Zukunft noch besser zu unterstützen. Wir hoffen sehr, dass die Stiftung schon bald ihre Arbeit aufnehmen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch das Thema "Teilhabe an Politik" ist wichtig, zuallererst aber: Wie finde ich Zugang zur Politik? Ich bin deshalb froh, dass wir neben dem Petitionsausschuss inzwischen auch die sehr erfolgreiche Arbeit des Bürgerbeauftragten haben und dass ihn die Menschen annehmen. Ich möchte Herrn Dr. Wilsdorf für diese Arbeit, die er leistet für Thüringen, herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch unsere Arbeit im Blick auf die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements "Teilhabe an Politik" ist entscheidend. Unsere Fraktion hat im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte die Öffnung von Ausschuss-Sitzungen beantragt. Ich denke, auch dadurch wird die Transparenz und die Teilhabe verstärkt. Wir werden hier im Parlament in den nächsten Wochen auch das Thema "Stärkung der direkten demokratischen Elemente" ernsthaft diskutieren. Die von der Landesregierung auf unsere Initiative hin vorgelegten Gesetzentwürfe liegen nun im Ausschuss zur Beratung vor.

Ich sage Ihnen noch einmal, unsere Bereitschaft besteht, mit der SPD-Fraktion zu einem Konsens zu kommen, der mit unserer Verfassungsordnung im Einklang steht. Ich sage aber auch, dass wir dabei die Aussagen des Verfassungsgerichts entsprechend berücksichtigen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat es erläutert, Thüringen nimmt seine Verantwortung auch im Bund und in Europa wahr. Von den zahlreichen Thüringer Bundesratsinitiativen möchte ich eine ganz besonders hervorheben, die Verlängerung der Antragsfristen für die strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung von SED-Opfern um zwei Jahre bis zum 1. Januar 2004.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen, Wiedergutmachung kann es im eigentlichen Sinn nicht geben. Deshalb ist es umso wichtiger, den Opfern des SED-Regimes so weit wie möglich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Bundesregierung hatte sich der von uns geforderten Ausweitung auf die verwal-

tungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung verweigert, was unter moralischen Gesichtspunkten zutiefst fragwürdig ist. Umso mehr danke ich der Landesregierung für ihre Initiative.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Europa ist ein Thema für uns hier in Thüringen und für die politische Debatte im Thüringer Landtag. Die EU-Erweiterung ist natürlich gerade auch im Blick auf die Ost- und Südosterweiterung für uns eine besondere Chance. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage gibt dazu einen konkreten Überblick. Wichtig ist, dass die Erweiterung mit aller Entschiedenheit vorangebracht wird, und wichtig ist, dass die grenznahen Regionen der Mitgliedstaaten Unterstützung zur Bewältigung der damit verbundenen spezifischen Übergangsprobleme erhalten. Die Landesregierung war maßgeblich an der Ausarbeitung der europäischen Grundrechtecharta beteiligt. Wir unterstützen jetzt auch die Bemühungen um einen europäischen Verfassungsvertrag. Dies deshalb, weil wir den Föderalismus erhalten und gestärkt sehen wollen und weil wir der Subsidiarität folgend die kommunalen und landesspezifischen Aufgaben auch in kommunaler und landesrechtlicher Regelung zukünftig erhalten wissen wollen. Genau deshalb ist ein Verfassungsvertrag so wesentlich, weil er die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleisten muss. Der Landtag wird sich zukünftig also noch aktiver in die Europapolitik einbringen. Bisher war das nur bei der Versammlung der Regionen Europas möglich; künftig wird dies auch im Ausschuss der Regionen der Fall sein. Thüringen hat jetzt zwei Sitze, einen der Landesregierung und einen aus dem Parlament. Herr Kollege Schröter vertritt uns dort und wird die Interessen des Thüringer Landtags entsprechend vertreten.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Da sind wir sicher.)

(Beifall bei der CDU)

Thüringen lebt Europa, die Regionalpartnerschaften machen dies sehr deutlich. Wir müssen aber noch stärker dafür Sorge tragen, dass Europa und die Perspektiven bekannt und verstanden werden. Wir haben die Landesregierung deshalb aufgefordert, in diesem Jahr ein Konzept zur Weiterentwicklung der europäischen Öffentlichkeitsarbeit vorzustellen, denn wir sind sicher, Europa ist unsere Zukunft, aber wir müssen bei der Debatte in der Öffentlichkeit darauf achten, dass sie nicht nur beschränkt bleibt auf Strukturfonds und Fördergelder, sondern dass sie die eigentlich geistige Debatte im Land verstärkt betreibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen ist auf einem guten Weg. Thüringen hat ein großes Potenzial und nutzt das Potenzial und es lohnt sich für Thüringen zu arbeiten und wir tun dies sehr gern.

(Beifall bei der CDU)

Genau deshalb wollen wir dieses Aufbauwerk auch nicht wieder in die Hände derjenigen geben, die als Partei für den menschenverachtenden SED-Staat verantwortlich waren.

(Beifall bei der CDU)

Die Konzepte der PDS tragen nicht. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wird dies augenscheinlich erfahrbar. Demokratie, Freiheit und Sicherheit vertragen keinen Sozialismus, auch nicht im neuen Gewand und mit gewendeten Personen.

(Beifall bei der CDU)

Ministerpräsident Höppner hat sich am Wochenende gerühmt, dass es eine derart gebündelte Stimme Ost wie auf dem Ost-Parteitag in Magdeburg in der SPD noch nicht gegeben habe. Das ist ein Armutszeugnis für die SPD und bestätigt, dass die Stimme des Ostens in der SPD bislang kaum zur Geltung gekommen ist. Im Wahlkampf versucht sie nun den Eindruck zu erwecken, es gebe diese Stimme. Zu spät, kann ich da nur sagen. Sie hätten handeln müssen.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt dabei, die Union ist die Partei der Einheit und wird dies auch bleiben. Für uns ist der Aufbau Ost kein Ostproblem, sondern eine gesamtdeutsche Aufgabe. Das war und bleibt immer Unionsposition.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen, es muss gehandelt werden. Wir tun auf Landesebene alles, damit die Fehler der rotgrünen Regierung wenigstens nach besten Möglichkeiten kompensiert werden können. Aber ausgleichen können wir diese Fehler beim besten Willen nicht. Deshalb brauchen wir auch für Thüringen dringend einen Wechsel in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in Thüringen - als starke Mitte Deutschlands - ein ganz klares Ziel. Wir wollen dahin kommen, wo wir ohne Mauer, Stacheldraht und SED-Staat wären. Der Rückblick zeigt, wir kommen gut voran, Schritt für Schritt. Die Thüringerinnen und Thüringer sind stolz auf ihr Land. Ich finde es eine besondere Wertschätzung, dass dieses Land in der Mitte Deutschlands von den Menschen, die hier leben, von weit über 90 Prozent angenommen und geliebt wird. Es ist das Engagement der letzten 12 Jahre, das in ganz Thüringen immer zu spüren war und das uns auch für die Gestaltung der Zukunftsaufgaben ermutigt. Für uns als CDU-Fraktion bleibt auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode der Dienst am Land eine dankbare Aufgabe. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr zu Tagesordnungspunkt 1 vor.

(Beifall bei der PDS, SPD)

So schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**

Familienpolitische Maßnahmen - Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2253 -

Wenn Sie den Raum verlassen, dann steht Ihnen das natürlich frei, aber ich bitte Sie das möglichst leise zu tun. Wir wollen hier mit der Sitzung fortfahren. Das gilt auch für Sie, Frau Vopel.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Wer so viele dumme Sprüche macht, der ..)

Dumme Sprüche, die machen wahrscheinlich alle einmal. Ich bitte Frau Abgeordnete Bechthum den Antrag zu begründen.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich beginnen mit dem Satz: "Der Stellenwert der Familie ist noch nie so hoch bewertet worden wie zurzeit."

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Fangen Sie nicht auch noch an.)

Aber nachdem ich hier sehe, wie fluchtartig - wenn es um diese Problematik geht - man diesen Raum verlässt - ich musste mir das auch antun und mir diese Reden anhören. Wenn ich heute hier oben gesessen hätte und gerade die letzte Rede gehört hätte, hätte ich mir gesagt, nein, mit Politik will ich mal nichts zu tun haben. Das muss ich ehrlich sagen. Gehen Sie ruhig auch noch.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Unruhe im Hause)

Familienforen wurden gegründet, sie werden gegründet, alle schreiben in Ihre Programme, wie wichtig Ihnen Familienpolitik ist.

Vizepräsidentin Ellenberger:

(Beifall bei der PDS, SPD)

Frau Abgeordnete Bechthum, bitte einen Moment. Herr Abgeordneter Böck, wenn Sie den Raum verlassen, dann machen auch Sie das bitte ruhig.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Das hat die Abgeordnete nun geschafft.)

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Ho, ho, ho, dass er geht.

(Heiterkeit im Hause)

Herr Althaus, ich möchte Ihnen sagen, das Familienforum der SPD auf Bundesebene besteht schon viele Jahre. Dass wir es hier auch gegründet haben, ist eine formale Sache. Mir ist heute auch bewusst geworden, wie richtig es ist, dass wir den Inhalt unseres Antrags heute hier beraten. Sie werden ja zum Teil gezwungen, dazu auch Stellung zu nehmen, wenn es Ihnen auch sicherlich nicht passt. Es ist wirklich ganz, ganz wichtig, denke ich. Denn der Stellenwert, der hier auch in der Regierungserklärung der Frauen- und Familienpolitik zugewiesen wurde, der war mehr als bescheiden. Ich muss Ihnen sagen, die Menschen hätten ja überhaupt nicht erfahren - weder die Presse noch Sie - was es für Rahmenbedingungen gibt, die von der SPD-Grünen-Regierung in den letzten dreieinhalb Jahren geschaffen worden sind, um Familienpolitik auch umzusetzen. Deshalb ist es gut, dass wir uns damit befassen.

Im Juni 1999 hat die Bundesregierung das Programm "Frau und Beruf - Aufbruch in der Gleichstellungspolitik" vorgelegt. Ziel dieses Arbeitsprogramms ist es, die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und in der Familie mit Nachdruck durchzusetzen. Das Programm beinhaltet unter anderem die Forderung nach Arbeitsplatzchancen für Frauen und Männer, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen zu erweitern, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit zu fördern, Männer stärker in die Familienarbeit einzubeziehen, den Anteil von Frauen in Forschung und Lehre zu erhöhen, und wie im EG-Vertrag festgelegt, soll als Querschnittsaufgabe Gender-Mainstreaming gefordert und überall durchgesetzt werden. Ich hätte mir gewünscht, der Herr Ministerpräsident hätte heute auch einmal gesagt: Gender-Mainstreaming wird bei uns auch gefördert. Die erforderlichen gesetzlichen Regelungen dafür sind auf Bundesebene geschaffen worden. Das zweite Gesetz zur Familienförderung wurde im Juli 2001 durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat verabschiedet und ist am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Es beinhaltet neben anderem die Anhebung des Kindergelds, die Möglichkeit, erwerbsbedingte Betreuungskosten steuerlich geltend zu machen. Mit diesem Gesetz verdeutlicht die Bundesregierung einmal mehr, wie wichtig ihr eine kindbezogene steuerliche Förderung der Familien ist.

Aber nicht nur das. Mit dem Elternzeitgesetz und dem Teilzeitgesetz - das ist ja der CDU ein Dorn im Auge - sind Rahmenbedingungen für Frauen und Männer geschaffen worden, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Die Telearbeit wurde aufgenommen, weil auch sie dazu beitragen kann, den oft komplizierten Bedingungen in den Familien Rechnung zu tragen und den Frauen Erwerbsarbeit zu erleichtern. Ich könnte noch mehr aufzählen.

Das Anliegen der SPD-Fraktion ist aber Folgendes: Wie werden diese gesetzlich geschaffenen Rahmenbedingungen in Thüringen genutzt? Wie sieht die Realität aus? Unterschiedliche Studien, wie auch die im Antrag benannten Projekte, z.B. das Forschungsprojekt "Allein Erziehende - Risiken und Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Veränderungen von Lebenslagen und Lebensformen" und auch der 11. Kinder- und Jugendbericht, kommen zu den gleichen Schlussfolgerungen. Eine familienpolitische Offensive zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf allen Ebenen muss eröffnet werden. Wie dringend Handlungsbedarf für Thüringen besteht, haben die Aussagen der unterschiedlichsten Politikerinnen und Politiker zum 8. März 2002 dick unterstrichen, an der Spitze die Landtagspräsidentin. Ich zitiere, Frau Präsidentin: "Damit sich wirklich etwas ändert, brauchen wir ein Stück Rebellion gegen die Verhältnisse." Wer ihre wirklich revolutionäre Rede in der Staatskanzlei gehört hat, ich glaube, das war das Beste, was ich bisher an CDU-Reden zur Frauen- und Familienpolitik gehört habe.

(Zwischenruf Abg. Grüner, CDU: Na, na, na.)

Und mit unserem Antrag verfolgen wir das Ziel, die Landesregierung dazu aufzufordern, Bestehendes zu erfassen - und da gibt es sehr viel -, zu bündeln, aktiv zu werden, wo noch Bedarf besteht, und es auch öffentlich zu machen. Danke erst einmal.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich eröffne die Aussprache und bitte Frau Abgeordnete Arenhövel an das Rednerpult. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die vorangegangene Debatte hat gezeigt: Thüringen ist ein familienfreundliches und kinderfreundliches Land. Die CDU, die hier seit 12 Jahren regiert, hat hier wichtige Voraussetzungen geschaffen und sehr viel geleistet. Aber es ist auch deutlich geworden, meine Damen und Herren, wir ruhen uns auf diesen Dingen nicht aus, sondern wir bearbeiten dieses Thema, und zwar kontinuierlich.

lich in unserem "Forum Familie", und wir fangen hier in Thüringen nicht erst kurz vor einem Bundestagswahlkampf an, das Thema "Familie" in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken, meine Damen und Herren. Frau Bechthum, wenn Sie schon die Politik der Bundesregierung hier so loben, dann müssten Sie aber eigentlich auch noch einmal ein paar andere Wahrheiten dazu sagen. Die Familienpolitik von Schröder, Eichel und Rotgrün hat uns Frauen und unseren Familien wirklich sehr viel zugemutet und die Konsequenzen sind heute noch gar nicht einmal im ganzen Umfang deutlich.

Ich will Ihnen das an ein paar Punkten mit Zahlen und Fakten auch benennen. Die Ökosteuer kostet bereits heute eine Durchschnittsfamilie im Monat 19,20 €, also fast 20 €, und es geht weiter im nächsten Jahr. Ganz abgesehen davon, dass durch die Ökosteuer auch zahlreiche Kommunalabgaben höher geworden sind, Freizeiteinrichtungen, Kindergartengebühren usw. Aber das nehmen Sie offenbar nicht zur Kenntnis, dass das vor allen Dingen Familien mit Kindern belastet. Die Kindergelderhöhung, die Sie erst auf Druck des Bundesverfassungsgerichts durchgeführt haben ...

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Sie haben es doch vorher auch nicht gemacht.)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Was haben Sie denn vorher gemacht?)

Jede Menge.

(Unruhe bei der PDS)

Schauen Sie sich mal Ihre Politik an.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Ganz konkret: wann?)

Kindergeld haben wir erhöht, als die Sozialdemokraten abgelöst worden waren, 1982 lag das Kindergeld bei 50 DM und als Helmut Kohl abgelöst worden ist bei über 200. Das dürfen Sie nämlich auch nicht vergessen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte, meine Damen und Herren, lassen Sie die Abgeordnete in Ruhe reden.

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Abgesehen davon haben Sie vergessen zu erwähnen, dass die Kindergelderhöhung nur für das erste und zweite Kind gilt und nicht für die weiteren Kinder. Damit werden kinderreiche Familien nämlich benachteiligt und weniger unterstützt, als sie es verdient hatten. Viele erreicht die Kindergelderhöhung auch gar nicht, weil sie nach wie vor auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Wer hat denn das eingeführt? Die CDU war da gar nicht beteiligt.)

Frau Thierbach, nun lassen Sie mich doch mal meine Ausführungen zu Ende machen, ehe Sie sich erregen, denn mich erregt die Familienpolitik der rotgrünen Bundesregierung schon sehr. Und zwar darf man Kindergeld auch nicht abgelöst betrachten von der Steuerreform. Die Steuerreform, die Sie bis 2005 vorgesehen haben, benachteiligt nämlich Familien mit Kindern ganz enorm. Das zeigen schon die Steuereingangssätze, die sind für Familien mit Kindern nämlich niedriger als für Singles oder für kinderlose Ehepaare. Hier fangen die Dinge nämlich an und sie setzen sich fort, denn Sie haben die Ausbildungsfreibeträge für über 18-Jährige total zusammengestrichen. Davon ist so gut wie nichts mehr übrig. Wenn eine Familie zwei Kinder in der Familie hat, die über 18 Jahre alt sind, die eine Ausbildung machen müssen, dann kostet das eine Familie um die 2.500 € im Jahr. Das kann ich nun wahrhaftig nicht mehr familienfreundlich nennen. Ganz abgesehen davon, dass sie den Haushaltsfreibetrag für allein Erziehende auch gestrichen haben. Das, meine Damen und Herren, ist Politik, die sich gegen Familien richtet. Ganz abgesehen davon, dass Krankenkassenbeiträge, Rentenbeiträge, alles entweder gestiegen ist oder zumindest nicht gesunken, obwohl sie die Ökosteuer eingeführt haben.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Das haben Sie aber gestern nicht so hören wollen.)

Frau Nitzpon, ich habe dazu jetzt meine Meinung hier vorgetragen, denke ich mal.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte, Frau Abgeordnete Nitzpon, Sie kommen auch noch dran. Lassen Sie die Abgeordnete ausreden.

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Wir haben Ihren Antrag wegen der allein Erziehenden auch aus anderen Gründen abgelehnt und das ist - denke ich mal - hier auch deutlich gesagt worden, meine Damen und Herren.

Es gibt aber noch zwei andere Punkte, die mir ganz ernsthafte Sorgen bereiten. Das ist einmal die Tatsache, dass durch die Steuerreform die Kommunen an den Rand des Ruins gedrängt werden. Ich mache mir große Sorgen darüber - und ich habe das im Ausschuss und woanders schon ganz deutlich gesagt -, wie wir mit der Sanierung von Kindergärten und Schulen weiter verfahren wollen; wie wir das denn schaffen wollen, unser gutes Kinderbetreuungsgesetz auch weiter zu bezahlen. Das können wir nämlich nur noch unter großen Anstrengungen machen. Deswegen muss auch hierauf ein Augenmerk gelegt werden. Eines wird auch den Familien verschärft Sorgen

machen, das ist heute in dieser Debatte noch nicht erwähnt worden, das ist die offensiv geplante Aushöhlung des Jugendschutzes durch Rotgrün. Das Alter, ab dem Alkohol getrunken werden kann, soll auf 14 Jahre abgesenkt werden. Die 14-Jährigen sollen das Recht haben, schon bis 1.00 Uhr nachts ganz allein in die Disko zu gehen. Nun kann man sicher über alles reden; nur, meine Damen und Herren, dazu muss erst einmal die Diskussion gesucht werden. Dazu muss man einmal mit den Familien sprechen, denn die Kinder sind in diesem Alter nicht ganz einfach. 14-Jährige, da hat man es in der Familie nicht absolut leicht, das wissen Sie auch alle, dass das ein schwieriges Alter ist und dass man nicht einfach hergehen kann und den Jugendschutz aushöhlen will, ohne die Familien zu befragen, meine Damen und Herren. Wenn wir so weitermachen, dann sind wir nämlich das Schlusslicht in der Euroliga, nicht nur im Wirtschaftswachstum, sondern auch in der Familienpolitik. Das, was Sie hier in Ihrem Antrag aufgeschrieben haben, das sind alles Dinge, die wir entweder schon lange tun, wo wir seit der 1. Legislaturperiode hier mit Initiativen zugange sind - wie Teilzeitorientierung, wie Telearbeitsplätze, alles im Gleichstellungsausschuss beraten und besprochen -, viele Dinge, die im Gleichstellungsgesetz stehen, was Sie offenbar nicht gelesen haben, und auch diese Dinge familienfreundlicher Betrieb, alles Sachen, die keineswegs neu sind. Sie lassen sich mit diesem Antrag aber absolut nichts einfallen. Sie bieten uns alte Hüte an, die Sie noch nicht einmal mit Blumen verzieren; nein, sie sind verstaubt und deswegen lehnen wir Ihren Antrag, so wie Sie ihn hier gestellt haben, ab. Mit dem 11. Kinder- und Jugendbericht werden wir uns natürlich beschäftigen wollen und wissen Sie, meine Damen und Herren, dass Sie von der Landesregierung einen schriftlichen Bericht bis zum 31. August haben wollen - ein Schelm, der Böses dabei denkt. Ich meine, am 22. September ist Bundestagswahl.

Wissen Sie, die Familienpolitik ist eine wirklich ernsthafte Sache. Das ist eine Sache, die es verdient gründlich und umfassend beraten zu werden. Ich freue mich schon darüber, dass sich alle politischen Parteien mit dem Thema beschäftigen, denn es ist nämlich kein Gedöns, wie es der Herr Bundeskanzler zu sagen pflegt, sondern Familienpolitik ist eine harte politische Aufgabe, mit der wir unsere Zukunft sichern müssen. Deswegen verdient es Familienpolitik ernsthaft und umfassend diskutiert zu werden. Wir dürfen sie nicht missbrauchen für ein Wahlkampfgetöse, so wie das hier von der SPD vorgeschlagen worden ist.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Sagen Sie das mal Herrn Stoiber!)

Wir lassen uns nicht dazu missbrauchen, dass Sie die Fehler, die Sie auf Bundesebene machen, uns hier in Thüringen in den Wahlkampf hineinschieben wollen; das lassen wir nicht zu, meine Damen und Herren. Wir haben hier unsere eigenen Vorstellungen. Die CDU hat sich diesem Thema in der Vergangenheit angenommen und wir werden uns auch in Zukunft diesem Thema widmen. Wir werden

dagegen sein, wenn solche Maßnahmen ergriffen werden, wie sie vom Bund entweder schon umgesetzt oder in der Planung sind. Damit sind wir nicht einverstanden und das wollen wir hier mit unserer Ablehnung auch ganz deutlich und ganz klar zeigen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Nitzpon, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit zwei Zitaten aus dem Zukunftsprogramm für Thüringen der CDU beginnen. "Auch wenn wir mit großem Abstand die niedrigste Arbeitslosenquote der neuen Länder haben, finden wir uns mit der Arbeitslosigkeit nicht ab. Arbeit bedeutet mehr als Erwerbschancen, Arbeit bedeutet Selbstwertgefühl, Sinnerfüllung und Lebensperspektive. Wenn arbeitswillige Menschen keine Arbeitsgelegenheit finden, dann ist dies eine große soziale Ungerechtigkeit." Das zweite Zitat: "Eine deutlich bessere Familienförderung, bezahlbare Betreuungskosten und mehr Rücksichtnahme auf Familienbelange in der Arbeitswelt sind entscheidende Voraussetzungen für eine familienfreundlichere Gesellschaft." Meine Damen und Herren, diesen beiden Zitaten ist natürlich nichts hinzuzufügen. Es ist aber nachzufragen, wie es damit in Thüringen aussieht. Wie sieht es denn nun auf dem Arbeitsmarkt aus? Wie sehen die Einkommen der Thüringer Familien aus, von der Einelternfamilie bis hin zu der Familie mit mehreren Kindern?

(Beifall bei der PDS)

Der Antrag der SPD zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in seinen einzelnen Punkten durchaus richtig und wird natürlich von uns unterstützt. Ich verstehe nicht, Frau Arenhövel, dass Sie sich hierher stellen und sagen, wir machen das schon, aber dann sagen Sie, wir stimmen diesem Antrag nicht zu. Wenn es gemacht wird, dann ist es doch richtig. Dann können Sie doch auch zustimmen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Fraktion meint aber auch, dieser Antrag greift noch zu kurz. Er bezieht sich auf die vorhandenen Arbeitsplätze, auf die gegenwärtig Erwerbstätigen, auf die, die derzeit einen Vollzeitjob haben. Völlig ausgeblendet werden die zurzeit 200.000 arbeitslosen Männer und Frauen in Thüringen. Unter ihnen befinden sich nicht wenige Langzeitarbeitslose und sogar solche, die seit zehn Jahren arbeitslos sind. Meine Damen und Herren, das ist bittere Realität. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass die Zahl der Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld zurückgegan-

gen ist, während die Zahl der Leistungsempfänger von Arbeitslosenhilfe seit längerem im Anstieg begriffen ist. Die Erwerbstätigkeit generell ist in Thüringen seit 1990 von 1,6 Millionen Erwerbstätigen auf 1 Million zurückgegangen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Dezember 2001 auf unter 790.000 gesunken. Massenarbeitslosigkeit ist immer noch eins der gravierendsten gesellschaftlichen Probleme und daran, dass Frauen im großen Maße davon betroffen sind, hat sich gleichfalls nichts geändert. Dennoch bekennen sich ostdeutsche Frauen und die Frauen in Thüringen zu der Auffassung, dass Erwerbsarbeit eine wesentliche Voraussetzung für die reale Gleichberechtigung in der Gesellschaft ist.

(Beifall bei der PDS)

Es reicht eben nicht aus, nur am 8. März oder in Regierungserklärungen oder in Antworten, Herr Althaus, zu Regierungserklärungen Stimmen laut werden zu lassen und Zahlen aus den Behörden der Landesregierung vorzutragen, aber ansonsten nichts für eine familienfreundliche Politik zu ändern.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, Frauen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, bringen durch Meldung beim Arbeitsamt immer aufs Neue ihren Erwerbswillen zum Ausdruck. Dabei geht es ihnen nicht nur um die finanziellen Leistungen des Arbeitsamts, sondern gleichermaßen um einen Arbeitsplatz. Viele Frauen mussten die Erfahrung machen, mehrfach arbeitslos zu werden; ebenso natürlich wie viele Männer. Dennoch haben die meisten Frauen nicht resigniert. Zugleich sehen viele arbeitslose Frauen für sich kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das ist nämlich ein relevanter Bestandteil ihrer Zukunftsaussicht - leider. Der Wunsch nach einer existenzsichernden Arbeit ist auch zugleich eine Absage an ein Hausfrauendasein als mögliche Alternative zur Erwerbslosigkeit.

(Beifall bei der PDS)

Es ist auch eine Absage an ein konservatives Frauenbild, in dem die Frau höchstens als dazuverdienende Hausfrau einen Platz hat, ein Bild, bei dem ihr das Recht auf eine gleiche Stellung im Erwerbsleben wie dem Mann aber abgesprochen wird.

(Beifall bei der PDS)

Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist eine entscheidende Voraussetzung für soziale Sicherheit und unter sozialer Sicherheit wird insbesondere verstanden, dass jeder Mensch über die materiellen und finanziellen Mittel verfügt, die ihm eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen, natürlich bei individueller Schwerpunktsetzung, ermöglichen und eine soziale Ausgrenzung verhindern. Teilzeitregelung, meine Damen und

Herren, ist natürlich ein gutes Element Familie zu leben. Es soll angeboten werden für diejenigen, die es möchten. Aber es ist auch in Thüringen der Wunsch relativ stark ausgeprägt, von der Teilzeit in eine Vollzeitbeschäftigung zu wechseln und in Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern wird das ganz besonders deutlich.

(Beifall bei der PDS)

Verunsicherung ist bei denen geblieben, die einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Wirtschaftliche Instabilität von Unternehmen, Arbeitskräfteabbau, Rationalisierungseffekte und eine immer noch nicht beendete Umstrukturierung im öffentlichen Dienst sind dafür nur einige Gründe. Selbst bei einem niedrigen Krankenstand darf nicht übersehen werden, dass viele Erwerbstätige den Gang zum Arzt bzw. eine längere Arbeitsunfähigkeit scheuen, ganz einfach aus Angst entlassen zu werden. Massenarbeitslosigkeit als mögliche existenzielle Bedrohung wirkt sich auf das Verhalten und die Befindlichkeiten der Beschäftigten durchaus aus. Untertarifliche Entlohnung und die unbezahlten Überstunden werden aus Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ganz einfach hingenommen. Die von der Bundesregierung vorgesehene Einführung des Kombilohns macht Niedriglohnkonzepte hoffähig. Niedrig bezahlte Arbeiten werden vor allem Frauen ausführen. Ich möchte eine Bemerkung wiederholen, die mein Kollege Werner Buse am Dienstag am runden Tisch der sozialen Verantwortung gemacht hat: "Niedriglohn bekommt ein weibliches Gesicht."

Wie verhalten sich, das darf zu Ihrem Antrag der SPD hier auch nicht vergessen werden, mitunter Arbeitgeber gegenüber arbeitswilligen Menschen, noch dazu wenn sie eine Familie mit mehreren Kindern haben? Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen: Ein Familienvater mit neun Kindern bewarb sich in einem Unternehmen, im Übrigen in einem kommunalen, und hatte aufgrund seiner Ausbildung ganz gute Chancen, in diesem Unternehmen beschäftigt zu werden. Da aber dieses Unternehmen im Tarifvertrag pro Jahr Extrazahlungen für Kinder vorgesehen hat, erhielt er aus Kostengründen eine Absage. Dies wurde ihm im Gespräch auch noch so mitgeteilt: Sie haben zu viele Kinder, sonst würden wir Sie einstellen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Na klar.)

Sie sagen auch noch: "Na klar", also, ich finde das nicht witzig, das ist ja unverschämte, Herr Sklenar.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Ich habe doch gar nicht mit Ihnen gesprochen.)

(Beifall bei der PDS, SPD)

Herr Pietzsch, dass Sie noch lachen, wo Sie für Familienpolitik in der Regierung zuständig sind, das finde ich ja unverschämt.

Ich möchte Ihnen noch ein anderes Beispiel nennen: Allein erziehenden Frauen fällt es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt. Sobald sie ein kleines Kind haben, das natürlich auch krank werden kann und dann besondere Fürsorge braucht, dann werden sie oft abgelehnt und nicht mehr für den Job eingestellt. So ist es einer Bewerberin geschehen, die sich beworben hat in einer der größten Thüringer Kliniken. Ich möchte nicht missverstanden werden; ganz so deutlich, wie das z.B. dieser Frau dargelegt wurde, bringen es Arbeitgeber nicht immer zum Ausdruck. Es geschieht oft verdeckt, aber es passiert in Thüringen vielfach und ist kein Einzelfall. Dazu kommt, dass es in Thüringen natürlich einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte ab zweieinhalb Jahren gibt. Aber Eltern, die auch jüngere Kinder in eine Kindertagesstätte bringen können, wird immer versichert, das wäre möglich, wenn der Kindertagesstättenplatz unbedingt benötigt wird.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Ist aber so.)

Ja, rechtlich ist das so korrekt. Ich möchte Ihnen jetzt darlegen, dass es eben nicht einfach ist, das so auch nachzuvollziehen. Gehen zum Beispiel allein erziehende Frauen oder Männer zu einem Bewerbungsgespräch und haben auch gute Chancen auf den Job, wird vom Arbeitgeber oft - und das ist auch kein Einzelfall - nach einer Bescheinigung für einen Kindertagesstättenplatz gefragt. Gehen die Betroffenen aber dann zu den Kommunen oder einem freien Träger, wollen diese wieder eine Bescheinigung haben und einen Nachweis, dass sie Arbeit haben. Natürlich ist das ein Kreislauf ohne Ende. Da die Betroffenen oft nicht die Bescheinigung des Arbeitgebers vorlegen können, weil der ja nach der Bescheinigung für einen Kindertagesstättenplatz fragt, ist das dann ein Kreislauf ohne Ende.

Meine Damen und Herren, solche Verhaltensweisen sind frustrierend und das Gerede vom Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz bzw. der Möglichkeit, auch für ein jüngeres Kind eine Betreuung zu erhalten, zerplatzt manchmal wie eine Seifenblase. Zur Sicherung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören für mich aber auch, dass solche Bedingungen geschaffen werden, dass es solche Beispiele in Thüringen eben nicht mehr geben darf. Wenn schon der Antrag der SPD familienpolitische Maßnahmen ins Zentrum rückt, dann gehören auch jene Familien dazu, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, jene, die von Arbeitslosen- oder auch Sozialhilfe leben müssen. Diese Familien haben aufgrund ihres geringen Einkommens kaum oder gar keine Möglichkeiten der gesellschaftlichen Partizipation. Eine Verkürzung der Höchstarbeitszeit könnte eine Basis für eine Neuverteilung der Arbeit, bezahlter und unbezahlter, zwischen den

Geschlechtern bilden. Wir unterstützen deshalb die Forderung, dass mit dem Arbeitgeberverband und den Kammern Gespräche geführt werden müssen. Dort sollte aber auch, meine Damen und Herren, von Arbeitgebern die Haltung zur Familie angesprochen werden, insbesondere zu Familien mit mehreren Kindern. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie würde dann, meine Damen und Herren, eben nicht nur von Frauen leichter zu bewältigen sein, sondern würde auch für Männer außerhalb der Erwerbsarbeit Freiraum für die Wahrnehmung von Familienarbeit schaffen. Danke schön.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Bechthum, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich muss erst einmal sagen, Frau Arenhövel, ich bin wirklich irritiert über Ihre heftige Reaktion auf unseren Antrag. Wieso unterstellten Sie uns hier Wahlkampf? Seit einem halben Jahr sind wir dabei, uns mit dieser Thematik zu befassen. Dass er dann gerade zum 8. März vorlag, das war mehr oder weniger Zufall, das hätte auch einen Monat später sein können. Sie müssten gerade mich auch kennen. Ich habe zu dem letzten Antrag "Koordinierungsstelle Gewaltprävention" so viel Positives, das Gute, genannt, wo sind noch Mängel und wenn ich so einen Antrag mit unterstütze, dann möchte ich das Gute, was es hier gibt, mit nennen und das tue ich auch stets und möchte aber auch sehen, wo ist Handlungsbedarf. Das ist doch kein Angriff. Warum betrachten Sie das so, als würde ich Sie jetzt hier niedermachen wollen? Ich finde das ganz schlimm. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich saß echt irritiert und fassungslos dort. Ich sage, man kann doch vernünftig darüber sprechen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Ich kann mich daran entsinnen.)

Das Bundesministerium für Familie und die Spitzen der Wohlfahrtsverbände in Deutschland, dazu gehören auch bekannterweise der Caritas-Verband und die Diakonie, legten am 1. März dieses Jahres gemeinsame Schwerpunkte zukünftiger Familienpolitik vor - vielleicht hat Herr Maaßen auch das gemeint in seiner sehr seltsamen Presseerklärung -, ich zitiere daraus: "Dem Ausbau von Kinderbetreuung und der Vermeidung von Armut von Familien und ihren Kindern wird Priorität eingeräumt. Häufigste Ursache von Verarmung von Familien und Arbeitslosigkeit sind Niedrigeinkommen." Man soll nicht immer sagen, dass Kinder das Armutsrisiko Nummer 1 sind, aber das kann vermieden werden - Frau Nitzpon hat das auch gesagt -, wenn jemand eine ordentliche Arbeit

hat, dort tariflich entlohnt wird, da muss das nicht sein, dass der von Armut bedroht sein muss. Deshalb wurden auch durch die SPD-geführte Bundesregierung die sozialen Rahmenbedingungen entscheidend verbessert, wie von den Wohlfahrtsverbänden in ihrem Eckpunktepapier festgestellt wurde. Schauen Sie einmal nach und lesen Sie es einmal. Ich zitiere noch einmal aus diesem Eckpunktepapier: "Das Teilzeitgesetz und die neuen Regelungen bei der Elternzeit ermöglichen Familien eine neue und bessere Balance von Beruf und Familie." Sie müssen auch einmal Caritas befragen, wie das dazu aussieht. Ich muss Ihnen sagen, zum Familiengeld wurde ja überhaupt nichts gesagt. Wir haben uns gestern lange genug auch darüber beraten und Herr Dr. Müller ist auch als ein sehr realistischer Finanzpolitiker bekannt, der hat das hier noch einmal klar und deutlich dargestellt, dass das Wunschvorstellungen sind, die jetzt hier irgendwie Leuten, allein Erziehenden vorgetrichert werden, dass sie auch daran glauben. Dass das im Grunde gar nicht möglich ist, wurde hier auch widerlegt. Das wissen Sie selbst auch.

Betrachten wir hier einmal einige statistische Angaben zu den Familien. Diese sind für Thüringen erschreckend. Die Anzahl der Familien mit Kindern ist rückläufig. 2001 gab es in Thüringen 699.000 Familien, davon 298.000 Ehepaare mit Kindern und 285.000 kinderlose Ehepaare -

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit)

diese Statistik habe ich bekommen,

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Das ist doch Unsinn. ... statistische ...)

das sind statistische Angaben, Herr Dr. Pietzsch - und 116.000 allein erziehende Väter und Mütter. In zehn Jahren sank die Anzahl der Familien in Thüringen um etwa 9 Prozent. Das sind 70.000 weniger. Die Zahl der kinderlosen Ehepaare stieg von 36 Prozent auf 41 Prozent, die der allein Erziehenden von 15 auf 17 Prozent. Ob die CDU das nun will oder nicht, sie sagen "das heile Bild der Familie", es wird in den nächsten Jahren auf alle Fälle eine Veränderung des Familienbegriffs geben. Sie hatten Herrn Fhtinakis vor gut einem Jahr eingeladen. Ich habe ihn dann am Abend auch noch im Rahmen der Adenauer-Stiftung gehört, als er sagte, deshalb gibt es ja so viele allein Erziehende oder Lebenspartnerschaften. Er sagt, das Lebenspartnerschaftsmodell wird das Modell der Zukunft sein,

(Zwischenruf Abg. Grüner, CDU: Das kann doch nicht sein.)

dass sie dann aber auch die gleichen Rechte genießen wie Familien. Sie werden das sehen, das wird sich durchsetzen.

Von den abwandernden 18- bis 40-Jährigen, das ist auch eine statistische Angabe aus den letzten Tagen, sind 62 Prozent Frauen. Sie wissen selbst, das hat dramatische Folgen. Wer jetzt vor zwei, drei Tagen abends den MDR hierzu gesehen hat, das "Thüringen-Journal", dort wurden diese dramatischen Folgen noch einmal sehr, sehr deutlich dargestellt. Es sind genau die Frauen im gebärfähigen Alter, die uns hier verlassen. Die Folgen in den nächsten Jahren werden schlimm sein. Damit muss man sich doch befassen. Wenn ich mich damit befasse, dann habe ich auch so etwas vor Augen, trotzdem möchte ich, dass unser Thüringen nicht entvölkert wird. Das muss uns doch auch alle beunruhigen.

102.000 Frauen sind im Freistaat im Jahresdurchschnitt arbeitslos. Die Studie "Allein Erziehende - Risiken und Chancen auf dem Arbeitsmarkt", gefördert vom Wissenschaftsministerium, stellt eindeutig klar, und ich zitiere, Frau Präsidentin: "Diejenigen, die in der Tendenz mehr Vereinbarkeitsprobleme bei einer hohen wöchentlichen Arbeitszeit angegeben haben, arbeiten häufiger in höheren beruflichen Positionen und bezeichnen ihre Arbeitswelt als familienunfreundlich. Die wöchentliche Arbeitszeit liegt bei einem großen Teil bei 36 bis 40 Stunden. 29 Prozent der Befragten arbeiten sogar mehr als 40 Stunden. Bei einem überwiegenden Teil besteht der Wunsch nach einer Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit." Weitere Aspekte bringt der 11. Kinder- und Jugendbericht mit seinen klaren Forderungen. Ich zitiere auch hieraus: "Eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt und der Ausbau einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur sollen Vorrang haben vor einer Erweiterung der individuellen Transferleistungen." Wenn Sie so die Bundesministerin hier beschimpfen, dass sie zu wenig Kindergärten schafft, und Herr Maaßen hat das auch in seiner Presseerklärung getan - Sie wissen genau, im Osten sind wir privilegiert, aber wir wissen auch genau, im Westen hat man das unwahrscheinlich verschludert, dort ist die Situation in Bezug auf Kindertagesstätten so schlimm -, und sie versucht eine Balance, wie können wir dort Kindertagesstätten

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Sie jammern doch nur über Thüringen.)

schaffen, aber die Leute wollen auch das Kindergeld haben. Das geht nicht so schnell, das wissen Sie selbst, in den wenigen Jahren, in den dreieinhalb Jahren, wo nun diese neue Regierung dran ist; und Bayern, das wissen Sie selbst, ist das Schlusslicht hierbei. Es wurde extra auch noch gesagt, wir brauchen in Deutschland ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Kinderbetreuungssystem. Das ist in Thüringen gut, das haben wir hier nie irgendwie bestritten. Aber von vielen werden auch flexiblere Öffnungszeiten der Kindertagesstätten gewünscht. Weiterhin hebt der 11. Kinder- und Jugendbericht hervor, öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern heißt, die Erziehungs-kompetenzen der Eltern und die Bildungsvoraussetzungen

der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Ein Schwerpunkt des Berichts liegt daher auf gleichen Zugangschancen aller jungen Menschen und ihrer Familien zu den sozialen, ökonomischen, kulturellen Ressourcen unserer Gesellschaft. Auch die letzten Studien des DGB - Frau Nitzpon hat das auch schon indirekt in ihrer Rede angesprochen - weisen immer wieder darauf hin, dass eine Vereinbarung von Beruf und Familie nur mit einer angemessenen tariflich bezahlten Arbeit, die eine Existenzsicherung ermöglicht, gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, tatsächlich steht Deutschland im internationalen Vergleich bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weit hinten. Aber wieso können Sie es sich anmaßen zu sagen, das ist eine Bankrotterklärung der Schröder-Regierung? In dreieinhalb Jahren kann man doch nicht aufholen, was in vielen Jahren versäumt worden ist, das wissen Sie doch selbst.

(Beifall bei der SPD)

Die Arbeitsmarktforschung hat eindeutig festgestellt, dass die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt einerseits politisch gewollt sein muss und andererseits macht auch der zunehmende Arbeitskräftemangel die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, und zwar nicht im Niedriglohnsektor, wirtschaftlich einfach erforderlich. Dazu sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen, z.B. flexible Arbeitszeiten, oft auch persönlich zugeschnitten, mitentscheidend. Das bedeutet eine kreative und flexible Personalpolitik.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsämter hatten vor anderthalb Wochen Bundestags- und Landtagsabgeordnete zu Informationsgesprächen eingeladen. Auch im Erfurter Arbeitsamtsbezirk waren alle Fraktionen vertreten. Das Stellenangebot von Unternehmen wurde uns als katastrophal dargestellt. Ich nehme an, nicht nur mir ging es so, alle, die dort anwesend waren, haben ganz bewusst gespürt, Arbeit zu haben, ist ein Privileg, also dass wir hier auch diese Arbeit haben und unsere Mitarbeiter. Meine Mitarbeiterin, die jetzt 62 Jahre alt ist, sagt: Jeden Morgen stehe ich auf und sage, ich freue mich, dass ich Arbeit habe. Wissen Sie eigentlich, wie schlimm das ist, keine Arbeit zu haben?

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Chance, deshalb haben wir uns auch damit so befasst, für mich ist es die einzigste Chance für mehr Beschäftigung, die kann eigentlich nur durch ein Teilen von Arbeit gegeben sein, auch Teilen eines Arbeitsplatzes, Teilzeit, nur so kann sie eigentlich eröffnet werden. Sie wissen selbst, die Möglichkeiten im öffentlichen Dienst - jetzt nicht als Verkäuferin, Friseurin, da kam die Kritik, das ist verheerend - aber unsere Leute im öffentlichen Dienst zum Teil bis 90 Prozent, die haben recht gute Verdienstmöglichkeiten. Ich denke auch, mehr Zeit für die Familie zu haben, ist eigentlich das wichtigste Motiv, die Arbeitszeit zu verkürzen.

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen nach einem Jahr Teilzeit und Elternzeitregelungen in der Bundesrepublik sind positiv, aber ich glaube, fast nur in den alten Bundesländern. Immer mehr Unternehmen erkennen, dass ihnen aus familienfreundlichen Strukturen Wettbewerbsvorteile entstehen. 1,5 Prozent der Väter nehmen leider erst derzeit Elternzeit. 20 Prozent der Väter in der gesamten Bundesrepublik wünschen sich stärkere Beteiligung bei der Erziehung, aber hören Sie gut zu - das hat selbst Frau Landtagspräsidentin Lieberknecht am 8. März gesagt -, 71 Prozent der ostdeutschen Männer zeigen Interesse an Elternzeit. Das ist eine positive Tendenz, die sollten wir nutzen. Es gibt viele Varianten von Teilzeitmodellen. Sie müssen sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern bekannt gemacht werden und dürfen nicht als eine schlimme Sache oder etwas Negatives dargestellt werden. Der öffentliche Dienst sollte Vorbildfunktion haben. Ich verweise hier auf das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, wo 14 Prozent der Führungskräfte in Teilzeit arbeiten. Das könnte Signalwirkung auch für die Landesregierungen überhaupt haben. Der öffentliche Dienst muss Vorbildfunktion haben.

Ein weiterer Punkt unseres Antrags an die Landesregierung ist, dass sie moderierend in Gesprächen und allen sich ergebenden Möglichkeiten mit den Arbeitgebern, mit dem DGB auf die Chancen, die sich durch die Modelle zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ergeben, aufmerksam macht. Ich freue mich, ich habe das selbst gesehen, die CDU pflegt sehr intensive Kontakte, normale Kontakte zum DGB. Ich habe Frau Rühlemann von ver.di erst vor kurzem bei Ihnen gesehen. Das ist auch richtig so. Das finde ich sehr positiv. Denn nur gut motivierte Mitarbeiter sind kreativ und erbringen Höchstleistungen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie gilt aber nicht bloß für die Mütter, sondern genauso für die Väter. Ich fordere diese Landesregierung auf, der Kampagne "Mehr Spielraum für Väter" eine aktive Unterstützung zu geben.

(Beifall bei der PDS; Abg. T. Kretschmer, CDU)

Großunternehmen wie Telekom, Commerzbank, Bundesversicherungsanstalt und auch der Deutsche Caritasverband, die finde ich immer bei allem positiv. Da denke ich immer, ist Caritas nicht irgendwie CDU-orientiert oder katholisch? Aber katholisch sind Sie ja, aber die tragen das alles mit. Nur Sie tragen es hier nicht mit.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das ist doch nichts Schlechtes.)

Ziel ist es, von all diesen Verbänden positive Praxisbeispiele und auch Managementinstrumente für die beste familienfreundliche Personalpolitik weiterzuentwickeln und sich darüber auszutauschen. Das müsste unser aller Interesse sein. Die Situation in der Familie ist entscheidend für die Entwicklung eines Kindes. Wir haben uns gestern ge-

nügend darüber ausgetauscht. Zeit zu haben für ein Kind, wenn es Mutter oder Vater braucht, ist nicht genug hoch zu schätzen.

Interessant und aufschlussreich ist die Einstellung zu Teilzeitmodellen bei Männern und Frauen in anderen europäischen Ländern. Bei dieser großen Konferenz, gefördert auch von Frau Ministerin Schipanski, Gender-Mainstreaming, an der Fachhochschule, an der Universität hat eine Professorin von der FSU Jena eine große Studie vorgestellt. Sie hat sich mit Teilzeitmodellen in verschiedenen europäischen Ländern befasst. Da ist mir besonders aufgefallen, dass in den Niederlanden 20 Prozent der Männer Teilzeit nehmen. Das wurde mit hervorgehoben, auch bei kleinen Kindern. Das ist der höchste Anteil in Europa. Es wurde auch gesagt, in den Niederlanden ist es nicht verpönt, wenn Väter ihre Kinder betreuen, wenn sie deshalb in Teilzeit arbeiten. Ich frage nun: Haben dort Kinder in der Familie einen höheren Stellenwert als bei uns oder auch in den anderen Ländern? Aber es gibt auch in Thüringen positive Beispiele in Behörden für Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sicherlich auch in den Ministerien. Man möchte darüber aber etwas erfahren. Ein Beispiel möchte ich hier vorstellen: die Landesversicherungsanstalt. Frau Arenhövel, ich kenne unser Gleichstellungsgesetz schon genug und gut genug. Nicht umsonst habe ich beantragt, dass wir, als die Hälfte der Zeit herum war, wenn der Bericht kommen soll, über die Erfahrungen Informationen zu bekommen, weil ich mit den unterschiedlichsten Frauenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten Gespräche geführt habe - Sie werden es auch getan haben - und wo die Knackpunkte sind. Deshalb kam ich darauf. Gerade die Landesversicherungsanstalt ist für mich das Vorbild, ich habe das schon einmal genannt. Die Frauenbeauftragte hat einen großen Anteil am Gelingen, wie Teilzeit, Elternzeit, Telearbeit funktionieren kann. Sie sagte mir in einem Gespräch zu unserem Antrag, sie hat ihn auch vollkommen begrüßt, dass es zum Ersten wichtig sei, wie die Führungskräfte zu dieser Thematik stehen, von ihnen hänge es ab, ob z.B. eine Kollegin Telearbeit nutzen kann oder nicht. In der LVA sind die meisten aufgeschlossen. Allen voran der Direktor, Herr Dr. Kohl, Sie kennen ihn. Es gibt in der Landesversicherungsanstalt eine Dienstvereinbarung, die ich auch bekommen habe, zur Errichtung von Telearbeitsplätzen, die vor allem für junge Mütter und ältere Kolleginnen und Kollegen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, vorgesehen sind. Ich muss hier nicht erwähnen, dass Telearbeit nicht in jedem Fall möglich ist und dass Kolleginnen und Kollegen, die Telearbeit in Anspruch nehmen, besonders selbständig und diszipliniert arbeiten müssen, weil sie ihr Pensum schaffen müssen. Dennoch gibt es in der LVA sehr gute Beispiele. Da sagte die Frauenbeauftragte, da gibt es eine Mitarbeiterin, die wohnt weit in Thüringen, hinterm Thüringer Wald, die arbeitet acht Stunden, also voll. Die kommt einmal in der Woche zu ihrer Arbeitsstelle, um an Dienstberatungen teilzunehmen, ihre Arbeit abzugeben oder neue mitzunehmen. Wichtig ist, sie ist dennoch in das Team integriert.

Auch die Elternzeit wird in der LVA gern in Anspruch genommen. Wenn ich dort nicht gewesen wäre, mich nicht erkundigt hätte, ich hätte das ja nie erfahren. Deshalb wollte ich ja wissen, was gibt es denn schon alles Gutes. Warum begreifen Sie das als einen Angriff auf die Landesregierung? Ich kann das nicht nachvollziehen.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: ... LVA ...)

Nein, dort hat man auch eine andere Einstellung dazu, Herr Dr. Pietzsch. Drei Fälle von Elternzeit sind bis jetzt dort genehmigt worden. Ich habe dort auch erfahren, dass es ein Eltern-Kind-Büro gibt. Ich habe auch gehört, so nebenbei, dass es im Finanzministerium inzwischen auch so etwas gibt, wie das ausgestattet ist, dass man dort die Kinder mitbringen kann, wenn man noch eine wichtige Aufgabe zu erledigen hat, dass das dem Unternehmen hilft und auch der Familie. Sie werden vielleicht jetzt sagen, über so einen Kikikram redet die hier. Frau Dietzel ist jetzt nicht da, die Staatssekretärin. Sie hat ein kleines Kind, Frau Wolf hat ein Kleinkind - und wer Kleinkinder hat - es ist schon ein bisschen größer - weiß, dass es diese kleinen Sachen sind, die es einem im Leben schwer machen können. Gerade, wie vereinbare ich das, jetzt ist das Kind krank. Was mache ich da? Wie kann ich das regeln? Davon ist abhängig, wir kennen uns da genug, man sieht es dann jemanden an, ob er froh ist. Mutter und Kind gehören einfach auch da zusammen - eine Ausgeglichenheit. Wir sagen immer, wenn es der Mutter gut geht, geht es auch der Familie gut. Deshalb finde ich das sehr gut.

Fazit: Telearbeit und Elternzeit sind in Behörden und Dienstleistungsbetrieben möglich. Man muss es wollen. Die Führungskräfte müssen lediglich die Einstellung dazu haben. Wie unkompliziert es sein kann, meine Damen und Herren, Rechtsverordnungen und Gesetze familienfreundlich zu gestalten, beweist die Novellierung des Thüringer Richtergesetzes - das Dienstrechtsreformgesetz. Sie wissen, dass Sie hier eigentlich unbewusst Gender-Mainstreaming zur Geltung gebracht haben. Bei der Beratung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Richtergesetzes hob Herr Abgeordneter Wolf stolz hervor, Frau Präsidentin, ich zitiere: "Grund für die Novellierung des Richtergesetzes" - vielleicht haben Sie die Passage gar nicht gelesen, nicht gehört oder wollten sie gar nicht hören - "ist aber auch das Dienstrechtsreformgesetz. Ich erinnere nur" - das hat alles Herr Wolf gesagt - "an die Änderungen, die jetzt eingetreten sind, was die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und der Altersteilzeit betrifft. Dies ist auch alles in dem Ihnen vorgelegten" - da sind wir gemeint gewesen - "Gesetzentwurf entsprechend geregelt und schafft für die Richter und Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen die Möglichkeit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich habe bewusst ... auch die Richter mit hineingenommen," - sagt Herr Wolf - "denn auch für die Richter ergibt sich die Möglichkeit, sich durch die Annahme von Teilzeit auch um die Familie zu Hause etwas besser zu kümmern, das ist nicht nur die

Aufgabe der Richterinnen. Auch eine Erweiterung der Beteiligungsrechte von Richtern und Staatsanwälten ist vorgesehen." Ich muss Ihnen sagen, eine junge Richterin, die ich persönlich kenne, die jetzt 27 Jahre alt ist, die aber im Grunde erst einmal ihre Probezeit durchlaufen muss, hat sich sehr darüber gefreut. Sie sagt: Da ist es mir ja möglich, das kann ich nutzen, dass ich vielleicht im nächsten Jahr ... Die fand das sehr gut. Gender-Mainstreaming fordert eine Überarbeitung aller Gesetze und Verordnungen, das wissen Sie auch. Sie haben sich dazu auch bekannt, nach geschlechtsbezogenen Interessen. Warum soll dieses nicht in gleicher Weise für den Aspekt "Vereinbarung von Familie und Beruf" auch hier geschehen? Ein Audit "Beruf und Familie", das heißt als familienfreundliche Behörde eingestuft zu werden, muss für alle Behörden selbstverständlich werden. Bisher konnte nur dem Sozialministerium dieser Titel zugesprochen werden. Wir haben das auch sehr begrüßt, aber das kann nicht sein. Die anderen machen das nicht.

Wenn ich zum zweiten Teil - b) - unseres Antrags noch einige Worte sage, muss ich wieder betonen, die Landesregierung mit ihren Behörden muss Vorbild für Familienfreundlichkeit sein. Sie muss eine Vorreiterrolle übernehmen. Positive Modellprojekte müssen in der Praxis Eingang finden. Es muss selbstverständlich und zur Normalität werden, dass familienfreundliche Arbeitsverhältnisse in den Behörden existieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein negatives Beispiel verweisen - ich habe das auch oben liegen: Einem Ministerialbeamten, einem Mann, wurde die Ausgleichszulage gestrichen, nachdem er ein Jahr im Erziehungsurlaub war. Begründung in gekürzter Form, aber das stand wörtlich drin: Das wäre seine private Entscheidung. Also, ich war erst mal fassungslos, als ich das gelesen habe. Familie ist doch nicht nur Privatsache, darauf fußt doch unsere Gesellschaft. Wie kann man so etwas überhaupt in eine, auch noch schriftliche Mitteilung hineinschreiben.

Meine Damen und Herren, nicht ohne Grund wurde am 2. Juli 2001 eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft getroffen, um ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft zu vermeiden. Sie haben das auch alle so gefordert und die Bundesregierung hat dafür viel Prügel bezogen. Ich auch, weil ich es auch immer unterstützt habe.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Zu Recht, Frau Bechthum.)

Ja. Darin heißt es, in dieser Vereinbarung: "Die Bundesrepublik verfügt über ein großes Potenzial gut ausgebildeter weiblicher Arbeitskräfte" - das bestätigen ja immer alle, ich brauche das gar nicht alles mit zu nennen -, "der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften steigt und das ist eigentlich dieses gewachsene Selbstverständnis von Frauen berufstätig zu sein." Das braucht man uns im Osten nicht zu

sagen. Das hatten wir immer, ein Selbstverständnis. Das ist eigentlich für die Frauen im Westen wichtig. Wenn hier gesagt wird, mit einer Quote 56,9 Prozent, dann sind das meistens die Frauen in den alten Bundesländern. Bei uns ist sie jetzt noch höher, Gott sei Dank auch, die Quote, wie sie jetzt liegt, und bei Männern praktisch bei 72,4 Prozent. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen ist in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich gestiegen, aber er ist immer noch sehr, sehr niedrig und liegt unter dem Durchschnitt der EU-Staaten.

Meine Damen und Herren, ich habe mir dann die Antworten der Landesregierung auf meine Mündliche Anfrage vom 23. November 2001 zu dieser Vereinbarung noch mal angesehen. Ich fragte damals, wie die auf Bundesebene von Vertretern der Bundesregierung und der Privatwirtschaft unterzeichnete "Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern" in Thüringen umgesetzt wird. Ich muss Ihnen sagen, die Antworten können nicht zufrieden stellen. Herr Minister Schuster ist nicht hier. Es kann nicht sein, dass die Geschäftsführerin im Arbeitskreis "Chancengleich" des Bildungswerks Thüringer Wirtschaft, Frau Morat, allein für diese Problematik verantwortlich gemacht wird. Da muss der Minister selbst aktiv werden. Sie kennen doch diese Erfahrungen. Von oberster Stelle muss man sich hier einmischen, um diese Vereinbarung mit Leben zu erfüllen. In der Vereinbarung sagen die Spitzenverbände der Wirtschaft zu ihren Mitgliedern, betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Familienfreundlichkeit zu empfehlen. Die beste Möglichkeit bieten dazu die Erfahrungen des jungen Technologieunternehmens Marzet GmbH Jena mit 72 Beschäftigten. Dieses Unternehmen hat im Jahr 2000 den ersten Preis beim Bundeswettbewerb um das familienfreundlichste Unternehmen vom Bundespräsidenten Johannes Rau und der Familienministerin Christine Bergmann überreicht bekommen. Herr Minister Schuster war anwesend. Wir haben ja noch nicht mal etwas davon erfahren; wir waren auch nicht mal eingeladen dazu. Das war auch schon irgendwie eine sehr seltsame Sache. Der Minister war dabei. Eigentlich hatte ich erwartet, wann werden denn nun diese Erfahrungen auch mal übertragen; darum geht es doch. Die haben tolle Erfahrungen. Wir werden die am Dienstag bei einer Konferenz hier auch hören. Der Geschäftsführer dieses Unternehmens wird berichten, wie das in diesem Unternehmen läuft. Deshalb haben wir auch gesagt, es müsste ein Thüringer Preis "Familienfreundlicher Betrieb" nach dem Vorbild des Bundeswettbewerbs "Familienfreundlicher Betrieb - neue Chancen für Frauen und Männer Thüringens" geschaffen werden. Sie wissen, es gab zwei Mal von der damaligen Frauenbeauftragten - ein Landespreis wurde vergeben innerhalb unserer Messe "Frauen in Wirtschaft - gemeinsam erfolgreich". Man hat ja kaum diese Preise, diese Betriebe wahrgenommen. Er war im Grunde so unbedeutend. Gerade die letzte Messe wurde ja überhaupt nicht wahrgenommen. Die Erwartungen an die neue Gleichstellungsbeauftragte sind sehr hoch, dass das hier eine ordentliche Messe wird. Aber wissen Sie,

der Herr Ministerpräsident hat sich so stolz darauf bezogen und was wir festgestellt haben im Gleichstellungsausschuss Mitte Juni, das hat uns noch Frau Dr. Bauer eingebracht. Aber es hat keiner reagiert. Genau an den beiden Tagen, wenn wir hier Plenum haben, dann ist da oben die Frauenmesse. Wunderbar, haben wir uns gesagt, so geschieht Organisation. Da können Sie sich selbst an die Nase fassen. Wir würden uns das so wünschen, dass auch Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaftsbund mit einbezogen sind. Dann hat so ein Preis einen viel höheren Stellenwert. Sie werden sich weigern, ich weiß das. Das ist Ihnen alles zu viel, das klingt so sozialistisch oder irgendwie.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Das kennen Sie ja noch aus alter Erfahrung.)

Ich mache mir da keine Hoffnungen mehr und man zieht schon einige Schlussfolgerungen.

Nein, ich denke, Sie verlieren immer mehr, das muss ich Ihnen echt sagen.

Noch zum Schluss einige interessante Anmerkungen. Bayern sorgt ja immer wieder für Überraschungen, aber manchmal sogar für positive. Zum Beispiel initiierte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen am 01.07.97 eine geschäftsbereichsweite Teilzeittoffensive. Es wird darüber sehr viel geschrieben. Vielleicht haben Sie sie auch gelesen. Ich weiß es nicht. Aber ich interessiere mich für dafür, was andere Länder machen, und da kann man ja auch mal daraus lernen, hier auch. Und diese Teilzeittoffensive, noch als Modellversuch 97, wurde ab September 98 zu einem Dauerangebot ausgebaut. Hier ist man auch dabei, flexible Arbeitszeiten, auch Telearbeit, anzubieten. Nun vermute ich bald, weil Bayern ja Schlusslicht ist mit der Kindertagesstättenbetreuung, dass die nun das auf diese Art versuchen. Da werde ich auch mal nachfragen. Das kann natürlich sein.

Meine Damen und Herren, ein Satz zum Schluss. Alle in unserem Antrag gestellten Forderungen werden seit der zweiten Legislaturperiode von meiner Fraktion und auch im Gleichstellungsausschuss gestellt. Wir hatten uns damals parteiübergreifend gemeinsam Hauptziele gestellt, hier hatten wir im Grunde die Vereinbarung von Familie und Beruf für Frauen und Männer, die Förderung der Chancengleichheit für Frauen - wir haben extra gesagt, der Chancengleichheit für Frauen; die Männer haben die Chancen, die suchen sich auch immer durch ihre Netzwerke - und die Verbesserung der Situation von Kindern und Frauen und Familien gestellt. Vergessen Sie das bitte nicht, wenn Sie über unseren Antrag hier abstimmen werden. Ich kann Sie nur bitten unseren Antrag anzunehmen. Und vielleicht können Sie sich sogar im August profilieren, was Sie uns alles Positives sagen können. Das ist für Sie dann das beste Wahlkampfthema. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte noch etwas dazu sagen, Frau Arenhövel, was Sie hier von sich gegeben haben zur Kindergelderhöhung. Wissen Sie das nicht mehr? Das hat sogar gestern hier auch Herr Müller gesagt. Die Erhöhung zum dritten, vierten Kind wurde im Bundesrat abgelehnt - es waren auch SPD-Länder dabei - weil es nicht finanzierbar ist.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Sie sollten dazu sagen, wenn ... Das muss ja wohl nicht sein.)

Warum sagen Sie jetzt so etwas? Sie machen sich Sorgen um die Kinder ab 14 Jahren; ist ja schön und gut. Ich bin im Dorf aufgewachsen und wer von Ihnen auch, der weiß das. Mit 14 Jahren ...

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU)

Herr Bergemann, also, nehmen Sie mal Ihre - da kommen Sie irgendwie vom Bauernhof, muss ich da bald sagen. Da war es üblich, ab dem 14. Lebensjahr - da gab es noch die Konfirmation - zum ersten Mal zur Kirmes zu gehen. Da hat kein Mensch danach gefragt. Und unsere Kinder sind auch mit 14 Jahren zum ersten Mal in die Discos gegangen. Das ist doch so gewesen. Haben Sie das alles vergessen? Sie haben doch auch Kinder. Wenn Sie hier so sagen: Diese böse Ministerin, was die jetzt alles hier nun tun will. Also bleiben Sie mal auf dem Teppich.

(Unruhe bei der CDU)

Ich möchte Ihnen noch sagen, unsere Fraktion plant eine Anhörung zum Gleichstellungsgesetz, zum Stand, und wir werden hier Frauenbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte einladen, damit wir das, was wir hier heute schon gesagt haben, auch noch bestätigt bekommen und dann vielleicht noch reagieren können oder agieren. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Pietzsch, bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Reden vorher muss ich da und dort schon noch etwas sagen und zu dem Antrag überhaupt. Frau Abgeordnete Bechthum, der Antrag und das, was Sie hier geredet haben, sind zweierlei Dinge. Sie haben gesagt, Sie wären gar nicht darauf gekommen, was bei der LVA alles Schönes gemacht wird, und deswegen möchten Sie das doch einfach mal gern wissen und Sie möchten mal von der Landesregierung das zusammengefasst haben. Meine Damen und Herren, der Antrag besagt etwas anderes. Der Antrag ist ein Auftrag, die Landesregierung möchte dies und das und noch etwas anderes machen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Genau.)

Im zweiten Teil des Antrags heißt es dann: Und dann soll die Landesregierung zum 31. darüber berichten, damit dann am 31.08. die SPD-Fraktion sagen kann: Wir haben die Landesregierung zum Jagen getragen und jetzt ist endlich was gemacht worden.

(Zwischenruf Abg. Bechthum, SPD: Das haben wir auch. Was unterstellen Sie?)

Ich sage mal am Rande, am 22. September - wissen wir ja alle - ist Bundestagswahl und ein Schelm, der Böses dabei denkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Richtung, Frau Bechthum, haben Sie schon ganz gut gedacht. Aber wir haben auch nicht geschlafen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Zweiten, Frau Bechthum, was Sie hier zum Schluss gesagt haben, was das dritte und vierte Kind angeht, zur Erhöhung des Kindergelds: Thüringen hat dieses im Bundesrat eingebracht und hat versucht, für das dritte Kind auch die Erhöhung des Kindergelds zu kriegen. Wenn wir da von den A-Ländern Unterstützung bekommen hätten, hätten wir es wahrscheinlich durchgebracht. Aber das ist nicht passiert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollten uns über den Antrag unterhalten, denn Familie ist zutiefst etwas, was mit dem Sinn unseres Lebens insgesamt zu tun hat. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass eine gute außerhäusliche Kinderbetreuung für berufstätige Eltern von großer Bedeutung ist. Das ist unbestritten. Aber ich glaube, es wäre zugleich eine große Illusion zu meinen, es sei möglich eine solche elementare Beziehung wie die zwischen Eltern und Kindern auf Betreuungseinrichtungen zu delegieren. Betreuungseinrichtungen können immer nur ergänzend sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch das lassen Sie mich sagen, gerade was Familienpolitik angeht, ist das für die Politik eine Daueraufgabe. Ich kann Frau Nitzpon nicht verstehen, wenn Sie über die Probleme der Kinderbetreuung, der Kinderkrippen und Kindergärten in Thüringen klagt. Natürlich wird es auch da und dort mal etwas geben, wo es nicht funktioniert. Aber gerade was die Kindereinrichtungen angeht, können wir in Thüringen von Vorbildwirkung reden. Andere Länder wären dankbar, wenn sie so weit wären.

(Beifall bei der CDU)

Frau Nitzpon, Illusionen und Wunschträume, die Sie hier verbreiten und jammern und klagen; wissen Sie, Sie kommen mir manchmal vor wie jemand, der in Köln am Ufer des Rheins steht und darüber klagt, dass man es noch immer nicht geschafft hat, dass endlich das ganze Wasser in der Nordsee ist, obwohl es doch ständig da langfließt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz bewusst, es ist eine Daueraufgabe, die wir haben, und ich bin dem Fraktionsvorsitzenden der CDU sehr dankbar, dass er eine realistische Einschätzung unserer gegenwärtigen Situation getroffen hat, eine realistische Einschätzung über das, was erreicht ist, aber auch deutlich gesagt hat, dass das nicht das Ende der Fahnenstange ist, sondern dass wir weiter an einer besseren Unterstützung der Familien zu arbeiten haben.

Meine Damen und Herren, auch dieses, Eltern haben sowohl das Recht als auch die Pflicht, sich Zeit zu nehmen für ihre Kinder. Manchmal wäre es gut, wenn Eltern mehr Zeit hätten, aber sich auch mehr Zeit für ihre Kinder nehmen würden.

(Beifall bei der CDU)

Was Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, das Ideal des vollends flexiblen, überall einsetzbaren Arbeitnehmers übersieht, dass es eine Zukunft in unserer Gesellschaft nicht geben kann, wenn der Familie kein Raum gelassen wird. Wir können nicht alles abnehmen; aber es kann uns auch nicht kalt lassen, wenn junge Menschen in allen Umfragen seit Jahren kundtun, dass sie sich später in einer festen Partnerschaft mehrere Kinder wünschen und dann festgestellt werden muss, dass beispielsweise voraussichtlich die Frauen des Jahrgangs 1964 zu fast 30 Prozent kinderlos bleiben werden.

Frau Bechthum, ich muss Sie insofern korrigieren, vielleicht habe ich Sie nicht richtig verstanden vorhin. Sie haben über den Rückgang der Kinder in den letzten Jahren geklagt, wo ich gesagt habe, die Statistik müssten Sie sich richtig ansehen. Es hat erhebliche Geburtenrückgänge bis fast zu 50 Prozent in den Jahren 1992, 1993, 1994 gegeben. Seit 1995 haben wir einen kontinuierlichen Anstieg der Geburtenrate. Wir haben im Vergleich zu 1995 heute jährlich etwa 2.000 Geburten mehr als 1995. Dieses darf man als positives Zeichen, denke ich, auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn es um Familien geht, wenn es darum geht, dass junge Ehepaare oder junge Menschen meinen, sie könnten kein Kind haben, dann sollten wir das Problem nicht vereinfachen, indem wir meinen, dass man monokausale Ursachen dafür finden kann. Es ist

immer ein gesamtes Geflecht, was hier zur Verbesserung der Familienpolitik beitragen kann. Es ist ein schwerer familienpolitischer Fehler, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegen die Bedeutung von Transferleistungen an die Familie aufwiegen oder ausspielen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe ein, dass es bei der derzeitigen Kassenlage in Bund und Land mehr als unbequem ist, sich beispielsweise über ein Familiengeld, eine Zuwendung an junge Familien in beträchtlicher Höhe Gedanken zu machen. Aber ich meine, dass es dringend notwendig ist, dass wir uns darüber Gedanken machen. Es ist mehrfach von Seiten der CDU, sowohl vom Ministerpräsidenten als auch vom Fraktionsvorsitzenden, deutlich gemacht worden, dass dieses ein Ziel der CDU-Politik ist. Die Thüringer Landesregierung hat sich klar und deutlich für ein Familiengeld ausgesprochen, gerade weil unsere Thüringer Bürger und weil junge Familien in ganz Deutschland dadurch ein Stück mehr materielle Sicherheit und eine verlässliche Leistung für die Zeit der Erziehung ihrer Kinder haben und auch haben wollen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen beides, Transfer und Maßnahmen zur Förderung und Forderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Lassen Sie mich grundsätzlich noch auf etwas anderes in diesem Zusammenhang hinweisen. Bei der Diskussion um die Erwerbsarbeit von Familienmitgliedern entsteht bisweilen der falsche Eindruck, als verdiene nur die entlohnte Arbeit gesellschaftliche Anerkennung, als der, der für das Ehrenamt auch zuständig ist; darauf lege ich ganz besonderen Wert. Die wertvolle Arbeit, die Eltern jeden Tag leisten, wird häufig nicht als gleichrangig zur Erwerbsarbeit anerkannt.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Das ist falsch. Hier ist es Zeit für einen Bewusstseinswandel. So sind auch alle Maßnahmen zu verstehen, die in den Betrieben getroffen werden können, damit die Beschäftigten beiderlei Geschlechts ihren Familienaufgaben nachkommen können.

Meine Damen und Herren, was nun den Antrag der Fraktion der SPD im Einzelnen angeht: Es ist festzustellen, dass fast alle der geforderten Maßnahmen bereits entweder umgesetzt oder zumindest begonnen wurden. Ich erwähne in diesem Zusammenhang zum einen noch einmal, dass Thüringen als eines der wenigen Bundesländer ein vorbildliches Gesamtkonzept zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das heißt von Familie und Kindern hat: das bedarfsorientierte Angebot für Kinder unter zweieinhalb Jahren, ein Landeserziehungsgeld, einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und schließlich den Rechtsanspruch auf Hortbetreuung bis zum Abschluss der Grundschule.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Thüringer Landesregierung als Arbeitgeber, den die SPD ja anspricht,

wird dieses Gesamtkonzept überdies ergänzt durch das im November 1998 in Kraft getretene Thüringer Gleichstellungsgesetz. Es ist schon mehrfach hier erwähnt worden. Ein Gesetz ist ja dazu da, dass es umgesetzt wird. Aber ich bin davon überzeugt, dass dieses nach und nach und schrittweise umgesetzt wird. Arbeitsbedingungen, die für beide Geschlechter die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, das ist Ziel dieses Gleichstellungsgesetzes. In § 5 bestimmt das Gesetz, dass - soweit die gesetzlichen Bestimmungen Teilzeitbeschäftigung zulassen - Stellen grundsätzlich auch in Teilzeitform ausgeschrieben werden sollen. Es wird ausdrücklich ausgeführt, dass dies auch für Stellen mit Vorgesetzten und Leitungsaufgaben gilt. In § 7 ist festgeschrieben, dass berufliche Ausfallzeiten von Frauen und Männern wegen Kinderbetreuung und häuslicher Pflege sich nicht nachteilig auf die Beurteilung der Eignung auswirken dürfen und dass auch für die Beurteilung der Eignung Erfahrungen und Fähigkeiten aus ehrenamtlicher Tätigkeit im Sozialbereich und bei der Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigkeit einzu beziehen sind. Frau Bechthum, Sie haben hier ein genteiliges Beispiel gezeigt.

Meine Damen und Herren, Theorie und Praxis ist es nicht, sondern es ist eine Frage, wie man sein Recht, was gesetzlich vorgegeben ist, dann umsetzt, auch selbst umsetzt. § 8 legt fest, dass Teilzeitbeschäftigten die gleichen Möglichkeiten der Fortbildung einzuräumen sind wie Vollzeitbeschäftigten und außerdem, dass Beschäftigten mit Familienaufgaben Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten sind. § 9 beschäftigt sich mit familiengerechter Arbeitszeit. § 10 regelt dann den Wiedereinstieg und schließlich § 11 ein Benachteiligungsverbot bei Teilzeitbeschäftigung und familienbedingter Beurlaubung.

Meine Damen und Herren, damit sind die wesentlichen Anliegen des SPD-Antrags im Hinblick auf die Landesregierung als Arbeitgeber bereits gesetzlich verankert. Ich gehe davon aus, dass dort, wo es irgend möglich ist, auch dieses umgesetzt wird. Als erste oberste Landesbehörde hat im Übrigen mein Haus eine Familienverträglichkeitsprüfung durchgeführt, das so genannte Familien-Audit, und ich denke, dass es nicht nur beim Sozialministerium bleiben wird. Es ist von einer unabhängigen Stelle, nämlich der gemeinnützigen Hertistiftung, darauf untersucht worden. Selbstverständlich haben wir das Familien-Audit in unserem Haus durchgeführt, um damit auch ein Beispiel für andere Behörden zu geben, aber auch an andere Unternehmen. Familienfreundliche Betriebe haben mitunter auch höher motivierte Mitarbeiter. Aber ich gebe auch zu, auch für mein Haus, dass es natürlich auch Probleme geben kann mit der Umsetzung dieses Familien-Audits und dass man von Zeit zu Zeit auch eine kritische Evaluierung durchführen muss, um zu sehen, ob nicht dieses, was dieses Audit betrifft, falsch interpretiert und falsch in Anspruch genommen wird. Denn als Erstes haben wir noch immer unsere Aufgabe gegenüber dem Thüringer Bürger als Dienstleistungsbehörde zu erfüllen. Was die Möglichkeit der Telearbeit angeht, so wird dies modellhaft bereits jetzt

im Landesamt für Soziales und Familie erprobt und derzeit in meinem Haus eine weitere modellhafte Erprobung selbst im Ministerium erwogen. Hierbei ist allerdings auch zu bedenken, es gibt immer positive Beispiele, Sie haben ein positives Beispiel gebracht, Frau Bechthum. Es gibt allerdings auch die Tatsache, dass Telearbeit nicht für alle davon Betroffenen nur Vorteile bringt, sondern es kann durchaus auch Nachteile bringen und das muss man natürlich auch zur Kenntnis nehmen.

Der Ministerpräsident hat heute davon gesprochen, dass im Rahmen der Bestrebungen zur Verwaltungsmodernisierung E-Government eingesetzt wird, und hier befasst sich eine Arbeitsgruppe "Personalmanagement" unter Federführung des Thüringer Innenministeriums ebenfalls mit der Thematik "Telearbeit" und wird entsprechende Konzepte erarbeiten. Was die von der SPD weiterhin geforderte Schaffung familienfreundlicher Arbeitsverhältnisse in der Thüringer Wirtschaft angeht, jetzt gehen wir also über den Bereich der Landesregierung hinaus, so beschäftigt sich die Landesregierung in verschiedenen Gremien ständig mit diesem Thema. Zum einen ist hierbei der Landesbeirat für Familie und Frauen zu erwähnen - und ich sage ganz bewusst und richtig "Familie und Frauen" und nicht getrennt - den der Ministerpräsident einberufen hat und den die Landesregierung permanent durch Beratung und Anregung in sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen zu Rate zieht. Ferner gibt es bereits seit 1995 den Arbeitskreis "Frauen und Arbeitsmarkt". In diesem Arbeitskreis sind Vertreterinnen der Arbeitsämter, des Bildungswerks der Thüringer Wirtschaft, des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, des ESF-Beratungsbüros, der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung beteiligt, das heißt also die verschiedenen relevanten Gremien. Der Arbeitskreis setzt sich mit Arbeitsmarktlage, Maßnahmen der Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik in Thüringen auseinander. Berufsneorientierung, Qualifizierung von Frauen, Arbeitszeitflexibilisierung sind Themen in diesem Arbeitskreis. Schließlich, Sie haben es ja selbst angesprochen, Frau Bechthum, fordern Sie einen Preis "Familienfreundlicher Betrieb". Diesen Preis gibt es bereits. Wie es umgesetzt wird, ist eine ganz andere Sache. Sie können damit unzufrieden sein, andere sind damit zufrieden, man kann Anregungen einbringen, wie man es anders macht, aber Sie sagen ja, Sie wollen ihn einsetzen. Ich stelle fest, der ist bereits eingesetzt. "Familien- und frauenfreundlicher Betrieb" - ein Preis, der seit 1998 in Thüringen existiert und er wird von der Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung im Zweijahresturnus durchgesetzt. Bringen Sie sich ein, um etwas anderes zu machen, aber, meine Damen und Herren, den Preis gibt es. Da brauchen wir nicht von der SPD aufgefordert zu werden, diesen einzubringen.

Ich habe deutlich gesagt, Familienpolitik ist keine einmalige Sache, die man irgendwann abarbeitet und dann in die Schublade legt. Familienpolitik sollte ein Wettstreit unter den Parteien sein. Sie haben gesagt, das Familienforum der SPD gibt es lange, das ist durchaus richtig. Aller-

dings hat man manchmal den Eindruck, es sei eine Geheimveranstaltung oder ein Geheimbund, denn man hörte recht wenig davon.

Meine Damen und Herren, wir werden uns von Seiten der Landesregierung in diesem Bereich gemeinsam mit der CDU-Landtagsfraktion unverändert stark machen und wir werden Familienpolitik als einen Kernpunkt unserer politischen Arbeit jetzt und auch in der Zukunft betrachten, dazu bedarf es keiner Aufforderung. Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Bitte, Herr Abgeordneter Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Die SPD-Fraktion möchte, dass die Punkte 1 und 2 getrennt abgestimmt werden.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann werden wir das so tun, Ausschussüberweisung ist ja nicht beantragt worden. Bitte, Frau Nitzpon.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt für den Punkt 1 die namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut. Dann beginnen wir zunächst mit der Abstimmung für Punkt 1 der Drucksache 3/2253. Die Schriftführer sind schon unterwegs, bitte sammeln Sie die Stimmkarten ein.

Hatten alle Gelegenheit, ihre Stimmkarte abzugeben? Dann schließe ich die Stimmabgabe und bitte um die Auszählung.

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder Platz. Mir liegt das Stimmergebnis zur namentlichen Abstimmung zu Punkt 1 der Drucksache 3/2253 vor. Es wurden 73 Stimmen abgegeben, davon 29 Jastimmen, 43 Neinstimmen, 1 Enthaltung, damit ist dieser Punkt 1 des Antrags abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1).

Wir stimmen jetzt noch Punkt 2 ab. Wer dem Punkt 2 der Drucksache 3/2253 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch dieser Punkt 2 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Frau Nitzpon, Sie haben einen Antrag.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Wenn der Tagesordnungspunkt jetzt geschlossen ist, beantrage ich laut § 22 - Abweichung von der Tagesordnung - Abs. 1 Nr. 2, dass die Reihenfolge der Beratungsgegenstände am heutigen Tag geändert wird und wir den Tagesordnungspunkt 13 "Wahl von Mitgliedern für den Stiftungsrat der Thüringer Ehrenamtsstiftung" jetzt im Anschluss behandeln und den Tagesordnungspunkt 12 erst danach, weil wir in Rostock Parteitag haben.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut. Das werden wir dann abstimmen. Wer für die Änderung der Tagesordnung in dem Sinne stimmen will, dass die Reihenfolge von Punkt 11 und Punkt 12 vertauscht wird, also jetzt erst Punkt 12 verhandelt wird, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Tagesordnungspunkt 13.)

Entschuldigung, Punkt 13, ja natürlich. Aber das sah jetzt nach einer sehr großen Mehrheit aus.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Auszählen!)

Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Bei einer Anzahl von Gegenstimmen und wenigen Stimmenthaltungen ist diesem Antrag stattgegeben.

So rufe ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 13** auf

**Wahl von Mitgliedern für den
Stiftungsrat der Thüringer
Ehrenamtsstiftung**

dazu: Unterrichtungen durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/2235/2248 -

Die Landesregierung hat am 18. Dezember 2001 die Errichtung einer Thüringer Ehrenamtsstiftung als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts beschlossen. Gemäß § 7 Abs. 1 der Stiftungssatzung besteht der Stiftungsrat aus sieben Mitgliedern, drei dieser Mitglieder sind vom Thüringer Landtag zu wählen. Sie müssen nicht Mitglied des Landtags sein. Das Wahlverfahren ist in der Satzung nicht ausdrücklich geregelt, so dass die allgemeine Verfahrensvorschrift des § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung Anwendung findet. Danach ist eine Verhältniswahl durchzuführen. Dementsprechend haben die Fraktionen bereits ihre Wahlvorschläge eingereicht.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann bei Wahlen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Mitglied des Landtags widerspricht. Gibt es Widerspruch? Es gibt Widerspruch, Herr Abgeordneter Schwäblein, so dass wir von dieser

Möglichkeit keinen Gebrauch machen können, und es findet eine geheime Wahl statt. Dazu wird wie folgt verfahren: Es gibt einen Stimmzettel. Die Wahl der Mitglieder wird in einem Wahlgang über einen Stimmzettel durchgeführt. Dabei hat jeder Abgeordnete die Möglichkeit, für nur einen der jeweiligen Wahlvorschläge der Fraktionen zu stimmen. Die Abgeordneten Bechthum, Braasch und Huster werden als Wahlhelfer fungieren.

Sind alle Vorbereitungen getroffen? Dann können wir mit dem Namensaufruf beginnen. Bitte, Herr Pohl.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Althaus, Dieter; Arenhövel, Johanna; Bechthum, Rosemarie; Becker, Dagmar; Bergemann, Gustav; Böck, Willibald; Bonitz, Peter; Botz, Gerhard; Braasch, Detlev; Buse, Werner; Carius, Christian; Dittes, Steffen; Doht, Sabine; Döring, Hans-Jürgen; Ellenberger, Irene; Emde, Volker; Fiedler, Wolfgang; Fischer, Ursula; Gentzel, Heiko; Gerstenberger, Michael; Goebel, Jens; Grob, Manfred; Groß, Evelin; Grüner, Günter; Hahnemann, Roland; Heß, Petra; Heym, Michael; Höhn, Uwe; Huster, Mike; Illing, Konrad; Jaschke, Siegfried; Kallenbach, Jörg; Kaschuba, Karin; Klaubert, Birgit; Klaus, Christine; Koch, Joachim; Köckert, Christian; Kölbel, Eckehard; Kraushaar, Ingrid; Krauß, Horst; Kretschmer, Otto; Kretschmer, Thomas; von der Krone, Klaus; Kummer, Tilo;

Abgeordneter Carius, CDU:

Lehmann, Annette; Lieberknecht, Christine; Lippmann, Frieder; Mohring, Mike; Dr. Müller, Alfred; Nitzpon, Cornelia; Nothnagel, Maik; Panse, Michael; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pohl, Günter; Pöhler, Volker; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Schemmel, Volker; Scheringer, Konrad; Schröter, Fritz; Dr. Schuchardt, Gerd; Schugens, Gottfried; Schuster, Franz; Schwäblein, Jörg; Sedlacik, Heidrun; Seela, Reyk; Dr. Sklenar, Volker; Sojka, Michael; Sonntag, Andreas; Dr. Stangner, Isolde; Stauch, Harald; Tasch, Christina; Thierbach, Tamara; Trautvetter, Andreas; Dr. Vogel, Bernhard; Vopel, Bärbel; Wackernagel, Elisabeth; Wehner, Wolfgang; Wetzel, Siegfried; Dr. Wildauer, Heide; Wolf, Bernd; Wolf, Katja; Wunderlich, Gert; Dr. Zeh, Klaus; Zimmer, Gabriele; Zitzmann, Christine.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich nehme an, dass jeder die Möglichkeit hatte, seine Stimme abzugeben. Es kann ausgezählt werden. Der Wahlgang ist geschlossen.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl der Mitglieder für den Stiftungsrat der Thüringer Ehrenamtsstiftung bekannt. Es sind 77 Stimmzettel abgegeben worden, von diesen waren 9 ungültig und 68 gültig. Von den abgegebenen gültigen Stimmzetteln entfielen auf den Wahlvorschlag der CDU 49 Stimmen, auf den der PDS 19 Stimmen. Damit sind

gemäß § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren als Mitglieder für den Stiftungsrat der Thüringer Ehrenamtsstiftung gewählt für die Fraktion der CDU 2 Mitglieder, für die Fraktion der PDS 1 Mitglied, das sind die Mitglieder Evelin Groß, Michael Panse und Tamara Thierbach. Ich kann damit den Tagesordnungspunkt 13 schließen.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12**

Zukunft der Fernwasserversorgung

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2255 -

Durch die einreichende Fraktion ist Begründung durch Frau Abgeordnete Becker beantragt worden.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das System der öffentlichen Fernwasserversorgung steht auf der Kippe. Im Jahre 2003 laufen die Fernwasserverträge aus. Es besteht die Gefahr, dass die Bezieher von Fernwasser die Verträge unter den jetzigen Bedingungen nicht verlängern werden. Dies würde das Problem, viel Fernwasser auf der einen Seite, weniger Abnehmer auf der anderen, noch verstärken. Zu hohe Kosten stehen zu niedrigen Einnahmen gegenüber. Wir sind interessiert an pragmatischen Lösungen, die dauerhaft die Versorgung in Thüringen mit qualitativ hochwertigem Fernwasser zu akzeptablen und vor allem zu marktfähigen Preisen garantieren. Die Suche nach guten, vernünftigen und auch bezahlbaren Lösungswegen sollte eigentlich Anliegen aller Abgeordneten in diesem Hause sein.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich glaube aber, meine Damen und Herren der CDU, Sie wissen wieder einmal nicht, was Sie tun. Der Herr Minister oder - besser gesagt - die Minister geben den Weg vor und Sie folgen ihm in blindem Gehorsam und sind auch nicht bereit, über andere vernünftige Lösungen oder Lösungswege nachzudenken.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Welche?)

Ja, die geben wir Ihnen schon vor. Mit der vom Ministerium angestrebten Zwangsfusion sind Sie jedenfalls auf dem Holzweg. Herr Krauß, bevor Sie dann wieder so um sich schlagen oder wettern, würde ich Ihnen raten, den Beschluss "Zukunft der Fernwasserversorgung in Thüringen" in Drucksache 3/2177 zu lesen. Der ist nämlich fast identisch mit unserem ersten Absatz des Antrags. Nur, dass Sie nachher, wenn Sie dann wieder loslegen mit Ihrem Palaver, schon wissen, wovon Sie reden, würde ich Ihnen raten, das noch mal zu lesen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich hoffe, Herr Minister, Sie können mit uns mitgehen, dass das I. Quartal 2002 bald zu Ende ist. Vielleicht könnten Sie sich doch noch überzeugen lassen, heute schon über die Fortschritte Ihrer Verhandlungen mit uns zu reden. Danke schön.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es ist angekündigt, dass der Sofortbericht nicht gegeben wird. Aber als Erster in der Aussprache möchte sich Minister Dr. Sklenar zu Wort melden.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sofortbericht kommt nicht, denn wir haben festgelegt, dass wir den Bericht Ende dieses Quartals schriftlich einreichen werden, und das werden wir auch dementsprechend einhalten. Also braucht auch niemand darauf zu warten, dass jetzt irgendetwas Neues von meiner Seite aus kommt, denn jeder weiß, wir haben in der letzten Zeit sehr oft schon in diesem Raum darüber gesprochen und wir haben in der 46. Sitzung am 15. Juni 2001 den Bericht der Landesregierung vom 21. Mai 2001 zur Zukunft der Fernwasserversorgung im Freistaat Thüringen beraten. Im Ergebnis ist dann die Landesregierung gebeten worden, regelmäßig über die Gespräche zu berichten. Dieser Bitte ist die Landesregierung bisher in weitem Umfang nachgekommen. Inzwischen liegen Ihnen die Zwischenberichte vom 11. Oktober 2001, vom 28. November 2001 und zur Zukunft der Fernwasserversorgung vor.

Letzterer wurde in der Landtagssitzung vom 25. Januar dieses Jahres ausführlich beraten. Im Ergebnis dieser Beratung wurde die Landesregierung mit Beschluss des Landtags in Drucksache 3/2177 gebeten, noch im I. Quartal sowohl zur Finanzierbarkeit der Entschuldung des fusionierten Unternehmens als auch über den Stand der Fusionsverhandlungen mit den beteiligten Unternehmen zu berichten. Der Bericht - ich sagte es bereits - ist erarbeitet und wird dem Landtag in den nächsten Tagen zugeleitet. Soweit Sie die Landesregierung auffordern, über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit den beiden Fernwasserzweckverbänden zu berichten, darf ich Sie auf die zu dieser Thematik bereits erfolgte Berichterstattung der Landesregierung verweisen. Zur Erinnerung: Wir waren von Anfang an bemüht, mit Blick auf die Zukunft der Fernwasserversorgung mit beiden Fernwasserzweckverbänden Verhandlungen zu den vorgesehenen Fusionen der an der Fernwasserversorgung beteiligten Unternehmen zu führen. Die betriebswirtschaftlichen Untersuchungen des Unternehmens Kienbaum Management Consultants im Jahr 2001 wurden auf der Basis einvernehmlich abgestimmter Aufgabenstellungen beider Fernwasserzweckverbände durchgeführt. Alle Vorgespräche zu diesen Untersuchungen und jeweils die Diskussion der Zwischen-

ergebnisse bis hin zum Abschlussbericht wurden auch unter Beteiligung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen mit beiden Fernwasserzweckverbänden geführt.

Wie Ihnen bekannt ist, hat die Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverbandes Südthüringen am 13. September 2001 beschlossen, an den weiteren Fusionsverhandlungen nicht teilzunehmen. Dieser Beschluss wurde in der Verbandsversammlung am 18. Januar 2002 erneut bestätigt. Sowohl die Teilnahme von Staatssekretär Illert an einer Diskussionsrunde am 14. Oktober 2001 beim Fernwasserzweckverband Südthüringen, an der auch eine Reihe von Landtagsabgeordneten teilgenommen haben, als auch im IV. Quartal 2001 geführte Einzelgespräche mit dem Verbandsvorsitzenden des Fernwasserzweckverbandes haben zu keiner Änderung der Beschlusslage des Verbands geführt. Im Interesse eines zügigen Fortgangs und Abschlusses der Fusionsverhandlungen wurde die Landesregierung durch Beschluss des Landtags vom 25. Januar 2002 ausdrücklich gebeten, die Verhandlungen auch ohne Südthüringen mit dem Ziel fortzuführen, die Fusion mit schnellstmöglicher reduzierender Wirkung für die Fernwasserpreise rechtswirksam werden zu lassen.

Mit diesem Vorgehen war der Fernwasserzweckverband Südthüringen auch einverstanden. Sowohl in den Vorgesprächen als auch später zu den Fusionsverhandlungen haben die beteiligten Unternehmen jeweils rechtzeitig und vollständig die erforderlichen Informationen und Unterlagen bekommen und haben denen auch vorgelegen. Überwiegend wurden diese Unterlagen unter intensiver Mitwirkung der Fernwasserzweckverbände erstellt. Das ist ja selbstverständlich.

Der von Ihnen geforderte Entschuldungsplan für die an den gegenwärtigen Verhandlungen beteiligten Unternehmen wird derzeit erarbeitet. Er wird spätestens Gegenstand der Befassung des Landtags mit dem Haushaltsentwurf 2003/2004 sein. Soweit Sie darüber hinaus die Landesregierung auffordern, die im Rahmen der Verhandlungen erforderlichen Informationen und Unterlagen von beiden Fernwasserzweckverbänden dem Landtag rechtzeitig und vollständig vorzulegen, verweise ich auf die bereits dargestellte bisherige Berichterstattung der Landesregierung gegenüber dem Landtag. Die bisher erarbeiteten Unterlagen, soweit sie nicht unter Mitwirkung des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen erstellt wurden, sondern durch die hinzugezogenen Beratungsunternehmen, werden diesen unmittelbar nach ihrer Erstellung zur Verfügung gestellt und diskutiert. Die Übergabe von Informationen und Unterlagen zu den bisherigen Verhandlungsergebnissen an den Fernwasserzweckverband Südthüringen macht nur dann Sinn, wenn er die von mir erwähnte Beschlusslage seines Verbandes vom 13. September 2001 bzw. 18. Januar 2002 ändert.

Was wollte der Verband denn mit Informationen und Unterlagen, wenn er sie nicht im Rahmen von Verhandlungen verwenden will? Der Wirtschaftsplan 2003 und

die mittelfristige Unternehmensplanung für die Jahre 2004 bis 2007 sowie die Planung für die künftige Belastung des Landeshaushalts können Ihnen dann zur Verfügung gestellt werden, wenn sie abschließend erarbeitet sind. Hierzu verweise ich erneut auf die bisherige zeitnahe Berichterstattung der Landesregierung zu den jeweiligen Ergebnissen der Fusionsverhandlung. Dieses Vorgehen wird auch in Zukunft beibehalten. Die dauerhafte Sicherung kommunaler Vermögenswerte ist nicht gefährdet. Das neue Unternehmen wird durch die vom Land beabsichtigte Entschuldung eine solide Basis für die künftige Geschäftstätigkeit erhalten. Dabei muss es eines der Grundanliegen des Unternehmens mit kommunaler Beteiligung sein, seine Vermögenswerte zu erhalten. Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Kummer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass wir trotz der fortgeschrittenen Stunde und der doch relativ geringen Anwesenheit im hohen Haus den Tagesordnungspunkt heute noch behandeln. Ich denke, es ist seiner Bedeutung auch angemessen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Wenn Sie Bundesparteitag haben.)

Ich bedaure es natürlich, dass Herr Krauß nicht schon vor mir gesprochen hat. Wahrscheinlich hat er vorhin, als die Regierungserklärung lief und er in den Gelben Seiten blätterte, nicht das Richtige gefunden für seine heutige Rede. Ich denke, da wird auch nicht alles zu dem Thema drinstehen.

Herr Minister, zu Ihren einführenden Bemerkungen nur so viel: Auch wenn das Thema Sie anfängt zu langweilen, wir werden uns in der nächsten Zeit weiterhin regelmäßig damit beschäftigen, spätestens in der nächsten Plenarsitzung beim Haushalt.

Meine Damen und Herren, den größten Teil der heutigen Plenarsitzung hat die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten geprägt und dabei vor allem eine Aufzählung der besonders hervorzuhebenden Leistungen der CDU in Thüringen in der Zeit der Alleinregierung. Mir hat dabei noch ein bisschen was gefehlt, deshalb möchte ich die Zahlenreihe Ihrer hervorragenden Ergebnisse hier noch ein wenig fortsetzen. Und zwar möchte ich zitieren aus dem Erfolgsplan der Thüringer Talsperrenverwaltung, der dem Haushalts- und Finanzausschuss zugegangen ist. Im Jahr 1997 gab es bei der Thüringer Talsperrenverwaltung einen

Fehlbetrag von 2,4 Mio. DM, im Jahr 1998 gab es bei der Thüringer Talsperrenverwaltung einen Fehlbetrag von 104,828 Mio. DM und dann mit Beginn Ihrer Alleinregierung - man höre und staune - 1999 0 DM Fehlbetrag. Im Jahr 2000 gab es vom Plan her sogar einen Überschuss von 7,054 Mio. DM, im Jahr 2001 einen geplanten Überschuss von 3,674 Mio. DM und im Jahr 2002 - da vermute ich mal, dass das schon Euro sind - 2 Mio. € Überschuss. Meine Damen und Herren, eine tolle Bilanz, aber wie mein Fraktionsvorsitzender, Herr Ramelow, in der Antwort auf Ihre Regierungserklärung schon gesagt hat: Top Thüringen - aber was ist, wenn der Top' nun ein Loch hat? Die Ursache für diese positive Entwicklung seit 1999 ist die Einführung der institutionellen Förderung, wo die Verluste ausgeglichen werden und die Gewinne, die sich dann wiederfinden, das sind die Investitionsförderungen, die an die Talsperrenverwaltung gegangen sind, so dass am Jahresende ein Plus herauskommen muss. Warum wurde diese institutionelle Förderung nun eingeführt? Ich denke, das ist eine Kernfrage bei der ganzen Debatte und da, muss ich sagen, erhärtet sich bei uns immer mehr der Eindruck, dass die Einführung zur Verschleierung der Tatsachen diene.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, an der Einführung dieser institutionellen Förderung und den jetzt relativ unübersichtlichen finanziellen Problemen in der Talsperrenverwaltung haben wir noch heute zu leiden; unter anderem bei der Suche nach der Lösung von Problemen.

Noch ein anderer Fakt zu diesem Thema: Die Landesregierung hat sich mit dieser institutionellen Förderung selbst einen Weg verbaut, nämlich den Weg, eine Talsperre wie die Talsperre Leibis als Infrastrukturmaßnahme fördern zu lassen mit Hilfe von EU-Mitteln aus dem EFRE-Fonds. Wir hätten für diese Infrastrukturmaßnahme bis zu 90 Prozent von EU-Fördermitteln bekommen können und das scheinen wir in Thüringen nicht nötig zu haben. Ich möchte nur einmal an die Investitionssumme Leibis erinnern: Insgesamt hat es ja bisher etwa 800 Mio. DM betroffen. Ich denke, einen großen Teil dieser Summe hätte man ohne die institutionelle Förderung mit EU-Mitteln finanzieren können. Aber solche Informationen stehen natürlich nicht in den Gelben Seiten, Herr Krauß.

(Beifall Abg. Becker, SPD)

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Er liest mehr als die Gelben Seiten.)

Es ist ja schön, wenn er mehr liest, aber er scheint sich ja bisher nicht über solche Fragen informiert zu haben. Weiter zum SPD-Antrag: Hier wird noch einmal versucht für die Fusionsentscheidung, die unser Haus treffen sollte, Sicherheiten zu schaffen. Im Zentrum der Fusion steht ja eine Preisentwicklung von 62 Cent, die angestrebt werden soll; wir hätten die Probleme vielleicht nicht, wenn wir

bisher EU-Mittel für unsere Investitionen in diesem Sektor bekommen hätten, aber es wird ja vermutet, dass wir die 62 Cent trotzdem durch die Fusion erreichen können. Dabei spielt eine große Rolle das Absatzpotenzial, das es noch zu ermitteln gilt. Es gibt da Vermutungen, von der Firma Kienbaum haben wir gehört, welches Absatzpotenzial es noch geben könnte. Aber ich glaube, der Antrag der SPD-Fraktion ist hier schon genau auf dem Punkt, wenn er sagt, hier müssen die Daten konkret ermittelt werden und da muss man eben zu den einzelnen möglichen Partnern gehen und muss fragen, welches Absatzpotenzial sich bei einem Preis von 62 Cent ergeben könnte, und hier konkrete Vorverträge versuchen zu schließen.

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat gesagt, an dem Entschuldungsplan wird gearbeitet. Wir haben ja durch Kleine Anfragen erfahren, um welche Summen an Schulden es sich bisher handelt; dann kommt mit Leibis noch einiges hinzu und vielleicht auch noch ein paar andere Sachen. Ich denke, das muss wirklich sehr deutlich geklärt werden, denn es spielt für den Landshaushalt in Zukunft eine wesentliche Rolle. Das ist eben auch ein Punkt, wo ich denke, dass wir uns im Nachtragshaushalt unterhalten müssen, weil ich irgendwo nicht verstehe, wie wir im Bereich der Talsperrenverwaltung kürzen können.

Zum nächsten Punkt: Was passiert, wenn die Fusion zustande kommt, ohne dass diese Fragen vorher geklärt werden? Nach dem gegenwärtigen Stand sieht es ja so aus, als würden wir eine Fusion bekommen von der Talsperrenverwaltung und dem Fernwasserzweckverband Nord-Ost. Es wird wahrscheinlich eine Anstalt öffentlichen Rechts gegründet und in dieser Anstalt öffentlichen Rechts ist das Land natürlich der Hauptanteilseigner, wenn man das jetzt einfach so sagen kann, dadurch, dass ja die Talsperrenverwaltung als Landesanteil reingeht und natürlich auch die Summe für die Entschuldung, die ansteht. Dieses neue Unternehmen garantiert also dann einen Abnahmepreis von 62 Cent wahrscheinlich über zehn Jahre. Was ist, wenn dieser Abgabepreis nicht eintritt? Wer muss dann die fehlenden Summen finanzieren?

Meine Damen und Herren, eine offene Frage, die wir sicherlich sehr tiefgründig beantworten sollten. Hektische Eile und mangelnde Informationen, unter anderem auch bei den im Fernwasserzweckverband Nord-Ost entscheidenden Verbandsmitgliedern, führen eventuell zu Risiken. Diese Risiken sollten wir ausschließen. Wir brauchen für eine nachhaltige Fernwasserversorgung Sicherheit. Deshalb, meine Damen und Herren, unsere Forderung: Schaffen Sie die institutionelle Förderung der Talsperrenverwaltung ab, versuchen Sie bei der Europäischen Union noch Fördermöglichkeiten zu retten und alle Informationen für alle Beteiligten sollten auf den Tisch.

Meine Damen und Herren, ich erneuere noch einmal unser Angebot, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Da sollten wir nicht einfach auf festgefahrenen Gleisen ver-

harren, sondern uns auch nach anderen Lösungen umsehen. Herr Althaus hat vorhin in seiner Rede zur Regierungserklärung von schwierigen Diskussionen zum Fernwasser gesprochen; ich fordere Sie auf, diskutieren Sie in Zukunft mit allen Beteiligten. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Becker gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Ich denke, Sie wollten nicht?)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Ich wollte immer, ich will immer.)

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Nein, du wolltest nicht.)

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unser Gespräch mit den Vertretern der Fernwasserzweckverbände hat offensichtlich gezeigt, dass Sie mit dem Vorgehen der Landesregierung ein paar Probleme haben und Sie auch noch nicht darüber einig sind, wie denn der Weg in Zukunft gehen soll. Obwohl wir für den nächsten Prozess wirklich nicht viel Zeit haben, das wissen Sie auch, Herr Minister. Eine Entscheidung über die Art und Weise der Fortführung der Fernwasserversorgung muss zügig getroffen werden, da insbesondere im Bereich Fernwasserzweckverband Nord-Ost ein Wegbrechen des Absatzes von Fernwasser zu befürchten ist. Verhandlungen sind nur dann wirklich sinnvoll, wenn sie mit allen Partnern abgesprochen und durchdiskutiert werden und nicht nur mit Partnern, die Ihnen gerade genehm sind, wenn diese Partner alle Informationen rechtzeitig und vollständig bekommen - und zu diesen Partnern zählen wir auch den Landtag und die darin vertretenen Parteien. Von großem Interesse - darauf sind Sie ja auch, Gott sei Dank, vorhin schon einmal kurz eingegangen, Herr Minister - ist für die Kommunen, wie es nach Ihrer angestrebten Fusion mit den kommunalen Vermögenswerten weitergeht. Sie müssen wirklich dauerhaft gesichert sein und nur mit einem Satz hier im Plenum ist es wirklich nicht abgetan. Sie müssen die Beweise dafür antreten, wie das geschehen soll, wenn denn Ihre angestrebte Fusion kommen soll. Vielleicht sollten die zuständigen Politiker der CDU-Fraktion auch einmal die Diskussion mit den Zweckverbänden suchen.

(Beifall bei der PDS)

Ich weiß ja, weder Herr Ungvari noch Herr Kummer gehören unserer Partei an. Wir haben da sehr offene Ohren und Gesprächsbedarf vorgefunden und ich kann wirklich nicht verstehen, warum Sie nicht darauf eingehen und diese

Gespräche mit diesen Leuten suchen und uns nicht immer hier beschimpfen, wenn es um unsere Anträge geht.

(Beifall bei der SPD)

Seit Beginn des Jahres hat die CDU und auch die Landesregierung zwar immer mit Worten von hier vorn gesagt, es wird alles getan, wir bekommen eine schnelle Lösung des Problems, die Fernwasserversorgung ist gesichert, Leibis wird gebaut. Aber die Worte hier vorn höre ich wohl, doch was Sie dann tun, ist immer etwas anderes. Zwar hat die Landesregierung die Zweckverbände mehrfach unter Druck gesetzt, der von ihr beabsichtigten Fusion schnellstmöglich zuzustimmen, allerdings hat sie noch immer nicht erkannt, dass ein verantwortungsbewusst handelnder Zweckverband, der ja schließlich erhebliche kommunale Vermögenswerte treuhänderisch zu verwalten hat, einer Fusion so lange gar nicht zustimmen kann, wie die betriebswirtschaftlichen Informationen über den künftigen Fusionsbetrieb und ausreichende Garantien nicht vorhanden sind. Nun haben Sie ja heute schon einen leichten Schritt nach vorn getan, dass der Entschuldungsplan erarbeitet und uns dann sicherlich schon bald zur Verfügung gestellt wird. Ich freue mich, dass Ihre CDU-Fraktion heute unserem Antrag dementsprechend auch zustimmen kann. Es wäre ja auch einmal ein Fortschritt, wenn Sie nun endlich einsehen, dass wir nicht nur Politik und - was hat Herr Krauß das letzte Mal gesagt - auf Populismus gehen, wir wollen eine Lösung und wir sind keine Verhinderer dieser Lösung, aber wir wollen eine faire Lösung für alle. Wir wollen keine Fusion auf Teufel komm raus, ohne dass wir dann wissen, ob das alles haltbar ist, was Sie uns vorgeben. So lange die Talsperrenverwaltung noch eine Blackbox ist - und nicht nur für uns, für die Mitglieder der Opposition, sondern auch für die Zweckverbände ist es bis jetzt eine Blackbox -, so lange kann man auch nicht erlernen, dass Südthüringen sich wieder an den Verhandlungstisch setzt. Herr Minister, Sie haben vorhin von dem Antrag im Januar gesprochen, dass Sie da auch den Auftrag bekommen haben, ohne Südthüringen zu verhandeln, das habe ich daraus nicht gelesen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)

Nein, es steht da, es soll alles Mögliche unternommen werden, dass mit allen Partnern verhandelt wird. Ich halte das wirklich für schwierig, wenn Sie Nordthüringen die Entschuldung versprechen und Südthüringen nur entschulden wollen, wenn sie ihre Fusion eingehen, aber Kienbaum hat nun einmal nicht hundertprozentig nach Aussage von Herrn Dr. Kummer, wir haben die Kienbaum-Studie nicht, bewiesen, dass Sie auf die 62 Prozent kommen und dass der Absatz auf zehn Jahre oder auf mehr gesichert ist. Kienbaum bleibt diese Sache schuldig. Herr Dr. Kummer hat uns ja ein Gutachten übergeben, was für uns sehr interessant scheint, das wir vielleicht auch einmal der in Ihrem Haus vorhandenen Kienbaum-Studie gegenüberstellen sollten, weil dieses Gutachten vom Fernwasserzweckver-

band Süd ja davon spricht, dass die Fusion nicht das alleinige Heilmittel sein kann, und auch andere Lösungswege aufzeigt. Vielleicht können wir ja im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt darüber reden und vielleicht könnten Sie sich dann noch einmal herabbegeben, dass die Kienbaum-Studie dieser Studie von Südhüringen gegenübergestellt wird. Dann können wir ja mit den neuen Erkenntnissen auch wieder über diese Fusion reden, obwohl ich für die SPD-Fraktion sprechen muss, dass ich immer noch nicht glaube und auch keine technischen Daten dafür habe, dass diese Fusion wirklich das einzig Wahre ist. Sie sind uns diesen Beweis noch schuldig geblieben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Sie sprechen das immer wieder an, aber auch Herr Ministerpräsident hat ja gesagt, es geht nur um die Fusion. Aber wieso? Erklären Sie uns doch einmal bis ins Detail, bis auf die letzte Zahl, damit auch ich es verstehe, wieso nur diese Fusion? Es gibt keine rechtlichen durchgerechneten Gründe dafür, dass wir dann eine Garantie von diesem Fernwasserpreis haben. Da nun beide, ich meine, Herr Kummer ein bisschen mehr störrisch, Herr Ungvari sicherlich in seinem Verhalten schon als Mensch sehr freundlich im Umgang, Sie nicht so abgestoßen haben, aber beide warten darauf, dass Sie den Weg zeigen, wie Sie das machen wollen. Sie kommen immer nur und sagen, Sie wollen die Fusion, aber Sie haben uns noch nicht gesagt, wie der Weg gehen soll und wie die Lösung aussehen soll, nur immer den Punkt zielen und das kann nicht sein.

Ich hoffe, die CDU-Fraktion kann unserem Antrag zustimmen. Wir werden gespannt auf den Bericht der Landesregierung warten, der ja bis 31. März vorliegen muss. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist wirklich so.)

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren ... Herr Abgeordneter Krauß, CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Jeder hat das Recht hier zu reden, Herr Kummer.)

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Wir freuen uns darüber.)

Abgeordneter Krauß, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich wollte

ich nur hier vorgehen und sagen, ich empfehle die Ablehnung des Antrags,

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Bleiben Sie dabei.)

aber nach der netten Aufforderung meiner Kollegin Becker und natürlich von Herrn Kummer

(Heiterkeit bei der SPD)

muss ich vielleicht doch noch 2 bis 25 Sätze hier verlieren.

Herr Kummer, Sie mögen sich ja mit allen möglichen Dingen beschäftigen, aber ich garantiere Ihnen, ich kann bestimmt aus den Gelben Seiten mehr lesen, als Sie je mit Ihrer Kaffeesatzleserei hier erahnen können. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Das merken wir an Ihrer Rede.)

(Beifall bei der CDU)

Zum Antrag: Der Antrag der SPD kommt zum einen viel zu spät

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Der Minister sagt, er kam viel zu früh.)

und zum anderen ist er durchaus auch überflüssig, denn, wie Sie heute schon gehört haben, ist zum Ende des I. Quartals der Bericht der Landesregierung fällig. Der Antrag, den wir dazu im Januar verabschiedet haben, gibt diesen klaren Auftrag. Es gab bisher und es gab heute auch wieder jede Menge Lamento von der Opposition, man habe ja keine Zahlen und man wüsste ja nicht und das ominöse Kienbaum-Gutachten und, und, und. Nun ist mir gesagt worden, speziell vor der letzten Landtagssitzung, als wir uns mit diesem Thema beschäftigt haben, das Protokoll der vertraulichen Sitzung, als die Kienbaum-Studie einschließlich der Zahlen vorgestellt wurde, da wäre nicht ein einziger Abgeordneter dort gewesen und hätte das nachgelesen. Warum wohl? Da muss man sich nämlich in persona hinbemühen und kann nicht die Referenten schicken und sich das ausarbeiten lassen. Das wird wohl der Grund sein.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

Wenn Sie so wissbegierig sind, wie Sie sich hier immer hinstellen, ja, warum haben Sie dann in dieser ominösen Ausschuss-Sitzung nicht nachgefragt, warum saßen Sie dann dort wie die Stockfische? Dann stellen Sie sich hierher und schreien rum und tönen, wir erfahren nichts, wir bekommen nichts gesagt. Ja, wer nicht fragt, bekommt keine Antwort. Liebe Leute, das ist nun einmal so.

(Beifall bei der CDU)

Sie können das gern in diesem vertraulichen Protokoll nachlesen. Es ist Wortprotokoll geführt worden. Da können Sie nachlesen, was Sie alles gefragt haben, wie wissbegierig Sie waren, ohne dazu viel zu sagen. Eines freut mich natürlich ein bisschen, dass die PDS unserer Anregung im letzten Plenum gefolgt ist und ihren Antrag, den sie hier im Februarplenum hatte, so wie er da im Plenum gestellt war, nun mit Hilfe der SPD in den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt eingebracht hat, und da gehört er auch hin. Diese Empfehlung hatten wir Ihnen ja letztens schon gegeben. Ich denke, wir werden dort nicht bloß die Gelegenheit haben, die Zahlen zu erfahren, sondern wir haben dort auch die Gelegenheit, uns nämlich mit dem Gutachten der Süddeutschen Treuhand zu beschäftigen. Frau Becker, ich verstehe, dass Sie nicht sonderlich auf dieses Gutachten eingegangen sind, da es offensichtlich nicht ganz so ausgefallen ist, wie Sie sich das für Ihre Argumentation gewünscht hätten.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD)

Ich meine, es gibt auch Leute, die sind mit wenig zufrieden, das ist klar, aber ... Auf der Strecke hier wollten Sie ja eigentlich maximale Ergebnisse.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wieso denn wir?)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Es geht doch nicht um uns.)

Der Herr Abgeordnete Kummer hat - und das habe ich in den Reden aus dem Januar- und Februarplenum noch einmal nachgelesen, ich habe mir die Mühe gemacht, obwohl es nicht unbedingt erheiternd war, wenn man immer wieder dasselbe liest - damals gesagt, das Fusionsmodell ist gescheitert, unter anderem deshalb, weil der Zweckverband Süd an den Verhandlungen nicht mehr teilnimmt und damit quasi die Einsparpotenziale nicht mehr gegeben seien.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Aha.)

Nun sagt genau dieses Südtreuhand-Gutachten, dass im Zweckverband Süd schon so viel geschehen sei, dass dort ein größeres Einsparpotenzial nicht mehr zu erwarten sei, dass die größten Einsparungen sicher bei Nordost liegen. Dies ist übrigens auch einer der Gründe, weshalb Dr. Kummer sagt, wir können das auch allein. Das ist ja Ihr gutes Recht. Wir haben immer gesagt, wir wollen hier Freiwilligkeit. Im Übrigen, Herr Kummer, wenn Sie sagen, wir hätten Leibis mit 90 Prozent fördern oder gefördert bekommen können, bis zu 90 Prozent haben Sie exakt gesagt, dann muss man einfach einmal nachprüfen: Wann hat denn der Leibis-Bau begonnen und können denn überhaupt Vorhaben, die schon durchgeplant, genehmigt und angefangen sind, noch gefördert werden? Das ist auch einmal eine Frage, die man da mit bedenken sollte.

(Unruhe im Hause)

Die Fragen von Schulden und Entschuldung sind nicht geklärt. Glauben Sie denn wirklich, dass die kommunalen Vertreter der kommunalen Zweckverbände, die ja wiederum Mitglieder in den Fernwasserzweckverbänden sind, sich auf ein solches Spiel einlassen würden? Da schätzen Sie die Leute aber sehr, sehr gering ein. Gerade in der letzten Plenarsitzung, als wir uns hier trefflich mit dem Antrag der PDS auseinander gesetzt hatten, kam die Mitteilung, dass der Fernwasserzweckverband bzw. die Verbandsversammlung dort getagt und eine Arbeitsgruppe gebildet hat, die sich intensiv mit all diesen Fragen beschäftigt. Unter anderem ist dort auch, wenn ich es richtig weiß, der Bürgermeister der Stadt Zeulenroda, der sicher ein kritischer Geist ist, mit drin. Er hat mir gesagt, dass sie natürlich die Zahlen einsehen werden und dass sie sich natürlich intensiv damit beschäftigen werden. Denn sie haben ja letztendlich auch die Verantwortung für ihre Verbraucher vor Ort.

Ich muss jetzt allerdings einen Bogen machen, denn ich darf hier nicht mehr "Lieblingsabgeordnete" sagen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD: So ist das.)

die Frau Becker hat nämlich in der letzten Sitzung angedroht, sie würde dann vielleicht ihr Mandat aufgeben. Diesen Verlust für die Thüringer Umweltpolitik, den wollen wir uns doch um Gottes Willen nicht leisten.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Da haben Sie ein Wahrnehmungsproblem.)

Frau Becker, Sie haben uns in der letzten Plenarsitzung vorgeworfen und auch in der entsprechenden Pressemeldung, die Sie sich sicher abgeholt haben, die Landesregierung würde die Fusion im Schweinsgalopp durchpeitschen wollen. In Ihrer neuen Pressemeldung vom 13. März 2002 sagen Sie: "Entgegen ihren Lippenbekenntnissen, eine schnelle Lösung herbeizuführen, halten Landesregierung und CDU-Fraktion weiterhin die notwendigen Daten geheim und verzögern dadurch eine baldige Einigung mit den Fernwasserverbänden." Ich bitte Sie ganz einfach, wir sind doch nicht diejenigen, die in der Verhandlung mit den Fernwasserzweckverbänden sind. Das sind doch nach wie vor die direkt Beteiligten, also die Landesregierung und die Zweckverbände. Wenn Sie jetzt sagen, wir würden verzögern und vor vier Wochen sagen,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Nein!)

die Landesregierung wolle mit Druck eine Fusion bis Ende 2003 oder schon früher erzwingen, da müssen Sie einmal sagen, was wollen Sie denn nun. Wollen Sie schnell, wollen Sie langsam, wollen Sie einen Mittelweg oder alle vier Wochen anders?

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Herr Krauß, ich wollte keine Fusion.)

Ich mache Ihnen ganz einfach den Vorschlag, dass wir uns mit diesem nicht ganz einfachen Problem nach dem Vorliegen des Berichts, der ja in gut zwei Wochen da sein müsste, im Umweltausschuss intensiv beschäftigen. Wenn wir ein oder zwei Ausschuss-Sitzungen halt nur diesem Thema widmen und uns mit diesem Thema auseinandersetzen, denke ich, das ist dienlicher, als sich alle vier Wochen hier im Plenum die gleichen Phrasen um die Ohren zu schmeißen.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der zeitlichen Überfälligkeit und auch der inhaltlichen Überholtheit Ihres Antrags kann ich namens meiner Fraktion nur die Ablehnung empfehlen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redemeldungen mehr vor, so dass ich die Aussprache zu dem Antrag schließen kann. Eine Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. Demzufolge stimme ich über den Antrag der SPD in der Drucksache - Herr Stauch?

Abgeordneter Stauch, CDU:

Wir bitten um namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Demzufolge stimmen wir namentlich über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3/2255 ab.

(Beifall Abg. Schemmel, SPD)

Die Abstimmung kann noch nicht abgeschlossen werden, weil ein Abgeordneter seine Stimmkarte nicht hat.

Ich kann die Abstimmung schließen und es wird gezählt.

Ich bekomme jetzt gleich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung. Wenn Sie vielleicht so freundlich wären, noch einmal Platz zu nehmen.

Über den Antrag "Zukunft der Fernwasserversorgung" in der Drucksache 3/2255 wurde wie folgt abgestimmt: Es wurden 70 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 28, mit Nein haben gestimmt 42 (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 12.

Damit schließe ich auch den heutigen Plenarsitzungstag, wünsche einen guten Nachhauseweg und weise darauf hin, dass die nächsten Plenarsitzungen am 25. und 26. April 2002 stattfinden.

Ende der Sitzung: 16.07 Uhr

Anlage 1**Namentliche Abstimmung in der 60. Sitzung am
15.03.2002 zum Tagesordnungspunkt 11****Familienpolitische Maßnahmen - Förderung der
Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/2253 -

hier: Nummer 1

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)	ja
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	51.	Nothnagel, Maik (PDS)	ja
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	52.	Panse, Michael (CDU)	nein
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
7.	Bonitz, Peter (CDU)		55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)	ja	56.	Pohl, Günter (SPD)	ja
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
10.	Buse, Werner (PDS)	ja	58.	Primas, Egon (CDU)	
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	59.	Ramelow, Bodo (PDS)	ja
12.	Dittes, Steffen (PDS)		60.	Schemmel, Volker (SPD)	ja
13.	Doht, Sabine (SPD)	ja	61.	Scheringer, Konrad (PDS)	
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	62.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	ja	63.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	64.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	65.	Schuster, Franz (CDU)	nein
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)	ja	66.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
19.	Gentzel, Heiko (SPD)		67.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	68.	Seela, Reyk (CDU)	nein
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	70.	Sojka, Michaele (PDS)	ja
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
26.	Heß, Petra (SPD)	ja	74.	Tasch, Christina (CDU)	Enthaltung
27.	Heym, Michael (CDU)	nein	75.	Thierbach, Tamara (PDS)	ja
28.	Höhn, Uwe (SPD)	ja	76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
29.	Huster, Mike (PDS)		77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
30.	Illing, Konrad (CDU)	nein	78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
31.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
32.	Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
33.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	
34.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	
35.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	ja	83.	Wolf, Bernd (CDU)	nein
36.	Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	84.	Wolf, Katja (PDS)	ja
37.	Köckert, Christian (CDU)	nein	85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
38.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
39.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
40.	Krauß, Horst (CDU)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	
41.	Kretschmer, Otto (SPD)				
42.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein			
43.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein			
44.	Kummer, Tilo (PDS)	ja			
45.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
46.	Lieberknecht, Christine (CDU)				
47.	Lippmann, Frieder (SPD)	ja			
48.	Mohring, Mike (CDU)	nein			

Anlage 2**Namentliche Abstimmung in der 60. Sitzung am
15.03.2002 zum Tagesordnungspunkt 12****Zukunft der Fernwasserversorgung**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/2255 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)		51.	Nothnagel, Maik (PDS)	ja
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	52.	Panse, Michael (CDU)	nein
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	53.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	56.	Pohl, Günter (SPD)	ja
7.	Bonitz, Peter (CDU)		57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)	ja	58.	Primas, Egon (CDU)	
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	59.	Ramelow, Bodo (PDS)	
10.	Buse, Werner (PDS)	ja	60.	Schemmel, Volker (SPD)	ja
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	61.	Scheringer, Konrad (PDS)	
12.	Dittes, Steffen (PDS)		62.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
13.	Doht, Sabine (SPD)	ja	63.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	64.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	ja	65.	Schuster, Franz (CDU)	
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	66.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	67.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)		68.	Seela, Reyk (CDU)	nein
19.	Gentzel, Heiko (SPD)	ja	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	70.	Sojka, Michael (PDS)	ja
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)		71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	74.	Tasch, Christina (CDU)	nein
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		75.	Thierbach, Tamara (PDS)	
26.	Heß, Petra (SPD)	ja	76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
27.	Heym, Michael (CDU)	nein	77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
28.	Höhn, Uwe (SPD)	ja	78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
29.	Huster, Mike (PDS)	ja	79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
30.	Illing, Konrad (CDU)	nein	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
31.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
32.	Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	
33.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	83.	Wolf, Bernd (CDU)	nein
34.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	84.	Wolf, Katja (PDS)	ja
35.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	ja	85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
36.	Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
37.	Köckert, Christian (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	ja
38.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	
39.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein			
40.	Krauße, Horst (CDU)	nein			
41.	Kretschmer, Otto (SPD)				
42.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein			
43.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein			
44.	Kummer, Tilo (PDS)	ja			
45.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
46.	Lieberknecht, Christine (CDU)				
47.	Lippmann, Frieder (SPD)	ja			
48.	Mohring, Mike (CDU)	nein			
49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)				
50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja			